

Ab jetzt in einem Heft:
Deutschland-Rundbrief,
EU-Rundschreiben und punkt.um

umwelt aktuell



Informationen für Deutschland und Europa

10.07

THEMEN DES MONATS

EU-Umweltministertreffen

Auf die richtige Richtlinie kommt es an

Bei ihrem informellen Treffen sägten die europäischen Umweltminister wieder einmal an der Wasserrahmenrichtlinie

Seite 2

Tierschutz

Blockierte Verbrauchermacht

Sind Produkte klar gekennzeichnet, entscheiden KundInnen pro Tier und kontra Geldbeutel

Seite 4

Bundesverkehrswegeplan

Angriff auf das Ökosternchen

Die derzeitige Bundesregierung versucht Umweltkriterien beim Fernstraßenbau auszuhöhlen

Seite 5

Außenpolitik

»Umwelt für Europa« vor dem Aus?

Die Paneuropäische Umweltministerkonferenz tagt in Belgrad – die Erwartungen sind gedämpft

Seite 6

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25

VERBÄNDE

Thema: Gender Mainstreaming	28
DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Ehrenamt	30

SERVICE

Rezensionen	31
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	37
Online-Leitfaden: Nachhaltigkeit studieren	

THEMEN DES MONATS

EU-Umweltministertreffen

Auf die richtige Richtlinie kommt es an

Bei ihrem Treffen in Lissabon sätgen die EU-Umweltminister wieder einmal an der Wasserrahmenrichtlinie

Seite 2

Tierschutz

Blockierte Verbrauchermacht

Sind Produkte klar gekennzeichnet, entscheiden KundInnen pro Huhn und kontra Geldbeutel

Seite 4

Bundesverkehrswegeplan

Angriff auf das Ökosternchen

Die Bundesregierung versucht die Umweltkriterien beim Fernstraßenbau auszuhöhlen

Seite 5

Außenpolitik

„Umwelt für Europa“ vor dem Aus?

Die Paneuropäische Umweltministerkonferenz tagt in Belgrad – die Erwartungen sind gedämpft

Seite 6

EU-Umweltministertreffen

Auf die richtige Richtlinie kommt es an

Bei ihrem Treffen in Lissabon sägten die EU-Umweltminister wieder einmal an der Wasserrahmenrichtlinie

Portugals EU-Präsidentschaft möchte sich mit dem Thema Wasser profilieren. Während die EU-Umweltminister über neue Gesetze debattieren, sind die alten noch nicht einmal umgesetzt. Die EU-Kommission will vor allem Wasserknappheit und Dürren verhindern. Doch das sind nur Verlautbarungen. In der Praxis fördert sie die Zerstörung des letzten noch unberührten portugiesischen Flusses. Umweltverbände protestieren. ■ VON CARLOS TEIXEIRA, LPN

Seit Mitte des Jahres hat Portugal den Ratsvorsitz in der Europäischen Union inne. Am 1. September, einem typisch heißen portugiesischen Sommertag, trafen sich die EU-UmweltministerInnen zu einem informellen Treffen in Lissabon. Dieses Mal unter Beteiligung der drei nordafrikanischen Staaten Marokko, Algerien und Tunesien. Der Grund für

die Einladung der ausländischen Gäste: gemeinsame Interessen im Kampf gegen Wasserknappheit und Dürre. Denn darum ging es bei diesem informellen Treffen hauptsächlich und diese beiden Themen gehören auch zu den Umweltprioritäten der portugiesischen Ratspräsidentschaft. Die Umweltverbände nutzten das Treffen, um direkt am Ort des Geschehens die Öffentlichkeit und die Medien mit einer Demonstration auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen.

Akzeptable Vorlage der EU-Kommission

Als die portugiesische Regierung Ende 2006 ihr Programm festlegte, erkannten die portugiesischen Umweltverbände sofort, wie wichtig dieses Thema auf der Agenda der Ratspräsidentschaft werden würde, zumal die Nachwirkungen der Dürre des Sommers 2005 in Südeuropa noch zu spüren waren. Allerdings war zunächst nur die unkonkrete, aber gute Absicht der Präsidentschaft zu erkennen, dem Thema eine europäische Dimension zu geben. Dafür sollte die Entwicklung neuer Gesetzesregelungen zur Bekämpfung von Dürren und ihren Folgen vorgeschlagen werden. Außerdem eröffnete die Regierung den Dialog mit dem zuständigen portugiesischen Wasserinstitut INAG – und die portugiesischen NGOs hatten Gelegenheit, am Text für den Rat mitzuwirken.

Am 18. Juli hatte die EU-Kommission ihre Mitteilung über Wasserknappheit und Dürre vorgelegt. Dieses Dokument war die Grundlage für die Diskussion im Umweltrat. Aus Sicht der portugiesischen Umweltverbände war die Mitteilung pointiert und die meisten Vorschläge waren

unterstützenswert. Allerdings sollten nach Meinung der Verbände folgende Punkte beachtet werden:

- ▶ eine effektive Umsetzung und Durchsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL);
- ▶ bessere Möglichkeiten für europäische Förderinstrumente, etwa den Strukturfonds oder den Fonds für ländliche Entwicklung, Maßnahmen in diesem Bereich zu unterstützen;
- ▶ eine Strategie gegen Wasserknappheit und Dürren als Bestandteil einer wirksamen Klimapolitik, die gegen extreme Ereignisse wie Dürren und Hochwasserfluten Vorsorge trifft und deren Folgen abmildert.

Klimaschutz heißt auch Grundwasserschutz

Die vollständige Umsetzung der WRRL haben portugiesische Umweltverbände seit Beginn der Verhandlungen gefordert. Besonders wichtig ist dabei die Verbesserung der Effizienz. So muss es eine Reduktion des Wasserverbrauchs geben, statt den Bau neuer Dämme oder Flussverlegungen voranzutreiben. Auch beim Grundwasserschutz ist noch viel zu tun: Die Wasserqualität im Grundwasserleiter (Aquifer) muss geschützt, seine Regenerationsfähigkeit gesteigert werden. Außerdem darf das Grundwasser dort nur als strategische Reserve genutzt und nicht ausgebeutet werden.

Der politische Druck für die Umsetzung der WRRL dient auch dazu, den Vorschlag einer neuen Richtlinie zu verhindern. Natürlich gibt es die Chance auf eine anspruchsvolle Richtlinie. Aber die Möglich-

Dürre und Wasserverbrauch in Europa

Nach Angaben der EU-Kommission gab es in den letzten drei Jahrzehnten immer mehr von Dürre betroffene Gebiete und Menschen in Europa. Bisher wurde in 33 Flusseinzugsgebieten Wasserknappheit festgestellt. Sie nehmen insgesamt 460.000 Quadratkilometer ein, rund zehn Prozent des EU-Gebiets. 82 Millionen Menschen wohnen dort.

Von 2000 bis 2006 waren durchschnittlich 15 Prozent der Fläche der EU und 17 Prozent ihrer Bevölkerung von Dürreperioden betroffen. In Europa werden mindestens 20 Prozent des Wassers durch Nachlässigkeit verschwendet. Die Landwirtschaft verbraucht das meiste Wasser (64 Prozent); ihr folgen Energiesektor (20), öffentliche Wasserversorgung (zwölf) und Industrie (vier Prozent). Der Fremdenverkehr führt vor allem in südeuropäischen Tourismusgebieten zu einer erheblich verstärkten Wasserentnahme.

Quelle: Mitteilung der EU-Kommission zu Wasserknappheit und Dürren:
www.tinyurl.com/2ohe5w

keit, dass Mitgliedstaaten dadurch einfach an finanzielle Förderungen gelangen, um sie unter dem Vorwand der Dürrebekämpfung zum Bau von Dämmen oder anderen nicht nachhaltigen Projekten zu verwenden, darf auf keinen Fall ignoriert werden. Ein Abrücken vom integrierten Ansatz der WRRL und ein neuer Gesetzesvorschlag sind jedenfalls inakzeptabel.

Protest gegen Staudamm am Rio Sabor

Am Tag des Ratstreffens konnten sowohl John Hontelez als Geschäftsführer des Europäischen Umweltbüros (EEB) als auch ein Mitglied eines portugiesischen Umweltverbandes an der Diskussion teilnehmen und ihre Standpunkte vortragen. In der Rede vor dem Umweltrat forderte der portugiesische Umweltschützer, erst die WRRL vollständig umzusetzen, bevor neue Gesetze erlassen werden. Außerdem schlugen die Verbände vor, dass Mitgliedstaaten, die nachweisen können, dass sie Vorsorgemaßnahmen im Sinne der WRRL getroffen haben, leichteren Zugang zum Solidaritätsfonds haben sollten. Und sie

nutzten die Gelegenheit, speziell auf einen Umweltskandal einzugehen: Die EU-Kommission hatte kurz vor dem Ratstermin das Verfahren gegen den Bau eines Staudamms am Unterlauf des Rio Sabor eingestellt. Wegen vermuteter Verstöße gegen das EU-Umweltrecht hatte sie gegen Portugal ermittelt, dies aber trotz zahlreicher Proteste fallengelassen. Durch diese Entscheidung könnte das letzte Tal eines frei fließenden Flusses in Europa zerstört werden – ein Hinweis auf die Widersprüchlichkeit von EU-Entscheidungen.

Wasserrahmenrichtlinie gestärkt

Die UmweltministerInnen selbst diskutierten hauptsächlich über die Frage, ob eine eigens für Wasserknappheit und Dürre erarbeitete Richtlinie parallel zur neuen Hochwasserrichtlinie wirklich nötig sei oder ob die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ausreichend wäre. Portugal, Griechenland, Italien und Zypern waren für ein neues Gesetz, doch die meisten anderen Minister sprachen sich dagegen aus. Deshalb betont das verabschiedete Text-

dokument, wie wichtig die Umsetzung der WRRL ist, und enthält keine klare Aussage über eine neu zu erarbeitende Richtlinie. Aus Sicht der portugiesischen Umweltverbände ist das ein gutes Ergebnis. Nun gilt es, besonders auf die „Schlussfolgerungen des Rates“ zu achten, die beim formellen Treffen des Umweltministerrats am 30. Oktober präsentiert werden sollen. Die portugiesischen Umweltverbände haben vor, den gesamten Prozess während der portugiesischen Präsidentschaft mit Beobachtern, Positionspapieren und öffentlichen Demonstrationen kritisch zu begleiten.

Carlos Teixeira arbeitet für den portugiesischen Umweltverband „Liga para a Protecção da Natureza“ (LPN) in Lissabon und ist dort Sprecher für Biodiversität und Wasserpolitik.

Kontakt: Tel. +351 21 / 7780097, E-Mail: carlosmgteixeira@pt@gmail.com, www.lpn.pt, www.wrri-info.de



In eigener Sache: Aus Deutschland-Rundbrief, EU-Rundschreiben und punkt.um wird umwelt aktuell

Liebe Leserin, lieber Leser,

ob Biodiversität, Klimawandel oder Unternehmensverantwortung: Naturschutz-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen stehen mittlerweile ganz oben auf der politischen Agenda. Dabei ist die Informationsfülle kaum noch zu überschauen. Konferenzen, Gesetzesänderungen, Studien und Kampagnen wechseln sich in rascher Folge ab. Da heißt es den Überblick nicht zu verlieren.

Bislang lieferten wir Ihnen mit dem „Deutschland-Rundbrief“, dem „EU-Rundschreiben“ sowie „punkt.um“ die entscheidenden Informationen zu Naturschutz, Umwelt und Nachhaltigkeit mit unterschiedlichen Schwerpunkten. In Zukunft finden Sie alles Wichtige aus Deutschland und Europa in einem Heft. In „umwelt aktuell“ bündeln der

Deutsche Naturschutzring (DNR) und der oekom verlag nun ihre Kräfte.

„umwelt aktuell“ wählt sachkundig aus der Fülle umweltrelevanter aktueller Geschehnisse aus und berichtet kompakt und verständlich über Themen und Trends aus Ökologie, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Da 80 Prozent der deutschen Naturschutz- und Umweltgesetzgebung mittlerweile auf EU-Ebene beschlossen werden, legt „umwelt aktuell“ besonderes Augenmerk auf Europa. In Schwerpunktartikeln decken Expertinnen und Meinungsmacher aus Politik, Ökologie und Umweltverbänden die Hintergründe auf. Mit den aktuellen Kurznachrichten sind Sie über alle wichtigen politischen Entwicklungen auf dem Laufenden.

Und mit den Berichten über die Aktivitäten der Umwelt- und Naturschutzorganisationen wissen Sie Bescheid, was in der „Szene“ derzeit läuft.

Wir hoffen, dass „umwelt aktuell“ Ihnen gefällt, und freuen uns über Ihre Rückmeldungen.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Hubert Weinzierl
Herausgeber und Präsident
des Deutschen Naturschutzrings

Jacob Radloff
Verleger und Geschäftsführer
des oekom verlag

Tierschutz

Blockierte Verbrauchermacht

Sind Produkte klar gekennzeichnet, entscheiden KundInnen pro Huhn und kontra Geldbeutel

Noch immer werden Milliarden Hühnereier in qualvoller Käfighaltung produziert. Die VerbraucherInnen erfahren davon wenig, denn die Eier werden in Fertigprodukten verarbeitet. Solange die Art der Haltung nicht auf den Produkten ersichtlich ist, ist Selberbacken die bessere Alternative. ■ VON WOLFGANG APEL, DEUTSCHER TIERSCHUTZBUND

Ob Eigelb oder Eiweiß, ob flüssig, gefroren oder getrocknet – für die Herstellung vieler Lebensmittel werden Eier gebraucht. Was die meisten Kundinnen und Kunden nicht wissen: Ein Großteil der Hühnereier in Nudeln, Kuchen, Mayonnaise, Tierfutter oder Fertigprodukten stammt aus tierquälerischer Käfighaltung. Der Deutsche Tierschutzbund und seine mehr als 700 Mitgliedsvereine haben dies zum Anlass genommen, die Bevölkerung in den Wochen rund um den Welttierschutztag am 4. Oktober durch Aktionen und Infostände für diesen Missstand zu sensibilisieren. Die Forderung: Kennzeichnung der Eierherkunft auf den Packungen und Verzicht auf Käfigeier in Produkten. Hierzu hat der Verband eine Kampagne gestartet, die die Firmen direkt anspricht und so noch mehr Reaktionen von großen Herstellern fordert.

Dass es auch ohne Käfigeier geht, zeigt die Firma Dr. Oetker. Sie hat aus der Ablehnung der Verbraucher und nicht zuletzt auf Druck des Tierschutzbundes die Konsequenz gezogen: Seit dem 1. Mai verwendet die Firma keine Eier aus Käfighaltung mehr. Sie ist stattdessen auf Eier aus Bodenhaltung umgestiegen.

Kein Ei mit 3

Die Kennzeichnungspflicht für verpackte Schaleneier, die 2004 vor allem auf Druck von Tierschützern eingeführt wurde, ist eine Erfolgsgeschichte. Anhand der ersten Ziffer des Zahlencodes auf dem Ei können Verbraucherinnen und Verbraucher rasch erkennen, in welchem Haltungssystem das Huhn lebt oder gelebt hat, dessen Eier im Regal liegen. Die 0 steht für Bio-, 1 für Freiland-, 2 für Bodenhaltung und 3 für

Käfighaltung. Die Umsatzzahlen der Eier aus artgerechten Haltungssystemen steigen gegenüber denen der Eier aus Käfighaltung stetig an. Das beweist: Wenn die Produkte klar gekennzeichnet sind, trifft der Verbraucher seine Entscheidung zugunsten des Tierschutzes. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben Macht.

Käfigeier versteckt in Fertigmitteln

In vielen Fällen können sie ihre Macht jedoch nicht einsetzen, denn sie erkennen nicht, welche Eier sie kaufen. Die Eierindustrie versteckt den Großteil ihrer ungeliebten Käfigeier in Produkten: Milliarden Eier aus der tierquälerischen Käfighaltung werden jährlich in Eierlikör, Fertignudeln, Backmischungen, Fertigmitteln und anderen Produkten verarbeitet. Eine Konditorei der Firma Coppenrath & Wiese beispielsweise wird jeden Tag mit einem Tanklastzug voll Flüssigei beliefert. Er ist gefüllt mit 20.000 Litern, das sind etwa 600.000 Eier. Für Eierlikörprodukte der Marke Verpoorten sind es am Tag vermutlich sogar mehrere Millionen Eier aus Käfighaltung.

Kennzeichnungspflicht erforderlich

Die Legehennen müssen in der Käfighaltung ein Leben lang leiden, denn sie haben viel zu wenig Platz, kaum Licht und können sich nicht artgerecht bewegen. Und das alles, damit die Produkte für ein paar Cent weniger in den Regalen verkauft werden können und die Industrie mehr Gewinn macht – auf Kosten der Tiere.

Tier- und Verbraucherschutzverbände fordern eine verpflichtende Kennzeichnung aller Fertigprodukte entsprechend

den Haltungssystemen für die Legehennen. Das Kennzeichnungssystem für Schaleneier kann hier als Vorbild dienen. Ein weiterer Schritt ist die Kennzeichnung der Haltungsform der Legehennen bei Produkten in Großküchen und Restaurants.

Für die Verbraucher muss klar und verständlich hervorgehen, unter welchen Bedingungen die Eier produziert wurden. Wo Tierqual drinsteckt, muss auch Tierqual draufstehen. Und dies nicht nur in Deutschland, sondern EU-weit. Deshalb müssen alle tierischen Produkte gekennzeichnet werden.

Für die Übergangszeit, bis die Kennzeichnung vorgeschrieben ist, appelliert der Tierschutzbund gleichermaßen an Industrie und Verbraucher, neue Wege zu gehen und bewusste Entscheidungen gegen Tierquälerei in der Eierproduktion zu treffen. Dazu gehört der Verzicht auf Fertigprodukte, die Eier enthalten, sofern diese nicht eindeutig gekennzeichnet sind und nicht mit Eiern aus Öko-, Freiland- oder Bodenhaltung hergestellt wurden. Alternativ können Kuchen oder Plätzchen selbst gebacken werden. Bei Bioprodukten und bei Erzeugnissen von Neuland e.V. können die Verbraucherinnen und Verbraucher sich darauf verlassen, dass die Tiere artgerecht gehalten wurden.

Wolfgang Apel engagiert sich seit mehr als 25 Jahren im Tierschutz. Seit 1995 ist er Präsident des Deutschen Tierschutzbundes.

Kontakt: Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de



Bundesverkehrswegeplan

Angriff auf das Ökosternchen

Die Bundesregierung versucht die Umweltkriterien beim Fernstraßenbau auszuhöhlen

Mit dem „besonderen naturschutzfachlichen Planungsauftrag“, eingeführt vor vier Jahren unter Rot-Grün, gibt es endlich ein wirksames Instrument, um gegen naturzerstörerische Autobahn- und Straßenbauvorhaben im Bundesverkehrswegeplan vorzugehen. Doch heute hat Berlin daran kein Interesse mehr. ■ VON RÜDIGER HERZOG, NATURFREUNDE

Das Jahr 2003 hätte eine kleine verkehrspolitische Wende bringen können. In den Bundesverkehrswegeplan waren wesentlich schärfere ökologische Kriterien eingeflossen als bis dahin bekannt: Erstmals prüfte das Bundesamt für Naturschutz (BfN) nach einem Früherkennungssystem alle rund 2.000 angemeldeten Fernstraßenprojekte. Weil das Amt naturschutzfachliche Konflikte erwartete, wurde für fast 800 Bauvorhaben eine Umweltrisikoeinschätzung erstellt.

Verzicht auf Neubau nicht ausgeschlossen

Bei mehr als 100 Projekten konnten die Naturschutzbedenken nicht ausgeräumt werden. Sie wurden nur unter Vorbehalt in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen und dort mit einem Sternchen gekennzeichnet. Dieses „Ökosternchen“ wird erst gelöscht, wenn der „besondere naturschutzfachliche Planungsauftrag“ erfolgreich abgearbeitet ist. Die Regelung – eine Idee der Grünen in der damaligen rot-grünen Koalition – sollte dem Bundestag ein Vetorecht bei einer wichtigen und konfliktträchtigen Entscheidung einräumen. Letztlich ging es um eine parlamentarische Kontrolle und eine transparente Entscheidungsfindung. 2004 goss der Bundestag den Bundesverkehrswegeplan mit kleinen Änderungen in Gesetzesform. In der Anlage finden sich die Straßenbauprojekte, geordnet nach Dringlichkeit. Fast alle Ökosternchen wurden übernommen.

Besonderer naturschutzfachlicher Planungsauftrag heißt auch, dass die festgestellten Naturschutzprobleme konkret behandelt werden müssen. Dazu gehört ein Vergleich mit Alternativplanungen. Wichtig für VerkehrsökologInnen ist die

Forderung, „vor allem den Ausbau des vorhandenen Straßennetzes“ zu prüfen. Die Bundesregierung informiert dann den Bundestag über die Ergebnisse. Nur ein Bundestagsbeschluss kann das Ökosternchen beseitigen.

Planer arbeiten weiter wie bisher

Die Bundesregierung legt den Gesetzestext allerdings so aus, dass der Weg des normalen Zulassungsverfahrens nicht verlassen werden muss. Aus ihrer Sicht sind „keine besonderen Verfahren für die Abarbeitung des naturschutzfachlichen Planungsauftrages erforderlich und vorgesehen“. Das bedeutet: Auch die Alternativenprüfung erfolgt nur wie ohnehin vorgeschrieben.

Das Bundesumweltministerium und das ihm unterstehende BfN können sich bei der Ressortbeteiligung äußern. Danach erfolgt nur noch eine informelle Beteiligung. Diese beinhaltet lediglich die Einsichtnahme in die vollständigen Unterlagen. Die Bundesregierung ist der Ansicht, dass die endgültige Abarbeitung mit dem jeweiligen Baurecht erfolgen kann. Das ist meist ein Planfeststellungsbeschluss, der eine formelle Umweltverträglichkeitsprüfung einschließt, in einigen Fällen sogar eine Verträglichkeitsprüfung nach der FFH-Richtlinie, der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU.

Nicht vorgesehen ist, die Naturschutzverbände und die Öffentlichkeit über den Stand und die Ergebnisse der naturschutzfachlichen Planungsaufträge zu informieren. Zwar müssen die Vorhabenträger und die Landesverkehrsministerien Informationen nach dem Umweltinformationsgesetz und dem Informationsfreiheitsgesetz herausgeben. Doch das Ergebnis der Öko-

sternchen-Prüfung wird erst zusammen mit dem Planfeststellungsbeschluss veröffentlicht. Laut Auskunft der Bundesregierung kann sich der Bundestag in einem zusammenfassenden Bericht über die Abarbeitung informieren.⁽¹⁾

Recht auf Umweltinformationen

Das Ökosternchen kann ein wertvolles Instrument zur Vermeidung unverträglicher Trassenführungen sein. Der derzeitige Umgang mit ihm lässt allerdings nicht erkennen, dass das Bundeskabinett und die Regierungsparteien dieses Instrument nutzen wollen. Aus den Reihen von Schwarz-Rot wird regelmäßig seine Abschaffung gefordert. Umso mehr kommt es darauf an, die Verbands- und Öffentlichkeitsrechte auszuschöpfen. Im Rahmen einer umfassenden Umweltinformation sollte es doch gelingen, dem besonderen naturschutzfachlichen Planungsauftrag mehr Gewicht und Gehör zu verschaffen.

Anmerkung

► (1) <http://dip.bundestag.de/btd/16/017/1601743.pdf>

Rüdiger Herzog ist stellvertretender Landesvorsitzender der NaturFreunde Brandenburg und wissenschaftlicher Mitarbeiter des grünen Bau- und Verkehrsexperten Peter Hettlich. Herzog studierte Wasserwirtschaft und Raumordnung und leitete mehrere Jahre das Landesbüro der Naturschutzverbände in Potsdam.



Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 227-71866, Fax -76864

Außenpolitik

„Umwelt für Europa“ vor dem Aus?

Die Paneuropäische Umweltministerkonferenz tagt in Belgrad – die Erwartungen sind gedämpft

Der Prozess „Umwelt für Europa“ ist ein Kind der Wendejahre. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks etablierte sich eine umweltpolitische Zusammenarbeit vom Atlantik bis Zentralasien, die einige wichtige Erfolge wie die Århus-Konvention verbucht. Doch nach der EU-Osterweiterung steht die Zukunft des Prozesses auf der Kippe. Mitte Oktober trifft sich die paneuropäische Umweltministerkonferenz in Belgrad – zum letzten Mal? ■ VON BERT-AXEL SZELINSKI, BMU

Mit dem Ende des kalten Krieges in Europa musste auch die paneuropäische Zusammenarbeit im Umweltbereich neu organisiert werden. Viele Nachfolgestaaten der Sowjetunion waren unerfahren in multinationaler Zusammenarbeit, die meisten mittel- und osteuropäischen Staaten strebten in die EU. Bisher hatte die UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) die Klammer zwischen Ost und West gebildet. Es lag daher nahe, sie auch für die Zusammenarbeit mit den neuen unabhängigen Staaten zu nutzen.

1991 fand auf Schloss Dobris in der damaligen Tschechoslowakei eine erste Konferenz statt. Neben den UNECE-Mitgliedstaaten nahmen auch einige nicht-europäische Staaten wie Japan und Brasilien teil. Die Teilnehmer beschlossen, in Zukunft enger zusammenzuarbeiten und zunächst

einen Bericht zur Lage der Umwelt in Europa zu erarbeiten. Damit war der Prozess „Umwelt für Europa“ geboren, der sich in der Folge als sehr offene Einrichtung etablierte, in die auch Nichtregierungsorganisationen involviert sind.

Aufwand stellt Prozess in Frage

Auch auf den Konferenzen der folgenden Jahre gab es eine Reihe wichtiger Beschlüsse. So verabschiedete die zweite Konferenz 1993 in Luzern ein Umweltaktionsprogramm (UAP), das die Heranführung der mittel- und osteuropäischen Staaten an die EU deutlich erleichterte. 1995 in Sofia standen die Umsetzung des UAP sowie Finanzierungsfragen und die Einrichtung von regionalen Umweltzentren im Mittelpunkt. Auf der vierten Konferenz 1998 im

dänischen Århus wurde unter anderem die Århus-Konvention angenommen, die Informations- und Beteiligungsrechte für Bürger festlegt.

Ende der 1990er-Jahre stand fest, dass die Mehrzahl der mittel- und osteuropäischen Staaten der Europäischen Union beitreten und damit dem EU-Umweltrecht verpflichtet sein würde. Daher sollte der Schwerpunkt des Prozesses zukünftig auf den Nachfolgestaaten der Sowjetunion liegen, den sogenannten EECCA-Staaten (Eastern Europe, Caucasus and Central Asia). Hierfür war die Wahl des nächsten Konferenzortes ein Signal: In Kiew wurden 2003 unter anderem die Karpatenkonvention sowie eine Umweltstrategie für die EECCA-Staaten beschlossen.

Seit 1998 nehmen nur noch Mitglieder der UNECE an dem Prozess teil, darunter

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Küstenschutz

Der Klimawandel lässt den Meeresspiegel steigen – auch die deutsche Nordseeküste ist bedroht. Wie kann man sich dort anpassen? Forscher aus Ozeanografie und Küstenschutz, Ökologie, Ökonomie und Soziologie untersuchen die Folgen auf Grundlage eines Klimaszenarios für das Jahr 2050. Klares Fazit: Deutschland braucht eine Nationale Strategie zur Anpassung an den Klimawandel.

B. Schuchardt, M. Schirmer (Hrsg.)

Land unter?

Klimawandel, Küstenschutz und Risikomanagement in Nordwestdeutschland: die Perspektive 2050

oekom verlag, München 2007, 238 Seiten, 39,80 EUR, ISBN 978-3-86581-036-6

Erhältlich bei

www.oekom.de

oekom@de.rhenus.com

Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

oekom
verlag

auch Kanada und die USA. Es läge daher nahe, die Vorbereitung der Konferenzen an das UNECE-Sekretariat zu binden. Entsprechende Entscheidungen sind für Belgrad zu erwarten. Vor allem die USA stellen den hohen Vorbereitungsaufwand für die Konferenzen in jüngster Zeit in Frage. Sie sind auch der schwierigste Partner bei Sachfragen, besonders wenn es sich um Prozesse handelt, an denen sie sich selbst nicht aktiv beteiligen. Vorsichtig ausgedrückt ist das Interesse der USA begrenzt, der Prozess wird durch ihre Teilnahme eher erschwert als beflügelt.

Berlin will Brücken nicht abbrechen

Doch auch die EU-Kommission stellt den Prozess vor dem Hintergrund der beträchtlichen Förderung der EECCA-Staaten durch die EU neuerdings in Frage.⁽¹⁾ Dagegen halten die meisten Mitgliedstaaten zwar eine Verschlankung für geboten, wollen den Prozess aber nicht aufgeben, weil sie die Beteiligung von Nicht-EU-Mitgliedern wie Norwegen oder der Schweiz als wichtig erachten.

Die Konferenz in Belgrad, die Mitte Oktober stattfindet, wird voraussichtlich keine spektakulären Ergebnisse bringen. Erstmals wurden für die Konferenz keine neuen Konventionen oder Protokolle aufgelegt. Sie wird sich aber mit wichtigen Einzelthemen befassen, besonders im Rahmen sogenannter Parallelprozesse, an denen sich nicht alle Staaten beteiligen. Themen wie Biodiversität und Umwelterziehung stehen etwa auf der Agenda. Daneben dürfte die zukünftige Ausrichtung des Prozesses diskutiert werden. Der Bericht zur Lage der Umwelt bescheinigt den EECCA-Staaten immer noch unzureichende Unterstützung von Umweltschutzmaßnahmen durch die Regierungen, mangelnde Anstrengungen bei Planung und Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen sowie schwache Umweltressorts. Es wird also darauf ankommen, eine stärkere Beteiligung der betroffenen Staaten an der Problemlösung einzufordern, wenn die Unterstützung verstetigt werden soll.

Die Bundesregierung hält die Fortsetzung des Prozesses Umwelt für Europa

für wichtig, weil es der einzige multilaterale Prozess auf Ministerienebene ist, in dem paneuropäische Umweltinteressen vertreten werden. Auch ermöglicht er eine Fortschrittskontrolle in denjenigen Staaten mit dem größten Nachholbedarf im Umweltschutz. Er ist nach wie vor für die EECCA-Staaten mit Ausnahme Russlands die Brücke zum Westen und für die EU eine wichtige Möglichkeit, die Umweltentwicklung im Kaukasus und in Zentralasien zu beeinflussen.

Anmerkung

- ▶ (1) Mitteilung der EU-Kommission vom 22. Mai 2007, KOM(2007)262 endg., www.tinyurl.com/3b25sd (PDF)

Ministerialrat Bert-Axel Szelinski arbeitet im Bundesumweltministerium (BMU) in der Abteilung für Klimaschutz und Internationales und ist dort Referatsleiter im Referat KI II 3.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 18305-4270,
E-Mail: axel.szelinski@bmu.bund.de**



UNECE und EECCA

UNECE: Die UN-Wirtschaftskommission für Europa (United Nations Economic Commission for Europe) ist eine der fünf regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen. Sie wurde 1947 mit dem Ziel gegründet, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedsländer zu fördern. Neben den europäischen Staaten einschließlich der Türkei gehören ihr alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie die USA, Kanada und Israel an.

EECCA: Eastern Europe, Caucasus and Central Asia – Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien

- ▶ Osteuropa: Russland, Ukraine, Belarus (Weißrussland), Moldova (Moldau)
- ▶ Kaukasus: Georgien, Armenien, Aserbaidschan
- ▶ Zentralasien: Kirgisistan, Kasachstan, Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan

KURS ZUKUNFTSPILOTEN

Das Qualifizierungsprogramm für junge Umweltengagierte

- ▶ 10 Monate studien- und berufsbegleitende Qualifizierung für erfolgreiches umweltpolitisches Engagement
- ▶ 16 junge Engagierte aus verschiedenen Hintergründen der Umweltbewegung
- ▶ 7 Seminare zu methodischen Aspekten umweltpolitischen Engagements
- ▶ Teamarbeit zu aktuellen umweltpolitischen Themen
- ▶ Praxisprojekt im Rahmen einer Umweltorganisation oder selbstorganisiert
- ▶ Netzwerk: lebendiger Austausch mit über 100 anderen TeilnehmerInnen und AbsolventInnen des Kurs ZukunftsPiloten

Neuer Kurs
ab Dezember 2007

Jetzt bewerben!

Bewerbungsschluss: 1.11.2007



Der Kurs ZukunftsPiloten ist ein Programm des Deutschen Naturschutzbundes (DNR) und der Bewegungskademie e.V.

Kontakt:
Kurs ZukunftsPiloten, c/o Bewegungskademie,
Artilleriestr. 6, 27283 Verden.
Tel.: 04231-957595, Fax: 04231-957.400,
E-Mail: info@zukunfts-piloten.de

www.zukunfts-piloten.de

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Nanotechnologie

EU-Gesundheitsausschuss will Leitlinien anpassen

■ Die vorhandenen Methoden der EU zur Abschätzung von Gesundheitsrisiken von Nanomaterialien sind nicht angemessen. Das hat der wissenschaftliche Ausschuss „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) in einer Stellungnahme im August festgehalten. Der SCENIHR-Ausschuss erklärte, dass Veränderungen der Methoden nötig seien, um die Risiken von Chemikalien angemessen zu beurteilen. So seien spezielle Untersuchungen der Eigenschaften von Nanomaterialien, die potenziell anders als Chemikalien reagierten, notwendig. Darüber hinaus seien die gesundheitlichen Auswirkungen wie auch die möglichen Folgen für die Umwelt umfassend zu untersuchen. Solange es keine allgemeinen Regeln gebe, sollten Risikobewertungen für Nanotech-Materialien auf Einzelfallbasis erfolgen. Bereits im April hatte der Ausschuss festgestellt, dass die bisher in der EU angewandten Bewertungsmethoden für Nanomaterialien unzureichend seien. [jg]

► www.ec.europa.eu/health

Flammschutzmittel deca-BDE**Alternativen sind gesünder**

■ Alternativen zum umstrittenen Flammschutzmittel deca-BDE in Elektrogeräten existieren. Ihre Anwendung könnte Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen verringern. Das ist das Ergebnis einer Studie des Europäischen Chemikalienbüros (ECB) in Ispra, Italien. Deca-BDE kann in Einzelstoffe zerfallen, die bereits als gefährlich bekannt sind, und sollte deshalb nach Meinung von Umweltorganisationen verboten werden. Zurzeit tobt hinter den

Kulissen ein Rechtsstreit zwischen EU-Parlament und EU-Kommission über die Weiterverwendung dieser Substanz. Die Kommission hatte einer Ausnahmeregelung zugestimmt, weil deca-BDE technisch nicht ersetzt werden könne. Die Gesundheitsorganisation Health & Environment Alliance (HEAL) dagegen betonte, dass ungefährlichere Alternativen nicht nur existierten, sondern bereits auf dem Markt seien. Die ECB-Studie schlägt als Alternativen auch andere Flammschutzmittel vor, die allerdings nicht auf der „schwarzen Liste“ der EU stehen. Der Flammschutzmittelhersteller Ebfrip streitet die Gefährlichkeit von deca-BDE ab und verweist auf zahlreiche Studien. Inzwischen sei deca-BDE viel besser untersucht als jede Alternative. [jg]

- European Chemicals Bureau, Steven Eisenreich, Ispra, Italien, Tel. +39 (0)332 / 789037, E-Mail: steven.eisenreich@ec.europa.eu, <http://ecb.jrc.it>
- www.env-health.org (HEAL)

Seveso-II-Richtlinie**Chemieunfälle: EU-Staaten in der Not ohne Plan**

■ Falls es in einem europäischen Land einen schweren Chemieunfall geben sollte, sind die meisten EU-Staaten nicht ausreichend vorbereitet. Öffentliche Information und das Berichtswesen lassen zu wünschen übrig, und ein Drittel der Industrieanlagen hat keine externen Notfallpläne. Das ist das Ergebnis einer Studie der EU-Kommission über die Umsetzung der Seveso-II-Richtlinie, die der Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen und der Begrenzung der Unfallfolgen für Mensch und Umwelt dienen soll. Die Studie bezieht sich auf den Untersuchungszeitraum 2003 bis 2005, wobei die Zahl der betroffenen gefährlichen Anlagen unter anderem durch die Erweiterung der EU von 3.278 im Jahr 2002 auf 3.949 (2005) gestiegen ist. Allein für das Jahr 2005 wurden 28 Unfälle gemeldet. Zwar hätten fast alle Anlagen-

betreiber Sicherheitsberichte und interne Notfallpläne erstellt, aber es bedürfe auch externer Notfallpläne, die regelmäßig in der Praxis überprüft werden müssten. Auch Deutschland habe nur zwei Drittel der externen Notfallpläne getestet, während zum Beispiel Estland, Griechenland und Dänemark alle Pläne geprüft hätten. Die Umsetzung der Richtlinie sei zwar im Zeitraum verbessert worden, aber es gebe weiterhin Mängel, so die EU-Kommission. Deshalb hat sie Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Darüber hinaus steht eine Überarbeitung der Richtlinie an, weil sie an das global harmonisierte System (GHS) zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien angepasst werden muss. Der 15-seitige Bericht der EU-Kommission ist auch auf Deutsch erhältlich. [jg]

- www.ec.europa.eu/environment/seveso (Chemical Accidents – Implementation Activities)

Chemikalien- und Industriepolitik**Hochrangige EU-Debatten um Wettbewerb**

■ EU-Industriekommissar Günter Verheugen hat im September eine sogenannte Hochrangige Gruppe für Chemiepolitik ins Leben gerufen, die der EU beratend zur Seite stehen soll. Die Einsetzung der Gruppe war bereits im Oktober 2005, ursprünglich als eine Initiative in der EU-Industriepolitik, angekündigt worden. Aufgabe der Hochrangigen Gruppe für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen chemischen Industrie ist es unter anderem, die Faktoren zu untersuchen, die für die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in der EU im Vergleich zu anderen Playern auf dem Weltmarkt entscheidend sind. Sowohl wirtschaftliche als auch strukturelle Analysen sind geplant. Bis zum Frühjahr 2009 soll die Gruppe branchenspezifische Empfehlungen vorlegen.

Zusätzlich zu den Kommissionsmitgliedern, in deren Zuständigkeit die wichtigsten von der Gruppe zu behandelnden The-

men fallen, zählen auch hochrangige Vertreter der Mitgliedstaaten, der Regionen, der chemischen Industrie sowie der nachgeordneten Industrien, der Wissenschaft, der Gewerkschaften, der nichtstaatlichen Umweltorganisationen und Verbraucherorganisationen zu den Mitgliedern der Gruppe. Auch das Europäische Parlament wurde eingeladen, Gruppenmitglieder zu benennen. Zur Meinungsbildung und zur Behandlung spezifischer Fragen wird die Gruppe das Fachwissen von Ad-hoc-Sachverständigengruppen in Anspruch nehmen.

Aus den Reihen der Umweltverbände ist Mikael Karlsson von der Swedish Society for Nature Conservation Mitglied in der Gruppe; Mette Boye vom dänischen Danish Consumer Council vertritt Verbraucherschutzinteressen. [jg]

- ▶ Mikael Karlsson, Naturskyddsforeningen (SNF) Stockholm, Tel. +46 (0)8 / 7026500, E-Mail: mikael.karlsson@naturskyddsforeningen.se, www.snf.se
- ▶ www.ec.europa.eu/rapid (Reference IP/07/1293)
- ▶ www.ec.europa.eu/enterprise/chemicals/hlg/index_en.htm

Glykoläther

Grenzwerte in Produkten immer noch zu hoch

■ Glykoläther in Alltagsprodukten, besonders Propylenglykol-Monomethylether (PGME), gefährden die Gesundheit von Schwangeren. Die französische Behörde für Umwelt- und berufliche Gesundheitsrisiken (Afsset) hat deshalb im Juli eine Warnung veröffentlicht. PGME und seine Azetate sind in den 1970er-Jahren eingeführt worden, um entzündliche aromatische Substanzen zu ersetzen, die als neurotoxisch erkannt worden waren. Als Lösungsmittel, Schutzanstriche und Zusätze werden Glykoläther in vielen Alltagsprodukten eingesetzt, zum Beispiel in Kosmetika, Farben, Klebern, Reinigungsmitteln und Deodorants. Der Kontakt mit den Substanzen erfolgt über die Haut, aber

auch durch das Einatmen. Tierversuche ergaben, dass die Glykolätherproduktion Verunreinigungen entstehen lässt, die als toxisch einzustufen sind. Deshalb ist der Grenzwert in Alltagsprodukten auf maximal 0,5 Prozent festgesetzt worden. Allerdings ist dieser Wert laut aktuellen Studien immer noch zu hoch, um Gesundheitsrisiken bei Schwangeren zu verhindern. Die Afsset-Behörde forderte deshalb neue Untersuchungen und bis zur Vorlage neuer Ergebnisse die Kennzeichnung von glykolätherhaltigen Produkten. Außerdem müssten Arbeitsplatzvorschriften sowie eine Informationspflicht für PGME enthaltende Produkte an öffentlichen Orten eingeführt werden. [jg]

- ▶ www.env-health.org/a/2631

Umweltgifte

Chemikalien verursachen 40 Prozent aller Todesfälle

■ US-amerikanische ForscherInnen haben errechnet, dass rund 40 Prozent aller Todesfälle auf die Belastung der Umwelt mit giftigen Chemikalien zurückzuführen sind. Durch Verschmutzung von Wasser, Boden und Luft würden Krankheiten und Mangelernährung begünstigt. 3,7 Milliarden Menschen seien davon betroffen, berichten die WissenschaftlerInnen von der Cornell University in Ithaca im US-Bundesstaat New York. Etwa drei Millionen Menschen sterben jährlich an Luftverschmutzung, 2,7 Millionen an verunreinigtem Wasser, so die Studie. Durch unhygienische Bedingungen in überfüllten Städten kämen jährlich fünf Millionen Menschen ums Leben. Darüber hinaus sei die Vergiftung der Böden mit Chemikalien sehr problematisch. Das Forscherteam unter Leitung von David Pimentel fordert deshalb umfangreiche Strategien gegen Umweltverschmutzung. [jg]

- ▶ www.entomology.cornell.edu (Ithaca)

Gerichtsurteil zu Lärmbelastung

Windräder müssen Abstand halten

■ AnwohnerInnen in der Nähe von Windrädern müssen besser vor Lärm geschützt werden. Das entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Ende August in einem Urteil zur Lärmbelästigung. Eine Windkraftanlage müsse so weit von der nächsten Wohnbebauung entfernt sein, dass der Schallpegel durch die rotierenden Flügel 45 Dezibel nicht überschreitet. Geklagt hatten die BewohnerInnen eines Hofes im rheinland-pfälzischen Baumholder, der in 340 Meter Entfernung von einem Windrad steht. Der Landkreis hatte die Anlage genehmigt, aber sowohl das Verwaltungsgericht als auch das Obergericht hoben die Genehmigung wieder auf. Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig erklärte nun, dass auch Windräder besonders nachts eine „unzumutbare Lärmbelastung“ darstellen können. Allerdings bestätigte das Gericht damit lediglich die Gültigkeit des Bundesimmissionschutzgesetzes und der Technischen Anleitung Lärm (TA Lärm), wonach Lärmschutz bei Windkraftanlagen genauso zu bewerten ist wie bei anderen potenziellen Lärmquellen auch. [jg]

- ▶ Bundesverwaltungsgericht Leipzig, Dr. Sibylle von Heimburg, Tel. +49 (0) 341 / 20072084. Entscheidungsversand, E-Mail: eversand@bverwg.bund.de, www.bverwg.de

Innenraumverschmutzung

Gesundheitsgefährdung durch Elektrofelder

■ Eine im August veröffentlichte Studie hat ergeben, dass elektrische Felder von Alltagsgeräten die Infektionsanfälligkeit für Atemwegserkrankungen erhöhen können. Die Forschungsarbeit des Imperial College London untersuchte den Zusammenhang zwischen Krankheiten und Büroarbeitsplatz. Die Ergebnisse zeigen, dass Men-

soziale technik
Zentrum für soziale- und umweltverträgliche Technologieentwicklung

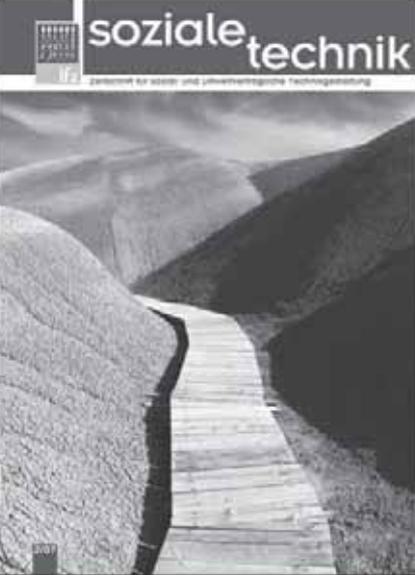
Seit 16 Jahren ist **SOZIALE TECHNIK** - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. **SOZIALE TECHNIK** erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 18,- (für Studierende € 13,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

soziale technik
Zentrum für soziale- und umweltverträgliche Technologieentwicklung



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abobestellungen:
 Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274
 E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at
 Web: www.ifz.tugraz.at/sote

schen oft lange Zeit einer unangemessen hohen Konzentration und unterschiedlichen Typen elektrischer Felder ausgesetzt sind. Die von sogenanntem Elektrosmog durchsetzte Luft in der Umgebung von Computern, Druckern und anderen Bürogeräten habe einen reduzierten Anteil an elektrisch geladenen Sauerstoffmolekülen, die der Zerstörung von Mikroben dienen und essenziell für die biologischen Körperfunktionen sind.

Darüber hinaus sei die elektrostatische Ladung auch dafür verantwortlich, dass Allergene, Bakterien und Viren angezogen werden und letztlich in der Lunge landen. Damit steige das Risiko einer Bakterieninfektion sowie die Gefahr, an Asthma zu erkranken. Elektrische Felder haben einen großen Einfluss auf die umgebende Luft, so der Leiter der Studie, Keith Jamieson. Deshalb sei die Rückseite von Computern auch so schnell mit Staub bedeckt. Derselbe Effekt sei auf der Haut und in den Lungen der Personen feststellbar, die an elektrischen Geräten arbeiten. Es gebe aber eine Reihe von Möglichkeiten, das Risiko zu verringern, beispielsweise durch eine Änderung der Raumluftfeuchtigkeit oder der Einsatz von Luftreinigern (bipolare Ionisatoren). Sobald elektronische Geräte nicht gebraucht würden, sollten sie abgeschaltet werden. Die Studie wurde in der Augustausgabe des Atmospheric Environment Journal veröffentlicht. [jg]

► www.env-health.org/a/2609

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

WTO-Streit um Altreifen

EU siegt in erster Instanz – und geht in Revision

■ Die EU-Kommission hat im sogenannten Altreifen-Streitfall mit Brasilien die Berufungsinstanz der Welthandelsorganisation (WTO) angerufen – obwohl sie in erster Instanz Recht bekommen hatte.

Die Kommission würde in einigen Fällen nicht mit der Argumentation des Gerichts übereinstimmen, sagte Handelskommissar Peter Mandelson. Man gehe in Revision, um die Handelsinteressen der EU zu wahren und eine effektive Anwendung der WTO-Regeln zu gewährleisten.

Bei dem Streit geht es um ein brasilianisches Importverbot für runderneuerte Altreifen. Brasilien begründet das Verbot mit Gesundheits- und Umweltargumenten. So sei die Entsorgung der hochgiftigen Reifen ungelöst. Herumliegende Reifen seien eine Brutstätte für Malaria-Mücken. Die EU hatte 2005 das Streitschlichtungsgericht der WTO angerufen, weil sie das Importverbot für unvereinbar mit internationalem Handelsrecht hielt. Ihrer Ansicht nach verstößt Brasilien gegen das Nicht-Diskriminierungsgebot, da es zwar die runderneuerten Reifen aus der EU verbiete, Altreifen aus anderen lateinamerikanischen Ländern aber weiterhin importiert. Das Gericht gab der EU Recht, verwies aber gleichzeitig darauf, dass ein Verbot möglich sei, wenn Brasilien auch den Import aus anderen Ländern einstelle. Es stimmte somit dem Diskriminierungsvorwurf der EU zu, akzeptierte aber gleichzeitig die Umwelt- und Gesundheitsargumente Brasiliens.

Umwelt- und Entwicklungsorganisationen werfen der EU daher vor, Handelsüber Umweltinteressen zu stellen. Jürgen Maier vom deutschen Forum Umwelt und Entwicklung hält das Urteil für einen Skandal. „Gerade die EU, die sich bisher immer damit gebrüstet hat, dass sie den Umweltschutz im globalen Handel nicht unter die Räder kommen lassen würde, will verhindern, dass ein wegweisendes Urteil Bestand erhält“, so Maier. Die Berufungsinstanz wird voraussichtlich Anfang Dezember eine Entscheidung treffen. [ms]

- Forum Umwelt und Entwicklung, Jürgen Maier, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359704, E-Mail: info@forumue.de, Stellungnahme: www.forumue.de
- Position der EU-Kommission: www.tinyurl.com/2tbj89
- Hintergrundinformationen: Centre of International Environmental Law, www.tinyurl.com/34a65z

Energiesparlampen

Zölle bleiben bestehen

■ Die Abgaben für Importe von Energiesparlampen in die EU bleiben ein weiteres Jahr bestehen. Die Anti-Dumping-Zölle in Höhe von 60 Prozent wurden vor sechs Jahren eingeführt und sollten zum Jahresende auslaufen. Handelskommissar Peter Mandelson wollte im Rahmen einer Initiative zur Absenkung aller Zölle auf „grüne Waren“ die Importabgaben auf Energiesparlampen komplett streichen.

Die Entscheidung für eine Beibehaltung der Zölle ist stark umstritten. Während Industriekommissar Günter Verheugen, eine Ländergruppe um Deutschland und der Lampenproduzent Osram eine Verlängerung um fünf Jahre gefordert hatten, setzten sich vor allem die Niederlande und drei große Lampenhersteller dafür ein, die Zölle auslaufen zu lassen. Trotz des Schutzolls werden bereits heute vier von fünf in der EU verkauften Energiesparlampen importiert. Betroffen von den Abgaben ist vor allem China, wo drei Viertel aller weltweit verkauften Energiesparlampen hergestellt werden.

Die Umweltorganisation WWF kritisiert die Entscheidung als „unfair und unvereinbar mit den ambitionierten Zielen der EU, Energie effizienter zu nutzen und das Klima zu schützen“. [fn]

- ▶ www.quecksilber.wordpress.com
- ▶ www.wwf.de/klima

KLIMA & ENERGIE

Treibhauseffekt

Rinder schlimmer als Autos?

■ Laut einer aktuellen japanischen Studie über die Treibhausgasemissionen von Rindern verursacht der Verzehr von einem Kilogramm Rindfleisch mehr Treibhausgase als eine dreistündige Autofahrt. Forscher des National Institute of Livestock and Grassland Science im japanischen Tsuku-

ba untersuchten den Produktionsprozess von Rindfleisch von Beginn an bis zum Endverbraucher. Dabei berücksichtigten sie die Futtermittelproduktion, das Tiermanagement, die biologischen Aktivitäten der Tiere und den Transport des Fleisches. Den Großteil der Treibhausgasemissionen macht das Methan aus, das im Verdauungssystem der Tiere entsteht. [mi]

- ▶ Studie: www.tinyurl.com/2pbek6

Kyoto-plus

Merkel will Kopfpauschale

■ Bundeskanzlerin Angela Merkel hat angeregt, jedem Menschen zukünftig dasselbe Recht auf CO₂-Emissionen zuzugestehen. Jedes Land soll nach ihren Vorstellungen so viel Emissionsrechte erhalten, wie es BewohnerInnen hat. Nur eine solche Pro-Kopf-Verteilung sei gerecht und biete die Chance, bei den Verhandlungen für ein Folgeabkommen des Kyoto-Protokolls eine Einigung zu erzielen, so die Kanzlerin. Viele Umwelt- und Entwicklungsorganisationen setzen sich seit Jahren für dieses Modell ein.

Besonders bei Indien und China dürfte Merkel mit ihrem Vorschlag auf großes Interesse stoßen. Denn in den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Erde liegen die Pro-Kopf-Emissionen weit unter dem Niveau der Industriestaaten: Während ein Inder etwa eine Tonne CO₂ im Jahr ausstößt und ein Chinese knapp vier, bringen es die Deutschen auf durchschnittlich zehn Tonnen. Die AmerikanerInnen pusten pro Person sogar knapp 20 Tonnen in die Luft. Genau aus diesem Grund geben viele Experten dem Modell nur geringe Chancen. Denn die USA, die laut Merkel „auch mitmachen müssen“, müssten ihre Emissionen dabei um fast 90 Prozent reduzieren – zumindest wenn der globale Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius begrenzt werden soll und den Entwicklungsländern weiteres Wirtschaftswachstum zugestanden wird. In den aktuellen Verhandlungen über ein Folgeabkommen für das Kyoto-Protokoll spielt dieser Ansatz daher bisher

keine Rolle. Für ihren Vorschlag hatte sich Merkel einen historischen Ort ausgesucht: die alte japanische Kaiserstadt Kyoto, in der vor zehn Jahren das Kyoto-Protokoll verabschiedet worden ist. Merkel nahm damals als Bundesumweltministerin an den Verhandlungen teil. [ms]

- ▶ www.bundeskanzlerin.de (Aktuelles – Reden, 31.08.2007)

UN-Klimaverhandlungen

Kleine Schritte in Wien

■ Bei den UN-Klimaverhandlungen in Wien haben die teilnehmenden Staaten betont, dass die Treibhausgasemissionen in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren ihr Maximum erreichen und bis 2050 – im Vergleich zu 1990 – um mindestens die Hälfte sinken müssten. Es liege in der Verantwortung der Industriestaaten, die als Hauptverursacher des Klimawandels benannt wurden, ihre Emissionen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent zu senken.

Die Konferenz, ein vorbereitendes Treffen für die Weltklimakonferenz im Dezember in Bali, erreichte damit wie erwartet keinen Durchbruch auf dem Weg zu einem Folgeabkommen des Kyoto-Protokolls, das 2012 ausläuft. „Dass der Beschluss zustande kam, ist zwar erfreulich, das war aber gleichzeitig das absolute Minimum“, sagte Antje von Broock, die für den Umweltverband BUND an der Konferenz teilnahm. Immerhin hätten die Blockierer, auf deren Seite etwa Kanada, Japan, Russland oder die Schweiz standen, sich nicht durchsetzen können. Deutschland dagegen erhielt viel Lob für sein nationales Klimaschutzziel, die Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren.

Neben den Obergrenzen für Emissionen diskutierten die Delegierten unter anderem über Finanzströme für klimapolitische Investitionen. Yvo de Boer, Generalsekretär des UN-Klimareferats, hob Effizienzmaßnahmen und den Clean Development Mechanism (CDM) als vielversprechende Maßnahmen hervor. Der bei Umweltverbänden umstrittene CDM ▶

ermöglicht es Industriestaaten, mit Projekten in Entwicklungsländern Emissionen einzusparen und somit einen Teil ihrer Reduktionsverpflichtungen kostengünstig zu erfüllen. [ms]

- ▶ Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention:
www.unfccc.int
- ▶ BUND, Antje von Broock, Tel. +49 (0)30 / 27586468, E-Mail: antje.vonbroock@bund.net

EU-Emissionshandel

Kleine Staaten klagen

■ Malta und Litauen wollen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Zuteilung der Emissionsrechte in der zweiten Runde des Europäischen Emissionshandelssystems klagen. Die EU-Kommission hatte von den beiden Ländern gefordert, im Zeitraum 2008 bis 2012 ihre Treibhausgasemissionen um 30 beziehungsweise 46 Prozent zu reduzieren. Auch Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Estland und Lettland haben bereits Klage eingereicht. Die Staaten befürchten, dass die Reduktionsvorgaben negative Auswirkungen auf die einheimische Wirtschaft haben könnten, und hoffen nun, dass der EuGH die Ziele der Kommission verwirft. [ms]

- ▶ www.euractiv.com (22.08.2007)

Energieeffizienz

Kosten für energieeffiziente Gebäude überschätzt

■ Eine Studie des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) belegt, dass viele ImmobilienexpertInnen die Kosten für den Bau umweltfreundlicher Gebäude um bis zu 300 Prozent überschätzen. Diese falsche Einschätzung sieht der WBCSD als wesentlichen Hinderungsgrund für Fortschritte bei einer besseren Effizienz im Gebäudesektor, der 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs der EU ausmacht. Trotz dieses enormen

Einsparpotenzials verzögern viele EU-Mitgliedstaaten noch immer die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Verbesserung der Gebäudeeffizienz. Dabei könnten damit etwa 40 Millionen Tonnen Öläquivalente bis 2020 eingespart werden, schätzt die EU-Kommission. [io]

- ▶ World Business Council for Sustainable Development, Genf, Schweiz, Tel. +41 (0)22 / 83931-00, Fax -31, E-Mail: info@wbcsd.org, www.wbcsd.org/web/eeb

Klimapapier der Bundesregierung

Gemischte Reaktionen

■ Das Eckpunktepapier zum Klimaschutz, auf das sich die Bundesregierung Ende August einigen konnte, hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die in der Klima-Allianz zusammengeschlossen sind, kritisierten das Papier als ungenügend. „Der Entwurf zeichnet sich durch ein hohes Maß an Unverbindlichkeit aus“, so die Allianz. Vor allem der Verkehrssektor sei fast überhaupt nicht einbezogen worden. Auch würden die geplanten Maßnahmen unter dem Strich nicht die von der Bundesregierung angestrebten 40 Prozent an CO₂-Minderung bis 2020 bringen, sondern lediglich 35 Prozent.

Dagegen lobten Wirtschaftsverbände wie der Bundesverband der deutschen Industrie oder der Zentralverband des Deutschen Handwerks sowie die Regierungsparteien das Eckpunktepapier. Sie betonten vor allem den Fokus auf Effizienzmaßnahmen. Auch bei der Wiener Vorbereitungskonferenz für den Weltklimagipfel in Bali erhielt die Bundesregierung Zustimmung – zumindest von den Staaten, die eine ambitioniertere Klimapolitik befürworten. Andere Staaten verhielten sich gegenüber der deutschen Delegation eher kühl, so die Aussage von Beobachtern.

Das Bundeskabinett hatte sich im August während der Klausur in Meseberg auf 30 Maßnahmen geeinigt. Vorausgegangen war ein wochenlanger Streit zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium, wie die

einzelnen Projekte konkret auszugestalten seien. Letzten Endes einigte sich die Regierung beispielsweise darauf, die Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen, Auflagen für die Wärmedämmung von Gebäuden zu beschließen oder die erneuerbaren Energieträger bis zum Jahr 2020 auf 25 bis 30 Prozent am Gesamtenergieverbrauch auszubauen. Die Vorschläge sollen im November – noch vor der Weltklimakonferenz – in den Bundestag eingebracht werden. [ms]

- ▶ www.bmu.de/klimaschutz
- ▶ www.die-klima-allianz.de

Europäischer Energiemarkt

Zwei Wege zum Wettbewerb

■ Um mehr Wettbewerb auf den europäischen Energiemärkten zu garantieren, schlägt die EU-Kommission vor, dass die Stromproduzenten entweder ihre Stromnetze verkaufen oder sie einem unabhängigen Betreiber unterstellen müssen. Damit baut sie auf ihrem Energiepaket vom Januar 2007 auf, in dem sie bereits die monopolartigen Strukturen der europäischen Energiemärkte moniert hat.

Mit diesen beiden Alternativvorschlägen reagiert die Kommission auf massive Kritik vor allem aus Deutschland und Frankreich, die sich gegen eine eigentumsrechtliche Entflechtung der Energiemärkte sperren. Die deutsche Regierung argumentiert, dass ein solches Vorgehen dem Grundgesetz widerspreche, das eine Enteignung von Privateigentum verbiete. KritikerInnen meinen allerdings, dass die beiden Länder lediglich den Machtverlust ihrer riesigen Energiekonzerne verhindern wollten.

Die Kommission befürwortet ebenso wie Großbritannien, die Niederlande und Schweden einen Verkauf der Netzstrukturen und somit eine vollständige Entflechtung. Zwar rückt sie mit dem zweiten Vorschlag, die Netze unabhängigen und zertifizierten Betreibern zu übertragen und den Wettbewerb durch eine eigens zu schaffende Kontrollbehörde zu

„Umweltsteuern überzeugen auf ganzer Linie – es fehlt nur am Marketing und am Mut der Parteien“

Mitte Oktober findet die Welt-Ökosteuer-Konferenz zum ersten Mal in Deutschland statt. Und erstmals richtet eine Nichtregierungsorganisation diese Veranstaltung aus. Welche Vorteile eine ökologische Steuerreform hat und warum der Fortschritt im Krebsgang stattfindet, darüber lesen Sie im Gespräch mit Anselm Görres vom Förderverein Ökologische Steuerreform mehr.

umwelt aktuell: Herr Görres, die meisten Menschen in Deutschland verziehen beim Wort Steuern das Gesicht. Wie erklären Sie denn einem Fachfremden die Vorteile einer ökologischen Steuerreform?

Anselm Görres: Der Grundgedanke einer ökologischen Steuerreform lautet: Wir stellen das Steuersystem in den Dienst der Umwelt. Über Steuern können wir dem „Produkt Umwelt“ einen Preis geben. Und dieser Schritt ist entscheidend. Warum? Ein Beispiel: Zurzeit bekomme ich ein Flugticket zum Taxipreis, während die Bahn sehr teuer ist. Das liegt unter anderem auch daran, dass ich im Flugverkehr weder eine Energie- noch eine Mehrwertsteuer zahle. Die ökologische Steuerreform sorgt hier für ökonomisch und ökologisch faire Preise. Sie fördert Energieeinsparung, Innovationen und Beschäftigung.

Gibt es auch im europäischen Ausland Erfahrungen und gute Beispiele?

Schon bevor Deutschland Ökosteuern einführt, haben andere Länder damit gute Erfahrungen gemacht. So etwa die skandinavischen Staaten und die Niederlande, aber auch Großbritannien, wo der damalige Premierminister Tony Blair ab 1993 die Benzinsteuern auf das europaweit höchste Niveau angehoben hat. Zusätzlich hat er eine Ökosteuer für die Industrie eingeführt, die große Effizienzsteigerungen erzielte. Großbritannien und Schweden sind nahezu die einzigen Länder, die die Kyoto-Vorgaben jetzt schon erfüllen. Dabei spielten ambitionierte Ökosteuern eine große Rolle. Laut einer neuen EU-Studie haben ökologische Steuerreformen einen positiven Einfluss auf das Wachstum einer Volkswirtschaft von bis zu 0,5 Prozent. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat für Deutschland 250.000 zusätzliche Arbeitsplätze durch die bestehende ökologische Steuerreform errechnet.

Die EU-Kommission hat vor Kurzem eine hochrangig besetzte Konferenz zum Thema abgehalten und fordert, das Instrument stärker einzusetzen. Wie bewerten Sie den Vorstoß, bekommen wir bald eine EU-Ökosteuer?

Es ist schon interessant, was sich dort tut. Die Premiers von Frankreich und Großbritannien, Nicolas

Sarkozy und Gordon Brown, schlugen kürzlich eine Ökologisierung der Mehrwertsteuer nach der Umweltschädlichkeit der Produkte vor. Auch die EU-Kommission sieht Ökosteuern auf dem Vormarsch. Mit der EU-Energiesteuerrichtlinie von 2003 haben wir auch schon eine europäische Mindestbesteuerung von allen Energieträgern. Wir setzen uns dafür ein, dass diese gültigen Mindestsätze – etwa beim Diesel – jetzt schrittweise erhöht werden.

Stichwort Klimaschutz: Wozu brauchen wir überhaupt noch eine europäische Ökosteuer, wenn wir doch jetzt den Emissionshandel haben?

Der Emissionshandel deckt nur etwa die eine Hälfte aller Treibhausgasemissionen ab, die von Industrie und Energiewirtschaft. Für Haushalte und Verkehr ist die Ökosteuer die effizienteste und unbürokratischste Form zum Klimaschutz. Im Übrigen geht es längst nicht mehr um eine Konkurrenz der Instrumente, sondern um das optimale Zusammenspiel möglichst vieler und möglichst starker Instrumente.

Vom 18. bis 20. Oktober findet in München eine internationale Konferenz zu Ökosteuern statt. Worum geht es?

Wir stellen im weltweiten Kontext vor allem die Innovations- und Beschäftigungswirkungen marktwirtschaftlicher Umweltinstrumente in den Vordergrund. Als Hauptredner konnten wir Klaus Töpfer, Heidemarie Wiczorek-Zeul und Ernst-Ulrich von Weizsäcker, aber auch viele internationale Experten von UNO, OECD und EU gewinnen. Es sind voraussichtlich über 300 Experten aus allen Kontinenten vertreten. In einer Vielzahl von Workshops werden gute Beispiele und Erfahrungen ausgetauscht. Diese achte Welt-Ökosteuer-Konferenz ist die erste wirklich weltweite Konferenz über Umweltsteuern, die in Deutschland stattfindet. Die bisherigen Tagungen wurden von Universitätsprofessoren und akademischen Einrichtungen veranstaltet. Mit dem Förderverein Ökologische Steuerreform ist nun zum ersten Mal eine Nichtregierungsorganisation Gastgeber – das ist auch eine Anerkennung der großen Rolle, die NGOs bei der weltweiten Klimapolitik gespielt haben.

Die weltweite Vernetzung schreitet offenbar voran. Wie könnte aus Ihrer Sicht eine Welt mit einer globalen Ökosteuer aussehen?

Dahin ist es noch ein weiter Weg. Aber mit den internationalen Klimaschutzabkommen verpflichten sich immer mehr Länder zu ehrgeizigen Zielen. Diese sind nur mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichbar, das erkennen immer mehr Länder. Selbst in China und den USA gibt es dazu erste Ansätze. Ökosteuern und Emissionshandel sind in aller Welt auf dem Vormarsch. Je mehr die Länder sich dabei untereinander abstimmen, um so besser.

In Deutschland gibt es derzeit keine Weiterentwicklung der Ökosteuer, in der EU wird zaghaft darüber diskutiert, international tut sich nichts dergleichen. Der Fortschritt ist eine Schnecke, heißt es so schön. Wenn Sie die Entwicklung mit einem Tier vergleichen müssten, welches fiele Ihnen ein?

Vielleicht ein Krebs. Ab und zu muss man auch mal seitwärts gehen, wenn man nicht weiterkommt. Und ganz schön robust und wetterfest sein, um trotz aller Widrigkeiten ans Ziel zu kommen. Und in der Klimadebatte gibt es oft Ebbe und Flut. Aber Spaß beiseite. Ich bin überzeugt, die aktuelle Klimadebatte erhöht auch die Akzeptanz für ökologische Steuerreformen. Denn ökologisch und ökonomisch überzeugen Umweltsteuern auf ganzer Linie, wie viele Untersuchungen zeigen. Allein beim politischen Marketing und dem Mut der Parteien hapert es noch.

[Interview: Juliane Grüning]

► Konferenz: www.worlddecotax.org

Dr. Anselm Görres ist Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform und Geschäftsführer von

ZMM Zeitmanager München.

Kontakt:

Tel. +49 (0)89 / 52011313, E-Mail:

foes@foes.de, www.foes.de



überwachen, ein Stück von ihrer Idealvorstellung ab. Gleichzeitig erschwert sie aber Deutschland und Frankreich eine vollständige Ablehnung des Vorschlages. Kritiker weisen allerdings darauf hin, dass es bei dieser Alternative auf die Umsetzung ankäme. So werden in der Zeitschrift *European Voice* „klare und nachvollziehbare Kriterien“ gefordert, um die Unabhängigkeit und Neutralität der Netzbetreiber zu garantieren. Der Kommissionsvorschlag soll Anfang Oktober vom EU-Ministerrat diskutiert werden. [ms]

- Generaldirektion Energie der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/energy/index_de.html
- Gesetzgebungsverfahren: www.eu-koordination.de/PDF/Bruesseler1x1.pdf (1 MB), S. 51–54

Richtlinie Kraftstoffqualität

EU-Parlament diskutiert Standards für Biokraftstoffe

■ Die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments (EP) für die Richtlinie über Kraftstoffqualität, Dorette Corbey, hat klare Kriterien für die Produktion von Biokraftstoffen gefordert und damit eine Debatte ausgelöst. Einerseits begrüßte Corbey das Bestreben der Europäischen Kommission, Treibstoffe klimafreundlicher zu machen. Es müsse aber sichergestellt werden, dass Kahlschlag von Urwäldern, Wasserknappheit und Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau verhindert würden, wenn die Mineralölkonzerne ihrem Treibstoff Biokraftstoffe zusetzen sollen.

Die EU-Kommission hatte im Januar einen Vorschlag für eine überarbeitete Version der Richtlinie aus dem Jahr 1998 präsentiert und gefordert, dem Klimaschutz bei der Herstellung von Treibstoffen mehr Beachtung zu schenken. Nach diesem Vorschlag müssten die Mineralölproduzenten bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen ihrer Kraftstoffe um zehn Prozent reduzieren – bezogen auf die gesamte Lebensdauer von der Förderung des Rohöls bis zur Verbrennung im Tank. Konkret fordert die Kommission, die Emissionen

ab 2011 jährlich um ein Prozent zu reduzieren.

Der Vorschlag stellt den Herstellern allerdings frei, wie sie diese Reduktion erreichen. Möglich wäre der Einsatz von Biokraftstoffen, aber auch eine Verbesserung der konventionellen Treibstoffe durch Effizienzmaßnahmen, CO₂-Abscheidung und -Verpressung (CCS) oder den verstärkten Einsatz von Gas anstelle von Öl.

Besonders über die Frage der Biokraftstoffe ist ein Streit zwischen Herstellern, Kommission, ParlamentarierInnen, Mitgliedstaaten und zivilgesellschaftlichen Gruppen entbrannt. Im Mittelpunkt stehen dabei die potenziellen negativen Auswirkungen der Biokraftstoffproduktion. KritikerInnen fürchten etwa, dass indigene Völker vertrieben, Urwälder vernichtet oder landwirtschaftliche Flächen für die Treibstoffproduktion umgewandelt werden. Um dies zu verhindern, so Corbey, sei ein lückenloses System von Nachhaltigkeitskriterien notwendig. [ms]

- Informationen der EU-Kommission zur Richtlinie: www.tinyurl.com/299dzr
- Gesetzgebungsverfahren: www.eu-koordination.de/PDF/Bruesseler1x1.pdf (1 MB), S. 51–54

EU-Energiepolitik

Kommission schnürt Weihnachtspaket

■ Die Europäische Kommission will am 5. Dezember ein Bündel von energie- und klimapolitischen Maßnahmen vorschlagen. Dazu zählt die konkrete Ausgestaltung der zweiten Runde des Emissionshandelssystems, die Begrenzung der CO₂-Emissionen von Pkw sowie ein Gesetz für erneuerbare Energien, mit dem die EU bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 20 Prozent an erneuerbaren Energiequellen am Gesamtenergieverbrauch erreichen will. Alle Vorhaben sind im Detail noch umstritten.

Den Termin, der zeitgleich mit der Weltklimakonferenz in Bali liegt, hat die Kommission bewusst gewählt. Man wolle,

so ein Kommissionsmitarbeiter gegenüber dem Informationsdienst *Ends Daily*, der Verhandlungsposition der EU damit Rückenwind geben. Skeptiker fürchten dagegen, dass Streit um die Details der Gesetzesvorhaben die EU-Staaten in Bali eher gegeneinander aufbringen könnte.

[ms]

Energieeinsparverordnung

Ausweisungspflicht für Gebäude

■ Zum 1. Oktober tritt die neue Energieeinsparverordnung (ENEV) in Deutschland in Kraft. Damit wird auch der Energiepass für Gebäude schrittweise eingeführt: Ab dem 1. Juli 2008 sind vor 1965 erstellte Wohngebäude ausweisungspflichtig, ab 1. Januar 2009 auch jüngere Wohngebäude und ab 1. Juli 2009 werden ebenso Nicht-Wohngebäude erfasst. Die ENEV gilt nicht für Baudenkmäler. [ms]

- www.dena-energieausweis.de

Ökodesign-Richtlinie

Deutschland im Verzug

■ Ebenso wie 18 andere EU-Staaten hat Deutschland die Umsetzungsfrist für die Ökodesign-Richtlinie Mitte August verpasst. Lediglich Österreich, Belgien, Irland, Großbritannien, die Slowakei und Schweden setzten die „Rahmenrichtlinie für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte“ rechtzeitig in nationales Recht um.

Die Ökodesign-Richtlinie regelt ökologische Prinzipien, Bedingungen und Kriterien für energiebetriebene Produkte. Bisher sind aber nur die Rahmenbedingungen verabschiedet worden. Konkrete Vorschriften für einzelne Produkte wie Straßenbeleuchtung, Computer oder Fernseher will die EU im ersten Halbjahr 2008 beschließen. Bis dahin soll nach Vorstellungen der Bundesregierung auch ein nationales Gesetz vorliegen. Einen Entwurf

für das Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte (EBPG) will sie noch vor Ende des Jahres in den Bundestag einbringen. [ms]

- Themenseite der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/enterprise/eco_design
- Informationen des deutschen Wirtschaftsministeriums: www.tinyurl.com/ysp2h5

Biotreibstoffe

Zu schade für den Tank

■ Die großtechnische Gewinnung von Bioenergie stößt offenbar bereits an ihre Grenzen. Knappe landwirtschaftliche Flächen, steigende Lebensmittelpreise, Wasserverschmutzung durch Intensivlandbau und geringe Ausbeute bei vielen Pflanzentreibstoffen lassen Fachleute an der Nachhaltigkeit zweifeln. So wies der schwedische Wasserexperte Jan Lindqvist darauf hin, dass der Anbau von Energiepflanzen in wenigen Jahren so viel Wasser benötigen könnte wie die gesamte Landwirtschaft.

Der Effekt von Ethanol auf die Reduzierung der Klimagase scheint gering zu sein. Nach einer Studie des Stockholmer Internationalen Wasserinstituts (Siwi) werden für 95 Liter Ethanol 200 Kilogramm Mais benötigt – „genug, um einen Menschen ein Jahr lang zu ernähren“. Extreme Probleme entstünden durch die Auswaschung von Stickstoff, da nur die Hälfte des verwendeten Düngers von den Pflanzen aufgenommen werden könne.

In Deutschland warnte neben verschiedenen Bürgerinitiativen auch der Sachverständigenrat für Umwelt (SRU) vor dem Anbau von Mais- und Raps-Monokulturen. Diese erhöhten die Umweltbelastung in einem Bereich, „in dem weitere Belastungen nicht tolerabel sind“. Auch den Anbau schnellwachsender Hölzer lehnt der Umweltrat ab. Der Naturschutzverband BirdLife bemängelte zudem die gesteigerte Nutzung von stillgelegten Äckern in der EU, die als Zuflucht bedrohter Feldvogelarten dienen. Regionale Biomasse-Initiativen und auch die Grünen warnten demgegenüber vor einer Verteufelung der

Bioenergie. Die Verwendung von landwirtschaftlichen Abfallstoffen in Biogasanlagen und eine dezentrale Erzeugung von Pflanzenölen seien umweltverträglich, sagte die EU-Abgeordnete Rebecca Harms. Diese Technologien müssten auch von Brüssel und Berlin gefördert werden. [mi]

- Stockholm International Water Institute, Tel. +46 852213960, E-Mail: siwi@siwi.org, www.siw.org
- SRU-Sondergutachten „Klimaschutz durch Biomasse“: www.umweltrat.de
- www.birdlife.org (Search: „set-aside“)

Schweizer AKW-Pläne

Zivilgesellschaft geeint

■ Die GegnerInnen der Atomenergie in der Schweiz treten vereint an die Öffentlichkeit. 20 Organisationen gründeten im August die Allianz „Stopp Atom“ und riefen gemeinsam zum aktiven Widerstand gegen Atomgefahren auf. Hauptziel ist es, den von den großen Stromkonzernen geplanten Bau neuer Atomkraftwerke in der Schweiz zu verhindern und die atomare Energiegewinnung zu stoppen. Stattdessen sollen erneuerbare Energien und Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz zum Einsatz kommen. Zunächst möchte das Bündnis die Risiken und Sicherheitsprobleme und die mangelnde Wirtschaftlichkeit der Atomanlagen ins öffentliche Bewusstsein bringen. Die Geschäftsstelle führt Greenpeace Schweiz, zum Vorstand gehören außerdem WWF, ÄrztInnen in sozialer Verantwortung (PSR/IPPNW), die Schweizerische Energie-Stiftung, Sortir du nucléaire und JUSO. Mit dabei sind auch die Schweizer Sozialdemokraten und die Grünen sowie der größte Umweltverband des Landes, Pro Natura. Den Auftakt der Kampagne bildete ein Stopp-Atom-Forum in Bern. Weitere Foren sollen in regelmäßigen Abständen stattfinden. [ij]

- Kontakt: Stopp-Atom-Allianz, Tel. +41 (0)44 / 44741-41, Fax -99, E-Mail: mail@stoppatom.ch, www.greenpeace.ch/stoppatom

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und VordenkerInnen

Klimawandel

Gerechtigkeit im Treibhaus



Der Wandel des Klimas trifft vor allem die Menschen, die am wenigsten dazu beigetragen haben: in Bangladesch, in der Sahel-Zone oder in den ländlichen Regionen

Zentralchinas.

Die *politische ökologie*^{106/107} beschreibt wer Täter, Opfer und Profiteure im Treibhaus Erde sind. Und sie zeigt, dass konsequenter Klimaschutz ein Sprungbrett für mehr Gerechtigkeit in der Welt sein kann.

- _Wie ist der Boom der Bioenergien zu bewerten?
- _Was taugt der Emissionshandel?
- _Wie lässt sich Klimaschutz gerecht gestalten?

Mit Beiträgen von S. Rahmstorf, H. J. Schellhuber, J. Trittin, G. Alber, H. Ott, K. Töpfer, E. Altvater, R. Fücks u. v. m.



Stillen Sie Ihre Neugier!

- _Fordern Sie Heft 106/107 an!
- _19,90 EUR (inkl. Versand)/31,80 CHF
- _ISBN 978-3-86581-074-8
- _oekom verlag
- _Fax +49/(0)81 91/970 00-103
- _www.oekom.de

neugier@oekom.de

Russisches Erdgas

Umstrittene Ostseepipeline nimmt kleinen Umweg

■ Die Trassenführung der geplanten Gaspipeline durch die Ostsee, die von der russischen Hafenstadt Wyborg bis nach Greifswald führen soll, wird aus Umweltschutzgründen geändert. Dies teilte die Betreiberfirma Nordstream, deren Hauptaktionär der russische Gaskonzern Gazprom ist, Ende August mit. Auf dem Grund der Ostsee lägen große Mengen Munition aus dem Zweiten Weltkrieg wie Minen, Giftgas und andere Kampfstoffe, so Nordstream. Bei den Bauarbeiten könne es zu Unfällen und Umweltschäden kommen. Dies wolle man nicht riskieren. Die neue Trassenführung sei dagegen unbedenklich.

Die Munitionsfunde sind zwar seit Langem bekannt, wurden bei der bisherigen Planung aber nicht berücksichtigt. Erst nachdem Polen das Thema auf die Agenda gesetzt hatte, wuchs der Druck auf Nordstream, die Trassenplanung zu ändern. Die polnische Regierung hält allerdings jegliche Trassenführung für unverantwortbar und hat Gutachten in Auftrag gegeben, um ihre Position zu unterstreichen. KritikerInnen halten das plötzlich erwachte grüne Gewissen der polnischen Regierung jedoch für politisch motiviert. Denn Polen hatte

sich von Anfang an massiv, aber vergeblich gegen die Pipeline gewehrt. Das Abkommen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, die den Bau im Jahr 2005 beschlossen hatten, sorgte damals für eine deutliche Abkühlung der deutsch-polnischen Beziehungen. Polen befürchtet seine strategisch wichtige Rolle als Transitland für russisches Gas zu verlieren, wenn die neue Pipeline jährlich bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Gas durch die Ostsee leitet.

Währenddessen sieht sich Gazprom ganz anderen Problemen gegenüber. Im September verlangte der Auswärtige Ausschuss des EU-Parlaments, Europa müsse mehr Wert auf Energiesicherheit legen. Dazu müsse auch die Ostseepipeline auf den Prüfstand. Vor allem muss Gazprom aber die geplante Liberalisierung der europäischen Energiemärkte fürchten, die den Konzern zwingen könnte seine Pipeline-Anteile zu verkaufen oder von einem unabhängigen Betreiber verwalten zu lassen. Ob die EU-Kommission sich mit ihrer Forderung nach Trennung der Produktions- und Verteilstrukturen durchsetzt, wird sich in den nächsten Monaten entscheiden. [ms]

- ▶ www.nordstream.de
- ▶ Hintergrund: Das Parlament Nr. 35/36, www.das-parlament.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Stromwechsel

Verbraucherzentralen geben nur Billigtips

■ Der Verein GrünerStromLabel (GSL) hat die Praxis der Verbraucherzentralen kritisiert, am Stromwechsel Interessierten hauptsächlich billige Anbieter zu empfehlen, ohne auf den Strommix und die Eigentumsverhältnisse zu achten. Bei einem Strompreisvergleich der Verbraucherzentralen in 100 deutschen Städten seien besonders häufig Tochterfirmen der großen Energieversorger RWE und Eon genannt worden, deren Stromerzeugung alles andere als zukunftsweisend sei. Solche Empfehlungen stärkten eher noch die Marktmacht der vier führenden Stromkonzerne RWE, Eon, Vattenfall und EnBW, hieß es beim GSL, hinter dem die Umweltverbände BUND, NABU und DNR stehen. Solange die großen Vier die Übertragungsnetze besitzen und den Löwenanteil des Stroms selbst erzeugen, ist nach Ansicht des GSL ein fairer Wettbewerb nicht möglich. Ein Preisvergleich auf dem Strommarkt sei „ein Vergleich zwischen normalen Äpfeln und subventionierten Äpfeln“. Für 2007

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kulturland

Wer wüsste besser, was gut ist für die Region, als jene, die dort leben? Doch »gut« ist nur dann dauerhaft »gut für alle«, wenn alle Nutzer(innen) einer Landschaft wirtschaftliche, ökologische und soziale Interessen gemeinsam aushandeln. Lesen Sie im ersten Band der Reihe Kulturlandschaft, wie im Jagsttal in Baden-Württemberg die Menschen vor Ort in die nachhaltige Regionalentwicklung eingebunden werden.

R. Kirchner-Heßler, A. Gerber, W. Konold (Hrsg.)
Nachhaltige Landnutzung durch Kooperation von Wissenschaft und Praxis
 oekom verlag, München 2007, Reihe Kulturlandschaft Band 1
 850 Seiten, 62,90 EUR, ISBN 978-3-928244-83-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

hatte die Bundesnetzagentur überhöhte Netzentgelte festgestellt. Die EU will daher Erzeugung, Transport und Verteilung des Stroms konsequent entflechten.

GrünerStromLabel schlägt vor, bei der Wahl eines neuen Stromanbieters auf zwei Kriterien zu achten: zertifizierte Stromprodukte aus erneuerbaren Energien sowie die lokale Versorgung durch Stadtwerke, deren Wertschöpfung in der Region bleibt und die umweltverantwortlich handeln. Dafür bietet der Verein eine Übersicht sowie einen Postleitzahlenrechner über Ökostromangebote mit tatsächlichem Umweltnutzen. [mbu]

► GrünerStromLabel, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 2891449, www.gruenerstromlabel.de

Biomarkt

Übernahme von Basic durch Lidl gestoppt

■ Nach Protesten von Lieferanten und KundInnen hat die Bio-Supermarktkette Basic Anfang September den Verkauf von Aktien an die Lidl-Schwarz-Gruppe bis auf Weiteres gestoppt. Im Juli 2007 hatte der Handelskonzern Schwarz, zu dem der Discounter Lidl gehört, bereits 23 Prozent der Anteile an Basic erworben. Im August bot Schwarz an, die Biokette komplett zu übernehmen, was bei der Geschäftsführung von Basic auf Zustimmung stieß. Zahlreiche Zulieferer kündigten daraufhin die Verträge mit Basic. Ihre Begründung: Mit der aggressiven Geschäftspolitik von Lidl wolle man nichts zu tun haben. Auch VerbraucherInnen und Umweltorganisationen protestierten.

Attac München und mehrere Bioverbände bezeichneten das Einlenken der Basic-Geschäftsführung als wichtigen Teilerfolg. Es zeige sich, dass öffentlicher Druck etwas bewegen könne, hieß es bei Attac. [mbu]

► www.basichbio.de
► www.attac.de/lidl-kampagne

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Nachwachsende Rohstoffe

Energiepflanzenproduktion expandiert

■ In Deutschland werden derzeit auf über zwei Millionen Hektar pflanzliche Energie- und Industrierohstoffe angebaut. Laut der Schätzung der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) sind dies knapp 17 Prozent der insgesamt rund zwölf Millionen Hektar Ackerfläche im ganzen Land. Hauptsächlich sind es Energiepflanzen, aus denen Bioenergie gewonnen wird. Auf weiteren 250.000 Hektar wachsen Industriepflanzen für chemisch-technische Nutzungen.

Für Landwirte ist die Produktion von Biomasse eine wichtige zusätzliche Einkommensquelle, aus Umweltsicht ist sie aber umstritten. Zwar kann Bioenergie fossile Rohstoffe ersetzen. Naturschutzverbände befürchten jedoch ein Auslaugen der Böden durch Monokulturen und weitere Umweltschäden. [mbu]

► Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR), Gülzow, Tel. +49 (0)3843 / 6930-0, www.fnr.de

Öko-Landbau

Bioessen statt Biosprit

■ Die Biobranche in Deutschland boomt weiterhin: Laut der Erzeugergemeinschaft Bioland ist 2006 der Markt für ökologisch hergestellte Produkte um 16 Prozent gewachsen. Doch die heimische Produktion kann die Nachfrage nicht befriedigen, immer mehr Produkte werden importiert. Denn die ökologisch bewirtschaftete Fläche in Deutschland wuchs im gleichen Zeitraum nur um 2,3 Prozent. Deutsche Landwirte sollten nicht leichtfertig von Nahrungsmitteln auf den Anbau von Energiepflanzen umsteigen, warnten die Anbauverbände Bioland und Naturland sowie der Deutsche Naturschutzring bei einem

Treffen der Biobranche im August in München. „Wie viel Energiewüste können wir uns leisten und wie viel Erde brauchen wir zum Essen?“, fragte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Er stellte klar, dass die Zukunft der Landwirtschaft aus Sicht der Verbände weiter in der Lebensmittelproduktion liegt. Beim großflächigen Anbau von Energiepflanzen bestehe die Gefahr von Monokulturen und erhöhtem Biozideinsatz. Die hohe Qualität von ökologisch erzeugten Lebensmitteln hat allerdings auch ihren Preis. Hier seien die VerbraucherInnen gefragt, die verstärkt Ökoprodukte nachfragen sollten. Die Verbände verwiesen darauf, dass in deutschen Haushalten im Schnitt nur 11,5 Prozent des Budgets für Essen ausgegeben werden; ein Wert, der seit Jahren sinke. Auch im europäischen Vergleich gehörten die Deutschen zu den Geizigsten bei den Lebensmittelausgaben. Laut dem EU-Statistikamt Eurostat kaufen nur die Niederländer, Portugiesen, Spanier und Griechen noch billiger ein. [mbu]

► Bioland, Mainz, Tel. +49 (0)6131 / 23979-17, Fax -27, www.bioland.de

Weinmarktreform

Deutsche wollen reinen Wein

■ Nachdem die EU-Kommission im Sommer ihre Pläne für die Zukunft des Weinbaus auf den Tisch gelegt hat, kündigte Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer seinen Widerstand dagegen an. Bei einem Kongress im September im Schwarzwald kritisierte der Minister erneut mögliche Wettbewerbsnachteile für europäische Winzer gegenüber jenen aus Drittländern, wenn die traditionellen Weinbereitungsverfahren eingeschränkt würden.

Die Reformvorschläge der EU-Kommission sehen vor, dass Subventionen gestrichen, 13 Millionen Hektoliter Überschuss nicht mehr zu Industrialkohol destilliert und die Zahlungen für Rebstockrodungen um 30 Prozent erhöht werden sollen. Außerdem soll verboten werden, den Alkoholgehalt des Weines durch den Zusatz

von Zucker zu erhöhen. Erlaubt sei dafür künftig die Alkoholanreicherung durch Traubensaftkonzentrat. Fallen bisherige Subventionen weg, würde dies aber teurer. Geht es nach dem Willen der Kommission, darf der Alkoholgehalt künftig nur noch um zwei statt wie bisher 3,5 Prozentpunkte angehoben werden. Deutsche Winzer seien wegen des schlechteren Wetters besonders auf die Erhöhung des Alkoholgehalts angewiesen, sagte Seehofer. [mbu]

- Bundeslandwirtschaftsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 52931-73, Fax -79, www.bmelv.de

Entscheidungsprozesse

Proteste gegen Gentechnik stärken die Demokratie

■ In der Kontroverse um Gentechnik in der EU gibt es zunehmend einen gesamteuropäischen, politisch wirkungsvollen Protest. Das ergab eine Studie des österreichischen Wissenschaftsfonds, die im August veröffentlicht wurde. Generell prognostiziert die Studie einen unter bestimmten Bedingungen wachsenden Einfluss der Bevölkerung auf Entscheidungsprozesse in der EU. Zwar verlaufen nach Erkenntnis des Projektleiters Franz Seifert kritische Diskussionen über die Einführung der Gentechnik in der EU hauptsächlich auf nationaler Ebene, aber seit Mitte der 1990er-Jahre gebe es einen Trend zur Synchronisierung. Das heißt, in den Mitgliedstaaten wird die Öffentlichkeit annähernd gleichzeitig mobilisiert. Dabei spielen die nationalen und europäischen Umweltverbände eine wichtige Rolle. Laut der Studie erzielen internationale Organisationen die größte Wirkung, wobei die Aufklärung und Mobilisierung vor allem in den Zweigstellen vor Ort stattfindet.

[mbu]

- Der Wissenschaftsfonds FWF, Stefan Bernhardt, Wien, Tel. +43 (0)1 / 505740-111, E-Mail: stefan.bernhardt@fwf.ac.at, www.fwf.ac.at

Koexistenz

Rückruf von Genraps-Saatgut

■ Der Erzeugerverband Bioland hat erneut gefordert, dass in Deutschland niemals gentechnisch veränderter Raps zugelassen werden dürfe, weil sich Kontaminationen nicht vermeiden ließen. Im August startete die Deutsche Saatgutveredlung AG (DSV) eine Rückrufaktion von gentechnisch verunreinigtem Raps, der in Nordrhein-Westfalen entdeckt worden war. „Die betroffenen Bundesländer müssen auf den bereits ausgesäten Flächen sicherstellen, dass kein keimfähiges Saatgut im Boden verbleibt“, sagte der Präsident von Bioland, Thomas Dosch. Den Landwirten dürfe dabei kein materieller Schaden entstehen, der Fall müsse schnell aufgeklärt werden. Rapsaatgut überdauere im Boden bis zu 15 Jahre. Von daher sei es fraglich, ob das Unterpflügen, wie es das Düsseldorfer Sozialministerium angeordnet hat, als Maßnahme genüge.

Bei der Verunreinigung könne es sich um Folgen von Freisetzungsversuchen der 1990er-Jahre handeln, hieß es beim DSV. Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums geht die Kontamination auf Produkte des Bayer-Konzerns zurück. Der verunreinigte Raps ist resistent gegen das Herbizid Glufosinat, das in den Bayer-Produkten Basta und Liberty enthalten ist. [mbu]

- Bioland, Mainz, Tel. +49 (0)6131 / 23979-17, E-Mail: info@bioland.de, www.bioland.de

Deutsche Genforschung

Neue Genpflanzen für 25 Millionen Euro

■ Die Bundesregierung fördert derzeit 24 Forschungsprojekte mit gentechnisch veränderten Pflanzen. Die Vorhaben werden mit Steuergeldern in Höhe von 25 Millionen Euro gefördert. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag hervor. Ein Ziel der Projekte sei, durch eine unab-

hängige Berichterstattung der Ergebnisse der biologischen Sicherheitsforschung, eine unvoreingenommene Auseinandersetzung der Menschen in Deutschland mit Chancen und Risiken der Gentechnik zu ermöglichen.

Während die Max-Planck-Gesellschaft die aus ihrer Sicht restriktive Genehmigungspraxis für Freisetzungsversuche beklagt, sieht das Umweltinstitut München in der finanziellen Förderung der Agrotechnik einen Skandal. Die Regierung subventioniere damit einen Bereich, der von der Gesellschaft flächendeckend abgelehnt werde. Die entsprechenden Gelder fehlten bei der Entwicklung und Förderung regionaler und nachhaltiger Ökolandwirtschaft. So sei das Bundesprogramm Ökolandbau in den vergangenen Jahren von 35 Millionen auf zehn Millionen Euro gekürzt worden. [mbu]

- Umweltinstitut München, Tel. +49 (0)89 / 307749-0, E-Mail: info@umweltinstitut.org, www.umweltinstitut.org

Biotechnologie in Polen

EU-konformes Gentechnikrecht

■ Greenpeace hat der EU-Kommission im August ein Expertenpapier vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass Polens nationale Gesetzgebung zur Gentechnik mit dem EU-Recht übereinstimmt. Die wissenschaftliche Stellungnahme stammt von dem Umweltrechtler Ludwig Krämer. Seiner Analyse zufolge hat Polen das Recht, im eigenen Staatsgebiet den Einsatz von genetisch veränderten Organismen (GVO) einzuschränken, um die Umwelt zu schützen. Die Tatsache, dass gentechnisch veränderte Saaten, Pflanzen oder Tiere in der EU zugelassen seien, bedeute nicht automatisch, dass Mitgliedstaaten keine restriktiveren nationalen Regelungen erlassen dürften, argumentierte Krämer.

Der Jurist hält die Auslegung der Richtlinie durch die EU-Kommission, wonach es Mitgliedstaaten nicht erlaubt

sei, die Anwendung von GVO auf ihrem Territorium selbst zu regeln, für „fehlerhaft“. „Diese Interpretation beruht auf der falschen Annahme, dass die Begriffe Inverkehrbringen und Anwendung im EU-Recht gleichberechtigt sind“, sagte Krämer. Greenpeace forderte die Kommission auf anzuerkennen, dass Polen und alle EU-Mitgliedstaaten das Recht hätten den Anbau von Gempflanzen einzuschränken. Die Brüsseler Exekutive solle die Deutung des EU-Rechts korrigieren und nicht mehr in Polens nationale Gentechnikgesetzgebung eingreifen. Kritiker befürchten, dass die EU-Kommission das polnische Gentechnikrecht ablehnen könnte. [mbu]

- ▶ Greenpeace EU, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2741903, E-Mail: european.unit@diala.greenpeace.org, www.eu.greenpeace.org

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Förderprogramm LIFE+

Anträge jetzt schreiben

■ Die Europäische Kommission hat einen Zeitplan für die Ausschreibung nach dem Naturschutzförderprogramm LIFE+ veröffentlicht. Der erste Aufruf war vorbehaltlich letzter Änderungen für die zweite Septemberhälfte geplant, Einreichfrist wird wahrscheinlich der 30. November sein. Für die drei Themenbereiche Naturschutz und Biodiversität, Umweltpolitik und Governance sowie Information und Kommunikation sind eigene Dokumente im Internet eingestellt. Es gibt jeweils Leitlinien und Formulare zum Herunterladen.

Frühester Termin für den Beginn von neuen Projekten ist der 1. Januar 2009, nachdem alle Vorschläge die notwendigen Genehmigungs- und Prüfverfahren durchlaufen haben. LIFE+ hat ein Budget von insgesamt 2,14 Milliarden Euro für die Jahre von 2007 bis 2013. [jg]

- ▶ www.ec.europa.eu/environment/life/life+components

Vogelschutzgebiete

EU-Gesetze greifen

■ Die Ausweisung von Vogelschutzgebieten nach der EU-Vogelschutzrichtlinie hat die Situation vieler Vogelarten entscheidend verbessert, so eine Studie, die im Wissenschaftsmagazin Science veröffentlicht wurde.

Die Studie hat Daten von 1970 bis 1990 und 1990 bis 2000 miteinander und mit Daten außerhalb der EU verglichen. Demnach reichten Schutzgebiete allein zwar nicht aus, leisteten aber einen großen Beitrag zum Schutz vieler Vogelarten. Anlässlich dieser Forschungsergebnisse forderte die Naturschutzorganisation NABU erneut die Nachmeldung von Vogelschutzgebieten durch die Bundesländer sowie eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft. Subventionen dürften nur noch für ökologisch verträgliche Agrarmaßnahmen erteilt werden.

Mit der Vogelschutzrichtlinie hatten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft 1979 verpflichtet, für europaweit bedrohte Vogelarten Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört unter anderem, die Nester und Jungvögel zu schützen, die Jagd auf Brut- und Zugvogelarten einzuschränken sowie Schutzgebiete für die in Anhang I der Richtlinie aufgelisteten Arten auszuweisen. [jg, bv]

- ▶ Science, Bd. 317, Heft 5839, <http://sciencemag.org/archive/09.08.2007>
- ▶ www.nabu.de/m06/m06_04/07012.html

Öffentliche Beschaffung

Norwegen misstraut FSC

■ Die norwegische Regierung will fortan in ihren öffentlichen Baumaßnahmen kein Tropenholz mehr verwenden. Verankert wurde diese Vorschrift im Sommer in einem Aktionsplan für Umwelt und soziale Verantwortung bei der öffentlichen Beschaffung. Grund für diese Vorschrift ist das Fehlen einer Zertifizierungsmethode für den Einschlag in tropischen Ländern, die zuverlässig garantieren kann, dass im-

portiertes Holz legal und nachhaltig gewonnen wurde. Auch das FSC-Siegel, das die zuständige Behörde in Oslo seit 2002 beobachtet hat, könne die legale und nachhaltige Herkunft von Holz nicht garantieren. Mit seiner strengen und ehrgeizigen öffentlichen Beschaffungspolitik gilt Norwegen nun international als Vorreiter. [bv]

- ▶ www.pro-regenwald.de/new_norw.php
- ▶ www.rainforest.no/html/481.htm

Waldbrände in Griechenland

Europa hilft und ermahnt

■ Das Europäische Parlament hat nach den Waldbränden in Griechenland einen europäischen Zivilschutz zum Einsatz bei Naturkatastrophen gefordert. Die Abgeordneten setzten sich auf der Plenarsitzung am 4. September für „konkrete Vorschläge“ sowie für eine leichtere Verfügbarkeit von finanzieller Unterstützung ein. Die ParlamentarierInnen warnten vor einer mit dem Klimawandel einhergehenden Zunahme von Naturkatastrophen und forderten die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, diese Entwicklungen auch in ihren Haushaltsplänen zu berücksichtigen. Gleichzeitig sprach sich das EU-Parlament dafür aus, abgebrannte Gebiete wiederaufzuforsten und diese Zonen keinesfalls für Immobilienprojekte zu nutzen.

Der WWF hat angesichts der Waldbrände ein Gesetz auf EU-Ebene gefordert, welches das Bebauen von abgebrannten Waldflächen verhindert. Ein großer Teil der Waldbrände gehe auf Brandstiftung zurück. Nach den Bränden interessierten sich auffallend oft Grundstücksspekulanten für das Gebiet. In vielen Mittelmeerländern werde die Umwandlung in Bauland oder Agrarflächen nach Waldbränden von Politikern gefördert oder zumindest nicht verhindert, so der WWF. Daher werde Feuer zunehmend als Instrument benutzt, um gesetzliche Einschränkungen für die Nutzung eines Stückes Land zu beseitigen.

Zudem forderte der WWF, angesichts der Kosten der Brandbekämpfung und ▶

der Behebung der immensen Schäden verstärkt in umfassende Präventionsmaßnahmen zu investieren. Dazu gehöre die klare Durchsetzung der bestehenden Gesetze wie die Pflicht zur Wiederaufforstung in Griechenland, die bisher nur auf dem Papier existiere. Seit den 1970er-Jahren sei fast eine Million Hektar Wald abgebrannt, wovon nicht einmal 15 Prozent wieder aufgeforstet worden seien. Außerdem sei versäumt worden, durch eine Änderung der Waldbewirtschaftung die Wälder robuster gegen Brände und Wetterextreme zu machen. [bv, jg]

- ▶ www.euractiv.com/de/umwelt (05.09.2007)
- ▶ www.wwf.de/wald

Lakomaer Teiche

Vattenfall darf abbaggern

■ Der Energiekonzern Vattenfall hat mit der umstrittenen Trockenlegung der Lakomaer Teiche bei Cottbus (Niederlausitz) begonnen. Im Oktober sollen die Bagger ihre Arbeiten in dem dann trockengelegten Teichgebiet am Rande des Tagebaus Cottbus-Nord beginnen. Das Klagebündnis der Umweltverbände Grüne Liga, BUND, NABU und Robin Wood gab im September den Versuch auf, durch eine Eilentscheidung

des Brandenburger Verfassungsgerichts das Vordringen des Tagebaus Cottbus-Nord doch noch zu verhindern. Die klageführende Grüne Liga zog alle Klagen zurück, im Gegenzug übernimmt Vattenfall die Prozesskosten. Die Grüne Liga warf Vattenfall vor, die Kosten durch externe Gutachten in den sechsstelligen Bereich getrieben zu haben.

Ursprünglich wollten die Verbände erreichen, dass das Verfahren zum Planfeststellungsbeschluss dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorgelegt wird. Das Gebiet war als FFH-Gebiet nach der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie geschützt. Im Juli hatte das Oberverwaltungsgericht in Berlin jedoch das Abbaggern genehmigt. Als Ausgleich für den Verlust der Teiche soll Vattenfall auf elf Kilometern Länge die Spreeaue bei Cottbus renaturieren.

Robin Wood und örtliche Bürgerinitiativen wollen nun den Protest mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen fortsetzen. Umweltgruppen aus der Lausitz und Berlin haben eine Kampagne mit dem Titel "Vattenfall abmelden" gestartet, in der sie die Stromkunden auffordern, zu einem Anbieter ohne Verbindungen zur Kohle- und Atomindustrie zu wechseln. [bv]

- ▶ www.lacoma.info
- ▶ www.jpberlin.de/greenhouse/abmelden.htm

Biodiversitätsgipfel COP 9

Mehr Druck für Bonn 2008

■ Der UN-Konferenz zur biologischen Vielfalt im Mai nächsten Jahres in Bonn (COP 9) droht nach Einschätzung des Deutschen Naturschutzrings und des Forums Umwelt und Entwicklung ein mageres Ergebnis oder gar ein Scheitern, wenn der politische Druck nicht deutlich erhöht wird. Insbesondere bei dem angestrebten weltweiten Schutzgebietsnetz für Wälder und Meere, beim gerechten Vorteilsausgleich für die Nutzung der biologischen Vielfalt und bei der Gewährleistung der biologischen Sicherheit bei der Gentechnik bestehe noch großer Handlungsbedarf.

Die UN-Konferenz soll vom 19. bis zum 30. Mai 2008 in Bonn mit rund 5.000 TeilnehmerInnen aus aller Welt stattfinden. Die Biodiversitätskonvention wurde 1992 beim Erdgipfel in Rio de Janeiro verabschiedet. Beim Weltgipfel 2002 in Johannesburg beschlossen die Staats- und Regierungschefs, das rapide Artensterben bis zum Jahr 2010 signifikant zu reduzieren. [bv]

- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung, Projekt COP 9, Günter Mitlacher, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 92399353, E-Mail: cop9@forumue.de, www.biodiv-network.de

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... „druckfrisch“ über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/aktuelles/newsletter.html

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

Aktionsplan Feuchtwiesen

Kiebitz und Brachvogel noch nicht gerettet

■ Der Naturschutzbund will mit einem im August veröffentlichten „Aktionsplan Feuchtwiesen“ auf die zunehmende Existenzbedrohung typischer Feuchtwiesen-Bewohner wie Kiebitz, Uferschnepfe und Brachvogel hinweisen. Das dem NABU zugehörige Michael-Otto-Institut hat dazu die wichtigsten Fakten und Erfahrungen über den Schutz von Feuchtwiesen aus einer Recherche bei 90 Schutzprojekten aus dem In- und Ausland zusammengestellt. Der Aktionsplan kommt zu dem Schluss, dass die Schutzbemühungen bisher noch nicht ausreichend waren, um den dramatischen Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen. Es gebe aber einige vielversprechende Schutzansätze, die weiter verfolgt werden müssten. [bv]

- ▶ Michael-Otto-Institut im NABU, Dr. Hermann Hötter, Bergenhusen, Tel. +49 (0)4885 / 570, E-Mail: nabu-inst.hoetker@t-online.de
- ▶ Aktionsplan: http://bergenhusen.nabu.de/m04/m04_02

unterscheiden sich stark. Während die Umweltverbände mit einer „Landschaftsinitiative“ die Kompetenzen für die Raumordnung zentralisieren wollen und gegen eine Vergrößerung der Bauzone in den nächsten 20 Jahren sind, setzen sich die Schweizerische Kommission für Immobilienfragen und der Hauseigentümerverband (HEV) für eine Liberalisierung der Regeln innerhalb der Bauzonen ein und lehnen eine Zentralisierung ab. Die HEV-Forderung nach einem flexiblen Raumplanungs- und Baurecht, mit dem beispielsweise die Nutzungsübertragungen von Grundstücken vereinfacht sowie das bäuerliche Bodenrecht aufgehoben werden sollen, führte zu heftiger Kritik der Umwelt- und Bauernverbände. Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz sieht hierin den Versuch, die Trennung zwischen Bau- und Nichtbauland auszuhöhlen. [jo]

- ▶ www.landschaftsinitiative.ch
- ▶ www.hev-schweiz.ch

Ländliche Infrastruktur

Rollende Supermärkte wollen Sonderrolle

■ Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat sich besorgt über den Rückgang der „rollenden Supermärkte“ in ländlichen Regionen geäußert. Lebensmittelverkaufsfahrzeuge seien in ländlichen und strukturschwachen Gebieten unbedingt notwendig, um die Bevölkerung zu versorgen. Der DStGB fordert deshalb Ausnahmen von den EU-Regeln zu Lenk- und Ruhezeiten für Fernfahrer. Die Fahrer der Verkaufsfahrzeuge seien nicht den gleichen beruflichen Bedingungen ausgesetzt wie Bus- oder Fernfahrer.

Die EU hat vor Kurzem Vorgaben zur Harmonisierung bestimmter Vorschriften im Straßenverkehr erlassen, die auch in Deutschland umgesetzt werden müssen. Das neue EU-Recht sieht unter anderem eine Verkürzung der durchschnittlichen zulässigen Wochenarbeitszeit von 56,5 auf 48 Stunden vor. Außerdem müssen

Fernfahrer nach einer Arbeitszeit von viereinhalb Stunden eine 45-minütige Ruhepause einlegen. Die FahrerInnen auf Verkaufstouren fahren aber nicht die ganze Zeit, sondern verkaufen stundenweise zu festgelegten Zeiten ihre Waren. Nach den geplanten Gesetzesänderungen dürfen die Verkaufsfahrzeuge an deutlich weniger Punkten halten und verkaufen. Der Handel rechnet damit, dass dann 15 bis 40 Prozent der Touren wegfallen könnten.

Schon 2005 waren nach Zahlen des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen (vzbv) in ländlichen Gebieten durch den Schwund von festen Geschäften bundesweit bis zu acht Millionen VerbraucherInnen unterversorgt. Rund 1.000 „fahrende Tante-Emma-Läden“ gibt es derzeit. Für Menschen ohne Auto ist die Versorgung per Verkaufswagen manchmal die einzige Einkaufsmöglichkeit.

Auch HändlerInnen von Wochenmärkten haben sich gegen die neuen EU-Regeln gewandt: Nach den strengen Ruhezeitregeln sei der normale Marktbetrieb gar nicht einzuhalten. Oft handelt es sich um Ein-Personen-Betriebe, die für die Pausen keine Ersatzkräfte einstellen können. [jg]

- ▶ Deutscher Städte- und Gemeindebund, Franz-Reinhard Habbel, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 77307225, E-Mail: franz-reinhard.habbel@dstgb.de, www.dstgb.de

STADT & REGION

Zersiedelung der Schweiz

Häuslebauer sehen noch genug Landschaft

■ Im Vorfeld einer Schweizer Volksinitiative gegen Zersiedelung verschärft sich der Streit zwischen Umwelt-, Wirtschafts- und Hauseigentümernverbänden. Einigkeit besteht darüber, dass die durch den Bauboom der letzten Jahre und durch steuerliche Fehlanreize begünstigte Zersiedelung ein großes Problem für die Schweiz darstellt. Konsens ist auch, dass die wirksamste Gegenmaßnahme eine Verdichtung, also eine bessere Nutzung des schon bebauten Landes ist. Die Lösungsansätze allerdings

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Deutschland in Brüssel

Neuer Vertreter

■ Seit dem 20. August ist Edmund Duckwitz neuer Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU und damit Nachfolger von Wilhelm Schönfelder. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter bereitet zum Beispiel Entscheidungen des Europäischen Rates oder des EU-Ministerrates vor. 175 MitarbeiterInnen sind für die Ständige Vertretung Deutschlands in Brüssel tätig. Dort treten sie in den rund ▶

Nachhaltigkeit

A-Z



H wie Holz

»Ötzi«, der Mann aus dem Eis, konnte bei seiner Gletscherbesteigung ebenso wenig darauf verzichten wie die Baumeister mittelalterlicher Kathedralen oder die Energieunternehmen unserer Tage: Holz ist als Werk, Bau- und Brennstoff unentbehrlich. Dieser Band erzählt die Kulturgeschichte des Holzes und verschafft überraschende Einblicke in die Beziehung zwischen dem Naturstoff und seinem Nutznießer Mensch.

J. Radkau

Holz

Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt
oekom verlag, München 2007
Reihe Stoffgeschichten Band 3
344 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen
24,90 EUR, ISBN 978-3-86581-049-6

Erhältlich bei

www.oekom.de

oekom@de.rhenus.com

Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

140 Ausschüssen und Arbeitsgruppen des Rates für die deutschen Interessen ein. Duckwitz war zuletzt deutscher Botschafter bei der NATO. [jg]

► www.bruessel-eu.diplo.de

Bürokratieabbau

EU-Parlament streitet für Umwelt und Soziales

■ Das Europäische Parlament unterstützt die Pläne der EU-Kommission, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen bis zum Jahr 2012 um ein Viertel zu reduzieren. Allerdings dürfe diese Entbürokratisierung, die unter dem Schlagwort „Bessere Rechtsetzung“ diskutiert wird, nicht zum Abbau von sozialen und ökologischen Standards führen. Daher sei eine Reihe von Kriterien zu beachten, so die ParlamentarierInnen in ihrer Plenarsitzung am 3. September.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Bürokratieabbau sei die Transparenz der Gesetzgebung. Alle beteiligten Akteure müssten einbezogen werden und umfassende Informationen erhalten. Das Parlament nennt hier auch nichtstaatliche Organisationen. Zudem müssten die EU-Ministerratsitzungen in Zukunft öffentlich sein. Damit die BürgerInnen auch verstünden, was die Kommission meine, solle diese zudem „unklare und überflüssige Ausdrücke vermeiden“ und eine einfache und verständliche Sprache verwenden.

Besonderes Augenmerk legte das Parlament auf die Folgenabschätzungsverfahren, die jeder Gesetzesentwurf durchlaufen muss, bevor er in Parlament und Ministerrat vorgelegt wird. In der Vergangenheit hatte es viel Kritik an dem System der Folgenabschätzung gegeben. Zwar sind offiziell ökonomische, soziale und ökologische Kriterien gleichwertig zu berücksichtigen. Umwelt- und Sozialverbände hatten aber stets bemängelt, dass wirtschaftliche Belange in der Praxis bevorzugt würden. Das Parlament unterstützte nun das Ansinnen der Kommission, einen unabhängigen

Ausschuss für Folgenabschätzung einzusetzen.

Die Initiative für eine bessere Rechtsetzung hatte EU-Vizepräsident Günter Verheugen im Jahr 2005 gestartet. Um den Verwaltungsaufwand wie beabsichtigt um ein Viertel zu reduzieren, werden zurzeit eine Reihe von Politikfeldern auf mögliche Vereinfachungen hin untersucht. Dazu zählen auch Umwelt-, Verkehrs- und Agrarpolitik. Umweltverbände warnen davor, dass etwa im Abfallbereich bestehende Standards abgeschwächt werden könnten. [ms]

► Parlamentsbeschluss: www.tinyurl.com/yperay

► Hintergrundstudie: DNR (Hrsg.): Bessere Rechtsetzung in Europa. Berlin 2007, 37 S.;

Download: www.eu-koordination.de/PDF/Fink_BetterRegulation_final.pdf

Europäische Verträge

Verfassung wird Reformvertrag

■ Die portugiesische Regierung, die derzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne hat, will auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 18. und 19. Oktober eine endgültige Entscheidung über den „Reformvertrag“ herbeiführen. So wird die ehemalige Verfassung jetzt offiziell genannt. Ende des Jahres könnte der Vertrag dann unterzeichnet werden. Anschließend könnte die Ratifizierungsphase beginnen.

„Ich bin sicher, dass wir eine Einigung erzielen können“, sagte der portugiesische Außenminister Luís Amado am Rande der Tagung des EU-Außenministerrates am 7. September. Alle Staaten hätten sich in den laufenden Vorbereitungen konstruktiv gezeigt. Ob den verhandlungsführenden Portugiesen allerdings ihr Vorhaben gelingt, die Diskussion „rein technisch“ zu halten, ist fraglich. Denn es gibt noch eine Reihe von Punkten, die politisch umstritten sind.

Während zahlreiche Staaten fordern, dass Großbritannien auf seine Ausstiegsoption („opt out“) für die Grundrechte-

Charta verzichten soll, beharren die Briten nach wie vor auf der Sonderregelung. Auch Polen möchte neuerdings ein Ausstiegsrecht für sich in Anspruch nehmen. Warschau fordert darüber hinaus, bei der Reform des Abstimmungsverfahrens ein Vetorecht „bei vitalen Interessen“ im Vertragstext zu verankern, was die meisten anderen Staaten ablehnen. Sorgen bereitet den EU-Außenministern die Ankündigung Polens, am 21. Oktober Neuwahlen abzuhalten. Viele fürchten, dass die Parteien im Wahlkampf eine Anti-EU-Stimmung verbreiten und die Diskussion über den Reformvertrag zur eigenen Profilierung nutzen könnten.

Der Europäische Rat hatte im Juni unter deutscher Präsidentschaft ein Verhandlungsmandat für die Reform des EU-Vertrages beschlossen. Dabei wurde der Begriff „Verfassung“ zwar verworfen, der derzeitige Entwurf basiert aber zu großen Teilen auf dem damaligen Verfassungsentwurf. [ms]

- ▶ Beschlüsse EU-Außenministerrat 07.09.2007: www.eu2007.pt
- ▶ Entwurf Reformvertrag: www.tinyurl.com/2l9pab

Ökologischer Fußabdruck

Britische Studie schlägt Methoden-Mix vor

■ Eine vom britischen Umweltministerium herausgegebene Studie hat unterschiedliche Methoden zur Ermittlung des „ökologischen Fußabdrucks“ verglichen. Hinter dem ökologischen Fußabdruck steckt ein Berechnungsmodell, mit dem sich der Ressourcenverbrauch eines Menschen oder einer Gruppe bis hin zur Weltbevölkerung anschaulich ausdrücken lässt. In den letzten Jahren sind immer mehr Systeme entwickelt worden, um begreiflich zu machen, wie viel Rohstoffe und Energie bei bestimmten Tätigkeiten verbraucht werden. Die Methoden zur Berechnung sind sehr unterschiedlich.

Die Studie beschreibt verschiedene landesweite und regionale Methoden aus

Großbritannien, untersucht aber auch deren Gebrauch in anderen Staaten.

Im letzten Teil der Studie werden die Verwendung sowie die Vor- und Nachteile verschiedener Ansätze verglichen. Hier stehen zum Beispiel die Materialfluss-Analysen den rein finanziellen Input-Output-Analysen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene gegenüber. Die Studie empfiehlt schließlich eine gemischte Verwendung dieser beiden Methoden auf nationaler Ebene. Um Unsicherheiten bei den Ergebnissen zu vermeiden, müsste diese kombinierte Methodik jedoch noch weiterentwickelt werden. [jg]

- ▶ Studie (PDF, 500 kB): www.tinyurl.com/yu4mlw

Umweltgesetzbuch

Umweltbundesamt ruft zum Online-Dialog

■ Mit der Veröffentlichung der ersten zwei Bände der Reihe Forum Umweltgesetzbuch hat das Umweltbundesamt zu einem Dialog über das geplante Umweltgesetzbuch (UGB) aufgerufen. Das UGB soll alle bisher vorhandenen Gesetzesregelungen im Umweltbereich zusammenführen und vereinfachen. Noch in dieser Wahlperiode sollen erste Ergebnisse vorliegen.

Das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt wollen den Entstehungsprozess mit der neuen Veröffentlichungsreihe Forum Umweltgesetzbuch begleiten. In loser Folge werden AutorInnen aus der Bundespolitik, den Ländern, der Wirtschaft, den Umweltverbänden sowie aus Wissenschaft, Justiz und Vollzugspraxis ihren Standpunkt zum UGB darlegen. Die Umweltverbände arbeiten innerhalb von Projekten und Arbeitsgruppen am Thema Umweltgesetzbuch und begleiten den Prozess kritisch. [jg]

- ▶ DNR, Projekt Umweltgesetzbuch, Dr. Ellen Krüsemann, Oberhausen, Tel. +49 (0)208 / 88059-21, E-Mail: lb.naturschutz@t-online.de, www.dnr.de/dnr/projekte (UGB)
- ▶ www.umweltgesetzbuch.de

Litauisches Atomkraftwerk

Ignalina illegal?

■ Nach Angaben der im Finanzbereich arbeitenden Umweltorganisation CEE Bankwatch und der Lettischen Grünen Bewegung hat Litauen bei der Planung des sieben Milliarden Euro teuren Atomkraftwerks Ignalina die Espoo-Konvention verletzt. Die litauische Regierung habe die Beteiligung von BürgerInnen anderer Staaten abgelehnt. In einem offenen Brief haben die Organisationen nun die Einsicht in die Umweltverträglichkeitsprüfung und alle wichtigen Dokumente in lettischer, polnischer und estnischer Sprache verlangt. Bisher gibt es nur Kurzzusammenfassungen der betreffenden Texte in den Sprachen der Nachbarländer.

Die 1991 beschlossene Espoo-Konvention regelt grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP). Sie ist ein Instrument der UN-Wirtschaftskommission für Europa, das die Beteiligung betroffener Staaten und deren Öffentlichkeit an UVP-Verfahren bei Vorhaben in anderen Staaten mit möglicherweise erheblichen grenzüberschreitenden Auswirkungen zwischen den ECE-Staaten regelt. Die Espoo-Konvention ist seit 1997 in Kraft. [jg]

- ▶ Lettische Grüne Bewegung, Alda Ozola-Matule, Tel. +371 29713047, E-Mail: alda.ozola@zalie.lv
- ▶ www.bankwatch.org

Freier Grenzverkehr

Schengener Abkommen für neue EU-Mitgliedstaaten

■ Für die EU-Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa ist der Weg zum Schengener Abkommen frei, nachdem die letzten technischen Hürden beseitigt sind. Trotz noch bestehender Probleme in einigen Ländern wurden die Grenzstationen so ausgestattet, dass sie die zentrale Schengener Datenbank nutzen können. Auf diese Datensammlung können Polizei und Grenzbeamte gemeinsam zugreifen. ▶

Darin werden beispielsweise Informationen über Personen oder gestohlene Autos gespeichert. Zurzeit partizipieren 13 EU-Länder sowie Norwegen und Island am Schengener Abkommen, das für die Teilnehmer das Passieren der Grenze ohne Passkontrolle vorsieht. Voraussetzungen für den freien Grenzverkehr sind nach den Vorgaben der EU-Kommission ein funktionierendes Informationssystem und sichere Außengrenzen. Wenn die zuständigen EU-Minister und Staatschefs in den kommenden Monaten zustimmen, gilt die Aufhebung der Grenzkontrollen auf der Straße ab dem 31. Dezember, für Flughäfen ab dem 29. März 2008. [mbu]

- ▶ www.europa.eu.int/comm
- ▶ www.de.wikipedia.org/wiki/Schengener_Abkommen

VERKEHR & TOURISMUS

Dieseluß

Staat soll Partikelfilter kontrollieren

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel aufgefordert, eigene Kontrollen der steuerlich geförderten Partikelminderungssysteme durchzuführen und sich nicht auf die von den Herstellern vorgelegten Gutachten zu verlassen. Anlass dafür waren neue Messungen des TÜV Hessen und des TÜV Süd im August. Die Technischen Überwachungsvereine stellten deutliche Unterschiede der Wirksamkeit von Marken- und Billigfiltern fest. So erhielt der Nachrüstfilter der Firma GAT wegen eines von ihm verursachten, viel zu hohen Abgasgedrucks und wegen fehlender Filterleistung die Note mangelhaft. Die Markenprodukte GAT und Bosal erreichten nur einen Wirkungsgrad von 18 bis 29 Prozent, während andere auf Werte bis zu 70 Prozent kamen.

GAT und Bosal protestierten gegen die Veröffentlichung der TÜV-Daten

durch die DUH und kündigten rechtliche Schritte an. Die Umweltorganisation zeigte sich unbeeindruckt. Es gehe darum, 800 Millionen Euro staatlicher Förderung zur schnellen Nachrüstung von Diesel-Pkw korrekt einzusetzen. Die DUH verlangte außerdem, die Messung der tatsächlichen Partikelemissionen ins Programm der regelmäßigen Abgasuntersuchungen aufzunehmen. [mbu]

- ▶ DUH, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, Fax -19, E-Mail: berlin@duh.de, www.duh.de

Benzinkosten

CO₂-Limit hilft Sprit sparen

■ Nach einer Studie der Unternehmensberatung A.T. Kearney können europäische AutofahrerInnen im Jahr durchschnittlich bis zu 220 Euro an Spritkosten sparen. Voraussetzung dafür sei, dass die von der EU geplanten Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß von Neuwagen eingeführt werden. Die Einsparung hänge von der Größe des Autos und den jährlich zurückgelegten Kilometern ab. Die Verfasser der Studie gingen davon aus, dass im Jahr 2012, acht Jahre nach Einführung des Grenzwerts von 120 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer, alle europäischen Fahrzeuge erneuert sein werden. Ihren Prognosen zufolge gibt es dann 300 Millionen AutofahrerInnen auf Europas Straßen. [mbu]

- ▶ www.atkearney.de/content/veroeffentlichungen/executivebriefs.php/id/49983

Tempolimit

Grüne für Pkw-Temposperr

■ Die Grünen haben im September in einem Positionspapier zum Thema Auto eine technische Höchstgeschwindigkeitsperre für Pkw vorgeschlagen. Danach soll die Geschwindigkeit der Autos in Deutschland durch eine automatische Motorsperre auf 160 Stundenkilometer begrenzt werden. Die Sperre solle dazu beitragen, Autos

umweltfreundlicher zu machen, heißt es in dem „Green Car Concept“. Zwar fordern die Grünen nach wie vor ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen, wollen aber als Sicherheitsreserve die Motorsperre erst bei Tempo 160 ansetzen. Sie plädieren dafür, einen hohen CO₂-Ausstoß über eine progressive Kraftfahrzeugsteuer zu belasten und sehr große Wagen mit mehr als 240 Gramm CO₂-Ausstoß pro Kilometer nicht mehr steuerlich als Firmenwagen absetzen zu lassen. [mbu]

- ▶ Winfried Hermann, Tel. +49 (0)30 / 22756789, www.winnehermann.de/verkehr/auto

Saubere Autos

CO₂-Ranking von Pkw

■ Die britische Regierung hat Ende Juli eine Internetseite gestartet, die Kunden dazu motivieren soll, umweltfreundlichere Pkw zu kaufen. Die Seite „Best on CO₂“ zeigt die saubersten Automodelle, die es in verschiedenen Fahrzeugkategorien gibt. Die Regierung hofft, dass die potenziellen KäuferInnen ein Bewusstsein dafür entwickeln, welchen Einfluss die Wahl ihres Wagens auf die Umwelt und auf den Kraftstoffverbrauch hat. Die EU bereitet derzeit verbindliche Obergrenzen für den Kohlendioxidausstoß von Neuwagen vor. Angestrebt sind 120 Gramm pro Kilometer bis zum Jahr 2012. Wie dieses Ziel erreicht werden soll, ist unter den europäischen Partnern umstritten. [mbu]

- ▶ www.dft.gov.uk/Act0nC02

Güterverkehr

Riesen-Lkw bedrängen Züge

■ Geht es nach dem Willen der Spediture, könnten schon bald Riesen-Lkw mit einer Länge über 25 Meter und bis zu 60 Tonnen Gewicht über Deutschlands und Europas Straßen rollen. Im Herbst wollen zunächst die deutschen Länderverkehrsminister über eine bundesweite Zulassung

sogenannter Gigaliner abstimmen. Dieses Votum wird auch in der EU genau beobachtet. Denn dort steht im kommenden Jahr eine Entscheidung an. Im September sprach sich das Europäische Parlament zwar gegen den EU-weiten Einsatz der 60-Tonner aus, es will die Zulassung aber auf bestimmten Straßen der Mitgliedsländer erlauben.

Sechs Umwelt- und Verkehrsverbände, darunter BUND, NABU und VCD, starteten deshalb am 21. August die Kampagne „Keine Monstertrucks!“ Im Internet informieren die Verbände über die Umweltfolgen einer Zulassung von Riesen-Lkw in Deutschland und Europa und koordinieren Protestaktionen. Als negative Folgen nennen sie die Verkehrsverlagerung von der Schiene auf die Straße sowie die Zunahme von Lärm und schädlichen Treibhausgasen. Das widerspreche sowohl den Plänen des Bundesverkehrsministeriums mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen als auch den Klimaschutzziele der Bundesregierung. Der VCD befürchtet außerdem, dass das Unfallrisiko auf den Straßen deutlich steigt. [mbu]

- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-12, Fax -10, E-Mail: info@vcd.org, www.vcd.org
- ▶ www.gueter-auf-die-schiene.de

Gefahrguttransporte

EU-Richtlinie auf dem Weg

■ Das Europäische Parlament hat am 5. September in erster Lesung eine Richtlinie verabschiedet, die die Gefahrgut-Vorschriften vereinheitlichen und vereinfachen soll. Als Gefahrgüter gelten alle Güter, die die öffentliche Sicherheit, die Gesundheit oder die Umwelt gefährden können. Das sind beispielsweise entflammbare Erdölprodukte, Säuren oder Chemikalien.

Fast acht Prozent aller Transporte, die über Europas Straßen rollen, befördern Gefahrgüter. Die geplante neue Richtlinie soll vier ältere Richtlinien zusammenfassen. Zum ersten Mal soll auch der Gefahrguttransport auf Binnengewässern europaweit geregelt werden. Stimmt der

EU-Verkehrsministerrat zu, könnte die Richtlinie Ende Juni 2009 in nationales Recht umgesetzt sein. [mbu]

- ▶ Gesetzentwurf: KOM(2006)0852 – C6-0012/2007 – 2006/0278(COD), www.tinyurl.com/39hr6w
- ▶ Gesetzgebungsverfahren: www.eu-koordination.de/PDF/Bruesseler1x1.pdf (1 MB), S. 51–54

WASSER & MEERE

Weltwasserwoche

Auf dem Weg zum globalen Top-Thema

■ Etwa 2.000 ExpertInnen aus 140 Ländern debattierten vom 12. bis 18. August auf der Weltwasserwoche 2007 in Stockholm über die globale Wassersituation. Hauptthemen waren der Einfluss des Klimawandels sowie ökologische, ökonomische und soziale Probleme rund ums Wasser. Am Ende der Woche waren sich alle einig: Es müsse dringend mehr getan werden, um die globale Armut, die weltweite Wasserknappheit, den Mangel an sanitären Anlagen und den Klimawandel zu bekämpfen.

Laut UN-Erhebungen leidet schon ein Fünftel der Weltbevölkerung in insgesamt 30 Ländern unter Wasserknappheit. Bis 2025 werden es 30 Prozent in 50 Ländern sein. Das Thema Wasser müsse dringend ganz oben auf die politische Agenda gesetzt werden, forderte der Chef des Stockholmer Wasserinstituts Siwi, Anders Berntell. Der Klimawandel führe auf der einen Seite zu Dürren, auf der anderen zu Hochwasser und Unwettern. Ökosystemmanagement sei ebenso wichtig wie Klimaanpassungsmaßnahmen.

Neben Einzelthemen standen auch Debatten über geografische Regionen und deren spezifische Probleme auf dem Programm der Weltwasserwoche. Vertreter der EU-Wasserinitiative (EUWI) berichteten über die langsamen Fortschritte im vergangenen Jahr. Die auf dem Nachhal-

tigkeitsgipfel 2002 in Johannesburg ins Leben gerufene EUWI hat vier Säulen: politische Maßnahmen für konkrete Aktionen, eine bessere Koordination, mehr Effizienz und eine Nachhaltigkeitspolitik im Wasserbereich. Zusammen sollen sie die UN-Millenniumsziele im Wassersektor erreichen helfen.

Die Weltwasserwoche findet jedes Jahr in Stockholm statt und bereitet unter anderem das Weltwasserforum vor. Das nächste Forum findet kommendes Jahr in Istanbul statt, die nächste Weltwasserwoche vom 17. bis 23. August 2008. [jg, bv]

- ▶ www.worldwaterweek.org (Final Release)

EU-Subventionspolitik

Ostsee erstickt im Geld aus Brüssel

■ Die europäische Agrarpolitik trägt laut einem im August veröffentlichten WWF-Report entscheidend zur Entstehung von Algenblüten und Sauerstoffmangel in der Ostsee bei. Vor allem über die Flüsse gelangten überschüssige Nährstoffe ins Meer und zerstörten wertvolle Lebensräume. Trotz früherer Schutzprogramme nehme die Belastung seit zehn Jahren wieder zu. Jährlich gelangten eine Million Tonnen Stickstoff und 35.000 Tonnen Phosphor in die Ostsee. Bereits ein Sechstel der Gesamtfläche von 70.000 Quadratkilometern ist ohne Sauerstoff. Allein in Polen und den baltischen Staaten soll der Düngerverbrauch in den kommenden zehn Jahren um bis zu ein Drittel steigen. Brüssel subventioniert die industrielle Landwirtschaft im Ostseeraum jedes Jahr mit gut zehn Milliarden Euro. Der WWF drängt auf ein Ostsee-Rettungsprogramm und hat dazu eine Kampagne rund um die Ostsee gestartet. EU-Gelder sollten nur noch fließen, wenn Landwirte die Überdüngung eindämmen, fordert die Umweltorganisation. [jg, bv]

- ▶ Report und weitere Informationen: www.wwf.de (Themen – Meere – Nachrichten – 13.08.2007)

Bewertung der Meerespolitik

Kein „A“ für den Ostseeschutz

■ Eine Ende August veröffentlichte WWF-Analyse kritisiert die Schutzbemühungen der neun Ostsee-Anrainerstaaten als nach wie vor unzureichend. Die Maßnahmen und der rechtliche Rahmen reichten nicht aus, um den ökologischen Herausforderungen zu begegnen. In einer Bewertung der zentralen fünf Problemfelder Fischerei, Meeresverschmutzung durch Gefahrstoffe und Überdüngung, Schiffsverkehr und Bedrohung der Artenvielfalt erreichte auf einer WWF-Skala von A bis C keines der neun Länder eine bessere Bewertung als C+. Deutschland schnitt bei dem Vergleich am besten ab. Das Land sei bei der Ausweisung von Meeresschutzgebieten einen großen Schritt vorangekommen. Allerdings sieht der WWF auch hier weiter dringenden Handlungsbedarf, insbesondere bei den negativen Auswirkungen des Schiffsverkehrs, der Überdüngung und der Überfischung. Ein WWF-Manifest verlangt für die Ostsee einen rechtlich verbindlichen Rahmen zum Meeresschutz. Wichtig sei ein länderübergreifendes, rechtlich verbindliches integriertes Schutzprogramm, das die Nutzungen und die davon ausgehenden Bedrohungen reguliert. [bv]

- ▶ www.wwf.de/ostsee
- ▶ WWF-Studie (700 kB):
www.panda.org/downloads/balscore.pdf

Parlamentarierkonferenz

Ostsee-Aktionsplan wackelt

■ Rund 200 TeilnehmerInnen aus den Ostseeanrainerstaaten berieten am 26. und 27. August auf der Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) in Berlin die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung der Ostseeregion. Themenschwerpunkte waren neben sozialer Wohlfahrt, Sicherheit auf dem Binnenmeer und Energiesicherheit auch Umweltfragen. In einer Abschlussresolution forderten die TeilnehmerInnen, die Ostseeregion zu einer Modellregion für erneuerbare Ener-

gien in Europa zu entwickeln. Zudem soll im Rahmen der BSPC eine Arbeitsgruppe Energie und Klimawandel gegründet werden. Die BSPC ist eine interparlamentarische Organisation, die die gemeinsame Identität des Ostseeraums durch die Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten stärken will.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel warnte während der Konferenz vor einem Scheitern des internationalen Aktionsplans zum Schutz der Ostsee. Falls der Ostsee-Aktionsplan nicht zustande komme, bedeute dies das Ende der Zusammenarbeit beim regionalen Meeresschutz in Europa. Der Plan soll im November bei einem Ministertreffen in Warschau beschlossen werden. Er soll die ökologische Sanierung der Ostsee weiter voranbringen und den Ostseeraum zu einer europäischen Modellregion machen. [bv]

- ▶ www.bspc.net

Wasserqualität von Flüssen

Messmethoden verbessert

■ Die Europäische Umweltagentur EEA stellt in einer Anfang August 2007 veröffentlichten Studie eine verbesserte Methodologie für die Bewertung der Wasserqualität in Flüssen und für die Evaluierung europäischer Wasserpolitik nach der Nitrat- und Abwasser-Richtlinie vor. Die Studie behandelt sowohl Instrumente zur Bewertung des Wasserstatus in Einzugsgebieten als auch ein Frühwarnsystem für Änderungen des Wasserstatus. [bv]

- ▶ Studie: [http://reports.eea.europa.eu/\(10/2007\)](http://reports.eea.europa.eu/(10/2007))

Nordsee

Umweltzone für Schiffe

■ Schiffe, die auf der Nordsee fahren, dürfen nur noch Kraftstoff mit einem Schwefelgehalt bis 1,5 Prozent verwenden. Ein entsprechender EU-Grenzwert gilt seit dem 12. August. Die Beschränkung

war 2005 beschlossen worden – trotz des Drängens der Industrie, die weltweiten Restriktionen durch die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) auf niedrigerem Niveau vereinheitlichen zu lassen. Ein vergleichbares Abkommen für die Ostsee war bereits im letzten Jahr eingeführt worden. [bv]

- ▶ www.imo.org

Klimawandel

Watt muss sich anpassen

■ Zu einer internationalen Konferenz zur Anpassung des Wattenmeers an den Klimawandel haben sich 125 ExpertInnen Ende August in Wilhelmshaven getroffen. Anlass war das 20-jährige Bestehen eines gemeinsamen Wattenmeer-Sekretariats der Niederlande, Dänemarks und Deutschlands. Die Umweltstiftung WWF warnte auf der Konferenz eindringlich vor neuen Ölbohrungen im Wattenmeer und forderte eine bessere Vorbereitung auf die kommenden Veränderungen durch den Klimawandel. [bv]

- ▶ Konferenz: <http://cwss.www.de>
- ▶ www.wwf.de/wattenmeer

European Marine Biology Symposium

Klimachaos beginnt im Meer

■ 350 internationale ExpertInnen haben Ende August in Kiel über Auswirkungen globaler Umweltveränderungen auf Meeresökosysteme diskutiert. Das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (IFM-Geomar) hatte zum 42. European Marine Biology Symposium (EMBS) geladen. Die Signale aus dem Ozean seien deutlich, viele Folgen des Klimawandels bereits eingetreten, so das Fazit der WissenschaftlerInnen. Prognosen wiesen auf weitaus schnellere und vielschichtigere Veränderungen hin als bisher angenommen. [bv]

- ▶ Konferenz: www.embs42.de
- ▶ IFM-Bericht: www.tinyurl.com/27vryq

EU-Forschungsprogramm ELME

EU-Lifestyle setzt Meeren zu

■ Das Projekt „European Lifestyles and Marine Ecosystems“ (ELME) hat seine Ergebnisse veröffentlicht. Für die Ostsee, den Nordostatlantik, das Schwarze Meer und das Mittelmeer wurden anhand der Querschnittsthemen Lebensraumwandel, Eutrophierung, Meeresverschmutzung und Fischerei die Auswirkungen des politischen und sozioökonomischen Wandels durch den EU-Beitritt untersucht. ELME ist ein Unterprogramm des 6. Forschungsrahmenprogramms der EU, an dem 28 Forschungsinstitute in 15 europäischen Ländern arbeiten.

Das Ergebnispapier fordert, dass das in der EU-Meeresstrategie richtlinie und im Grünbuch zur Meerespolitik versprochene Konzept des Ökosystemmanagements angewendet wird. [bv]

► www.elme-eu.org

Golf von Mexiko

Farmer nähren Todeszone

■ Die sogenannte Todeszone im Golf von Mexiko hat mit geschätzten 22.000 Quadratkilometern im Sommer 2007 die bisher größten Ausmaße angenommen. Wissenschaftler der Louisiana State University in den USA teilten mit, die Ursache dafür sei die stark angestiegene Stickstofffracht des Mississippi. Eine Chance sehen die Forscher noch: Sollten Hurrikans in der Region um den Golf von Mexiko das Wasser aufwirbeln, könne es kurzfristig zu einer Erholung in den betroffenen Zonen kommen.

Todeszonen entstehen in Meeresgebieten mit extrem hohem Nährstoffeintrag. Vor allem Stickstoffüberschüsse lassen den Sauerstoffgehalt des Wassers so stark sinken, dass es zu einem Massensterben von Meerestieren kommt. Hauptursache ist die industrielle Landwirtschaft mit ihrem starken Düngemittelinsatz. [mb]

► www.sce.lsu.edu/faculty/turner.htm

Meeresversauerung

Saurer Regen belastet Küstengewässer

■ Nicht nur CO₂, sondern auch Stickstoff und Schwefel tragen zur anhaltenden Versauerung der Weltmeere bei. Zu dieser Erkenntnis kam der Ozeanograf Scott Doney von der Woods Hole Oceanographic Institution in Massachusetts. Obwohl Kohlendioxid die Ozeane wesentlich höher belastet, entwickelten sich Schwefel und Stickstoff aus Abgasen zu saurem Regen und führten in manchen küstennahen Gewässern zu einer starken Belastung. Diesen Effekt hätten Forscher bisher vernachlässigt, schreibt Doney im Fachblatt Proceedings of the National Academy of Sciences.

Meeresforscher gehen davon aus, dass mit dem steigenden CO₂-Gehalt in der Atmosphäre der pH-Wert der Ozeane bis zum Ende des Jahrhunderts von heute 8,2 auf etwa 7,8 sinken wird. Dies würde die ohnehin bedrohten Korallenriffe und das Plankton beeinträchtigen. [io]

► www.pnas.org/cgi/content/abstract/104/37/14580

► www.ocean-acidification.net

Lärmbelastung

Noch mehr Unterwasserkrach

■ Eine neue Studie der Umweltorganisation WWF belegt, dass neben dem starken Schiffsverkehr auch zahlreiche andere Lärmfaktoren wie der Bau von Windparks und Ölplattformen zu einer steigenden Belastung für Meeresbewohner führen. Besonders betroffen seien die in der Nordsee lebenden Schweinswale, die sich mit ihrem Gehör orientieren. Der WWF forderte die Eindämmung des Unterwasserlärms in den wichtigsten Lebensräumen, die zwar als EU-Schutzgebiete gemeldet seien, aber keineswegs so behandelt würden. [io]

► www.wwf.de/presse/details/news/laerm_bedroht_nordseewale

Nachhaltigkeit

A-Z



R wie Reichtum der Städte

Auf den Straßen, in den Leitungen und Kanälen unter der Erde, hinter den Gebäudefassaden oder in den Müllcontainern schlummern sie: die wahren Schätze der Städte, technische Infrastrukturen. Sie ressourceneffizient zu gestalten, ist der Schlüssel für nachhaltiges Wirtschaften in Stadt und Region und lässt leere Kassen klingeln. Wie Sie den Kämmerer zum Strahlen bringen, lesen Sie in diesem Buch.

O. Reutter (Hrsg.)
**Ressourceneffizienz -
 Der neue Reichtum der Städte**
 Impulse für eine zukunftsfähige Kommune
 oekom verlag, München 2007, 271 Seiten
 24,90 EUR, ISBN 978-3-86581-085-4

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
 verlag

Die guten Seiten der Zukunft

THEMA

Auf dem Weg nach oben – Frauen im Deutschen Alpenverein

„Perspektiven wechseln, Vielfalt leben, Schwerpunkte setzen. Daraus ergibt sich die Chance für Männer und Frauen sich zu verwirklichen.“ Das sagt Claudia Kugelmann auf die Frage, welchen Beitrag der Deutsche Alpenverein für Chancengleichheit leisten kann. Die erfolgreiche Basketballerin und Professorin für Sportpädagogik war eine von vier ReferentInnen des Workshops „Auf dem Weg nach oben – Frauen im DAV“

■ Auf Einladung der Frauenprojektgruppe des Deutschen Alpenvereins (DAV) diskutierten im Juli in München die Sportpädagogin Prof. Dr. Claudia Kugelmann, die Journalistin Irmgard Braun, die Soziologin Elisabeth Helbing und der Gendertrainer Walter Hinz über die Perspektiven von Frauen im DAV.

Gender Mainstreaming im DAV

Ulrike Seifert, die Vorsitzende der Projektgruppe Frauen im DAV, skizzierte zu Beginn der Veranstaltung die Geschichte von Gender Mainstreaming, also Geschlechtergerechtigkeit, im DAV. Impulse habe nicht nur die Verabschiedung des Leitbildes im Jahr 2000, sondern auch die Änderung der Satzung gegeben. Dort heißt es jetzt: Der DAV „achtet auf die Chancengleichheit von Männern und Frauen“. Im Jahr 2001 wurde ein Aktionsplan für Frauenarbeit aufgestellt, ein Workshop zum Gender Mainstreaming folgte ein Jahr später. Die Projektgruppe Frauen im DAV mit Ulrike Seifert an der Spitze gründete sich im Jahr

2006 und setzte zunächst den Auftrag des Präsidiums um, für die DAV-Sektionen einen Leitfaden zu erstellen. Dessen Titel: „Die Kunst die Perspektive zu wechseln. Für Chancengleichheit, Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit. Ein Wegweiser zu einer neuen Berg-Vereins-Kultur.“ Seifert betonte, es sei zum einen das Ziel der Frauen, als Sportlerinnen und nicht nur als „Beiwerk“ wahrgenommen zu werden. Zum anderen wollten sie auch in den Gremien des Vereins mitarbeiten, die derzeit noch mehrheitlich von Männern besetzt sind.

Diskussionsbeiträge

Einig waren sich die Referentinnen und Referenten, dass die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in erster Linie vom sozialen Umfeld geprägt werde: Erziehung, Schulsport oder auch die politische Ausrichtung der Gegend spielten eine große Rolle. Claudia Kugelmann belegte diese These mit Studien, die sie in den vergangenen Jahren durchgeführt

hat. Der Sozialpädagoge Walter Hinz, der daran erinnerte, dass nicht alle Männer sich in der ihnen zugeschriebenen Rolle auch wirklich wohl fühlen, forderte eine geschlechtergerechte Fortbildung – auch für junge Männer. Die soziale Kompetenz müsse sowohl bei jungen Frauen als auch bei jungen Männern gefördert werden.

Die Soziologin Elisabeth Helbing stellte eingangs die These auf, dass Chancengleichheit von drei Fragen abhängig sei: Wer entscheidet? Wer bekommt welche Ressourcen? Und unter welchen Bedingungen? Bei der Umsetzung von Chancengleichheit reichten Vereinbarungen auf dem Papier nicht aus. „Das muss mit Leben gefüllt werden“, forderte Helbing.

Die Journalistin und Sportkletterin Irmgard Braun nahm in erster Linie Bezug auf die sportliche Praxis: Besonders problematisch seien die unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen. Während Männer gerade beim Klettern Abenteuer suchten, seien die Frauen eher auf Sicherheit bedacht. Braun forderte

UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.

 oekom
verlag

Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia



unter anderem Gelder für die Kinderbetreuung von Ehrenamtlichen, damit diese ihren Aufgaben nachgehen könnten. Sie regte aber auch spezielle Angebote für Frauen an, beispielsweise Eiskletterkurse und eine verbesserte Kinderbetreuung in Kletterhallen.

Die Jugend des Deutschen Alpenvereins machte in mehrfacher Hinsicht deutlich, dass sie es bereits geschafft hat, Klischees zu minimieren: Dies zeigte sich unter anderem bei der hohen Einsatzbereitschaft junger Frauen im Ehrenamt und beim hohen Anteil der Starterinnen bei Kletterwettkämpfen. „Wenn der DAV sich bemüht und die jungen Frauen direkt anspricht, kann auch er Chancengleichheit verwirklichen“, sagte Katrin Faller, Landesjugendleiterin in Bayern.

[Ruth Schedlbauer]

- ▶ Deutscher Alpenverein, Projektgruppe Frauen, Ulrike Seifert, Tel. +49 (0)89 / 14003-0, Fax-23, www.alpenverein.de

DNR INTERN

Nachwuchsprogramm

Neuer Kurs ZukunftsPiloten

■ Im Dezember startet der neue Kurs ZukunftsPiloten, den der DNR und die Bewegungsakademie anbieten. Zum sechsten Mal ist dieses Qualifizierungsprogramm für umweltinteressierte junge Menschen im Alter von 21 bis 27 Jahren ausgeschrieben. Zehn Monate lang können 16 Freiwillige sich neben Studium und Beruf in Sachen Umwelt weiterbilden. Dafür gibt es sieben Seminare zu methodischen Aspekten umweltpolitischen Engagements. Teamarbeit können die Zukunftspiloten in einem Praxisprojekt erproben. Das Projekt zu aktuellen umweltpolitischen Themen kann an eine Umweltorganisation angebunden sein oder selbst organisiert werden. Die TeilnehmerInnen haben die Möglichkeit, sich in einem Netzwerk mit anderen Umweltengagierten und mit

früheren AbsolventInnen des Kurses ZukunftsPiloten auszutauschen. Bewerbungsschluss ist der 1. November 2007. [mbu]

- ▶ DNR Kurs ZukunftsPiloten, c/o Bewegungsakademie, Rasmus Grobe, Verden, Tel. +49 (0)4231 / 677957, E-Mail: grobe@zukunfts-piloten.de
- ▶ Bewerbungsunterlagen: www.zukunfts-piloten.de

Umweltgesetzbuch

Erstes Konzept für Naturschutzgesetzgebung

■ Das Bundesumweltministerium (BMU) hat den Naturschutzverbänden ein erstes Konzept für den Teil Naturschutz in einem künftigen Umweltgesetzbuch vorgestellt. Die Ressortabstimmung ist für Anfang Oktober geplant. Der DNR begleitet den Prozess zur Neufassung des Bundesnaturschutzgesetzes mit dem Projekt Umweltgesetzbuch (UGB) und hat ein gemeinsames Eckpunktepapier zur großen Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes erstellt. [bv]

- ▶ DNR, Projekt Umweltgesetzbuch, Dr. Ellen Krüsemann, Oberhausen, Tel. 0208 / 88059-21, E-Mail: lb.naturschutz@t-online.de
- ▶ Erstes BMU-Konzept (Teil Naturschutz) sowie DNR-Eckpunktepapier: www.dnr.de/dnr/projekte (UGB)

AUS DEN VERBÄNDEN

Globaler Aktionstag am 8. Dezember

Klima-Allianz mobilisiert für NRW und Berlin

■ Zur Vorbereitung des weltweiten Klimaaktionstages am 8. Dezember lädt die Klima-Allianz Aktive nach Düsseldorf ein. Bei einem Multiplikatorenworkshop am 12. Oktober soll diskutiert werden, wie man die Öffentlichkeit mobilisiert, damit sie der deutschen und internationalen

Energiepolitik Druck macht. Im Herbst werden die Weichen für die deutsche Energie- und Klimapolitik gestellt. Hier wollen die in der Klima-Allianz zusammengeschlossenen Verbände ansetzen, um eine Verringerung der Treibhausgase um mindestens 40 Prozent bis 2020 durchzusetzen. Der Klimaaktionstag soll während der UN-Klimaverhandlungen vom 3. bis 14. Dezember auf Bali eine breite Protestbewegung herstellen. Hauptaktionsorte in Deutschland sollen Berlin und der Braunkohle-Kraftwerksbau im nordrhein-westfälischen Neurath bei Grevenbroich sein. Das Kraftwerk wäre die größte energiebedingte CO₂-Quelle der Welt. Hier werde sich zeigen, so die Klima-Allianz, ob in Deutschland mit dem Klimaschutz Ernst gemacht werde. Das im Sommer gegründete Bündnis hat inzwischen 70 Mitgliedsverbände. [mbu]

- ▶ Klima-Allianz, Stefan Rostock, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6049226, E-Mail: rostock@germanwatch.org, www.die-klima-allianz.de
- ▶ www.globalclimatecampaign.org

Fernstudium

Umwelt und Bildung

■ Die Universität Rostock bietet ein berufsbegleitendes Fernstudium in vier Semestern an, das folgende Schwerpunkte setzt: Projektmanagement, Grundlagen der Bildung für nachhaltige Entwicklung, Didaktik der Umweltbildung sowie Qualitätsentwicklung. Das Angebot richtet sich an InteressentInnen, die bereits ein Fach- oder Hochschulstudium absolviert haben und berufsbegleitend eine Zusatzqualifikation erwerben wollen. Nach erfolgreichem Abschluss wird der akademische Grad Master of Arts (MA) verliehen. Des Weiteren sind zwei Weiterbildungen für Umweltmanagement und Umweltethik im Programm. [mb]

- ▶ Universität Rostock, Tel. +49 (0)381 / 498-1310, -1227, E-Mail: anne.jackstaedt@uni-rostock.de, www.weiterbildung-rostock.de

EHRENAMT

Freiwilliges Ökologisches Jahr**FÖJ wird flexibler**

■ Das Bundesfamilienministerium hat das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) weiterentwickelt. Mit dem neuen Gesetz zur Förderung der Jugendfreiwilligendienste werden die Freiwilligendienste zeitlich flexibler. Man könne mehr junge Menschen für Freiwilligendienste gewinnen, wenn diese nicht in einem starren Block über mindestens ein Jahr zu leisten wären, sagte Familienministerin Ursula von der Leyen zur Begründung. Deshalb können die Dienste ab 2008 auch in mehreren Teilen absolviert werden. Ab dem 1. Januar gilt:

- ▶ Die Höchstdauer von Freiwilligendiensten wird von 18 auf 24 Monate angehoben – zunächst im Inland, ab 2009 wahrscheinlich auch im Ausland.
- ▶ Ein mindestens sechsmonatiger Freiwilligeneinsatz im Inland kann in Blöcke von mindestens drei Monaten aufgeteilt werden.
- ▶ Mehrere mindestens sechsmonatige Freiwilligendienste können bis zu einer Gesamtdauer von 24 Monaten kombiniert werden. [mb]

- ▶ www.bmfsfj.de (Freiwilliges Engagement)

FÖJ-AbsolventInnen**Netzwerk für Ehemalige**

■ Bereits seit 20 Jahren engagieren sich junge Menschen im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) für Natur und Umwelt. Bundesweit haben bislang etwa 15.000 Jugendliche daran teilgenommen. FÖJ-Ehemalige nach ihrem Freiwilligendienst zu weiterem Engagement anzuregen und darin zu unterstützen ist das Ziel des Projektes „Ehemaligenarbeit im FÖJ“, das vom Bundesarbeitskreis der FÖJ-Träger gestartet wurde und vom Bundesumweltministerium gefördert

wird. Die Ehemaligen stellen für den bürgerschaftlichen Natur- und Umweltschutz eine wichtige Zielgruppe dar, weil sie während ihres Freiwilligendienstes entscheidende Kompetenzen für ein qualifiziertes Engagement erworben haben. Zudem sind die meisten FÖJ-lerInnen motiviert, sich auch nach ihrem FÖJ zu engagieren, wie 66 Prozent des befragten Jahrgangs 2003/2004 bei einer Evaluation des FSJ/FÖJ-Fördergesetzes durch das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik angaben.

Das Projekt Ehemaligenarbeit will dieses Engagement auf verschiedenen Ebenen unterstützen, indem es vorhandene Ansätze zusammenführt und für alle Beteiligten fruchtbar macht. Aber auch neue Ideen und Projekte werden entwickelt. Dazu dienen Befragungen und zwei Arbeitstagungen. Die Ergebnisse münden in die Erstellung einer Internetseite und eines Leitfadens. Das Projekt bezieht auch die Umwelt- und Naturschutzverbände und deren Ansätze für eine gute Ehemaligenarbeit ein.

Auch ohne den Status einer Einsatzstelle können sich Naturschutzgruppen oder Landesverbände, die FÖJ-Ehemalige zu ihren ehrenamtlich Aktiven zählen, in das Projekt einbringen und weitere Informationen erhalten. Das Projekt läuft bis April 2008. [Nelly Akef]

- ▶ BAK-Projekt Ehemaligenarbeit im FÖJ, Nelly Akef, Plön, Tel. +49 (0)4522 / 5071-86, Fax -81, E-Mail: ehemaligenprojekt@oeko-jahr.de

DNR-Befragung**Wandervereine**

■ Der Deutsche Wanderverband hat zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements vom 14. bis 23. September auf die ehrenamtliche Arbeit der deutschen Gebirgs- und Wandervereine aufmerksam gemacht. Während der Kampagnenwoche boten die Wandervereine bundesweit mehr als 200 Wanderungen an. Eine Befragung des DNR-Arbeitskreises Ehrenamt hat ergeben, dass sie im Jahr 2006 rund 2,3

Millionen freiwillige Arbeitsstunden für den Natur- und Umweltschutz geleistet haben. [mb]

- ▶ Deutscher Wanderverband, Tel. +49 (0)561 / 9387314, www.wanderverband.de

Partizipation im Verein**Vereinsmeierei von der richtigen Seite nehmen**

■ Nicht nur viele Umweltverbände und ihre Untergliederungen sind als eingetragene Vereine organisiert – im gesamten Feld des bürgerschaftlichen Engagements von Verbänden über Selbsthilfeorganisationen bis hin zu Parteien sind Vereine die prägende Organisationsform. Oft kommt es allerdings im Leben des „deutschen Vereins als solchem“ zu Unstimmigkeiten oder vereinsrechtlichen Pannen, etwa auf Mitgliederversammlungen oder in der Kommunikation mit dem Amtsgericht oder dem Finanzamt.

„Der Vereinsmeier“ erläutert in einem Glossar die wichtigsten Begriffe des deutschen Vereins(rechts) und behandelt typische Konfliktsituationen. Ein Kapitel mit Tipps und Tricks für den Vereinsalltag lädt zur kritischen Reflexion ein. Die Broschüre ist – wie schon die erfolgreiche Broschüre „Politikersprech“ der Naturfreundejugend – hier und da mit einem ironischen Unterton geschrieben, denn wenn es um die Sache geht, kennt mancher deutsche Verein keinen Spaß. Da auch Dankbarkeit für ehrenamtliches Engagement nicht garantiert ist, sind manche Situationen im Vereinsleben nur mit Humor zu meistern – kombiniert mit dem notwendigen Handwerkszeug allerdings. Die Broschüre wurde mit Unterstützung durch die Initiative dieGesellschafter.de der Aktion Mensch erstellt. [Ansgar Drücker]

- ▶ Naturfreundejugend: Der Vereinsmeier. Partizipation im Verein leicht gemacht. Wie der deutsche Verein als solcher funktioniert. Remagen 2007, 48 S., 1,- €. Bezug: www.naturfreundejugend.de (Infothek – Shop) oder Tel. +49 (0)2228 / 94150

REZENSIONEN

Ehrensache Klimaschutz

Der Klimawandel schreitet voran und die politischen Gegenmaßnahmen schleichen dahin. Deshalb ist es Zeit die Ärmel hochzukrempeln und selbst aktiv zu werden. Der neue Klima-Knigge macht's möglich. Altmodisch? Überhaupt nicht, denn schon Knigge selbst war ein Vorreiter.



■ Knigge – heute? Ja, denn man muss die Gemütsarten der Menschen studieren, wenn man im Umgang mit ihnen auf sie wirken will. Die Minister – der Umweltminister, der Wirtschaftsminister und

alle anderen – sollten dieses Benimm-Buch geschenkt bekommen. Denn eines vergisst die Politik immer wieder: die Gemütsarten der Menschen zu studieren, wie Freiherr von Knigge das vor über 200 Jahren in seinem Verhaltensführer getan hat. Da unsere Minister aber vermutlich keine Zeit haben Bücher zu lesen, will ich stattdessen den Autor loben, der eine außerordentliche Begabung personifiziert: wissenschaftliche Erkenntnisse über Ausmaß und Auswirkungen des Klimawandels umfassend und verständlich aufzubereiten und die vielfältigen Möglichkeiten des individuellen klimaschützenden Handelns in einer animierenden, humorvollen Art und Weise zu präsentieren, dass man gleich mitmachen möchte. Soll heißen, zuerst das zu tun, was schnell und leicht zu machen ist wie Ökostrom zu beziehen und auf Stand-by zu verzichten; dann an das heranzugehen, was geplant und sorgfältig vorbereitet werden muss wie Hausbau oder Autokauf – so der erste Tipp, dem viele weitere folgen.

Die CO₂-Emissionen sind die strategische Kategorie im Klimaschutz. Mit rund 7.100 Millionen Tonnen Kohlendioxid jährlich sind die USA der größte Emittent der Welt, vor China mit 4.100 und Indien mit 1.200 Tonnen; Deutschland emittiert insgesamt 1.000 Millionen. Pro Kopf ausgedrückt kommen die USA auf 19,7 Tonnen, Deutschland auf 10,3, China auf 3,7 und Indien auf 1,1 Tonnen. Unter der An-

nahme, dass das globale Klimasystem auf Dauer nur zwei bis drei Tonnen pro Kopf und Jahr aushält, ist Klima-Diät angesagt.

Der Diätplan von Autor Rainer Grießhammer ist gespickt mit interessanten Ideen und praktischen Beispielen. Mit nur sechs Maßnahmen kann ein Zweipersonen-Haushalt rund 2,5 Tonnen CO₂ einsparen. Und das ist Sparen an Emissionen und an Haushaltsausgaben. Wird aber richtig investiert und zieht man durchgreifende Verhaltensänderungen in Betracht – wie weniger zu fliegen, vom Auto auf die Bahn umzusteigen, mehr Fahrrad zu fahren, weniger Fleisch und mehr Bio-Lebensmittel zu konsumieren – dann ermittelt der Klima-Knigge bereits Einsparkategorien in Höhe von neun Tonnen CO₂ und mehreren Tausend Euro pro Jahr. Alle relevanten Handlungsfelder werden in den Blick genommen: Bauen und Wohnen, Verkehr und Tourismus, Ernährung, Kochen und Waschen, Lesen.

Bei der Energiewende, also dem Übergang vom fossilen ins solare Zeitalter, geht es nicht ohne die Politik. Bis zum Jahr 2050 müssen die Treibhausgasemissionen global um die Hälfte reduziert werden, in den Industrieländern um 80 Prozent, wenn eine Erderwärmung über zwei Grad Celsius hinaus vermieden werden soll. Da könnte doch jeder mit gutem Beispiel vorgehen. Doch da die Gemütsarten der Menschen nun mal unterschiedlich sind, kann es, so sagt der moderne Knigge, kein Klimaschutz-Generalkonzept geben, das für alle passt. Und er folgert in der ihm eigenen Art: „Preschen Sie vor! Doch Sie müssen nicht müssen. Sie sollen wollen.“

[Udo E. Simonis]

- ▶ Grießhammer, R.: Der Klima-Knigge. Energie sparen, Kosten senken, Klima schützen. Booklett, Berlin 2007, 189 S., 16,90 €, ISBN 978-3-940153-02-9

Klima macht Geschichte

Klimawandel gab auch den Menschen der Eiszeit schon Anlass zur Sorge. Jede klimatische Veränderung war stets auch Nährboden für soziale Veränderungen.



■ Unser Klima ist derzeit in aller Munde. Jeder redet über das, was kommen wird, der Laie ebenso wie der Experte. Dabei ist es uns eigentlich verwehrt in die Zukunft zu schauen.

Mit der Vergangenheit sieht es da je nach Zeitmaßstab ähnlich aus, denn die fundierte meteorologische Messung ist ein Kind des vergangenen Jahrhunderts.

Was wissen wir demnach über das Klima der etwas fernerer Vergangenheit? Aus welchen Quellen und Zeugnissen können wir schließen, mit welchen Unbilden unsere Vorfahren zu kämpfen hatten? Wie sind sie mit Wetter und Klima umgegangen? – Interessante Fragen, die der Historiker Wolfgang Behringer in seiner neuen Publikation aufgreift.

Dabei ist es ihm wichtig aufzuzeigen, dass das Klima niemals konstant war und der Wandel neben Risiken auch Chancen mit sich bringen kann. Ein deutlicher Fingerzeig in Richtung der Prediger apokalyptischer Visionen sowie an einen Naturschutz, der einen „Normzustand“ auserkoren hat, den es gegen die „Bestie Mensch“ zu verteidigen gilt. Behringer stellt sich damit in die Reihe derer, die davor warnen, den Menschen und sein Tun zu verteufeln. Beruhigend ist, dass er dabei den Pfad der wissenschaftlichen Tugenden nicht verlässt, sondern sachlich und fundiert darlegt, was die Forschung weiß. Sein Streifzug durch die Vergangenheit liest sich dabei stets gefällig, oftmals überraschend und spannend, ist man sich doch der vielen Verbindungen zwischen Klima- und Menschheitsgeschichte oft nicht bewusst – eine Folge der Vereinzelung der Wissenschaften wie unseres

Bildungssystems. Völkerwanderung, die Entdeckung Amerikas, das Aufblühen der europäischen Hochkulturen im Hochmittelalter – die Geschichtsbücher müssten umgeschrieben werden, wären Sommer und Winter jahraus, jahrein exakt gleich verlaufen. Bei aller Klimaabhängigkeit ist Behringer jedoch weit davon entfernt, einem strikten Naturdeterminismus das Wort zu reden, auch wenn die Geschichte immer wieder gezeigt hat: Die Erde ist nicht bloßer Untertan, sondern bestimmt maßgeblich unsere Entscheidungen. Das Buch weist uns unseren Platz zu und ist daher ein wichtiges Werk; ein Muss für all diejenigen, die sich über enge Fachgrenzen hinaus im klassischen Sinne „allgemeinbilden“ wollen. **[Christoph Hirsch]**

- Behringer, W.: Kulturgeschichte des Klimas. Von der Eiszeit bis zur globalen Erwärmung. C. H. Beck, München 2007, 352 S., 22,90 €, ISBN 978-3-406-52866-8

REACH – das NGO-Handbuch



■ Einen Leitfaden für AktivistInnen zur Nutzung und Verbesserung der EU-Chemikalienpolitik haben

die im Netzwerk Chemical Reaction zusammengeschlossenen europäischen Umweltverbände veröffentlicht. Nach einer allgemeinen Einführung über Schlupflöcher und Pluspunkte stellt die Broschüre die Schlüsselemente der umstrittenen Chemikalienverordnung REACH vor. Aus Sicht von Nichtregierungsorganisationen werden außerdem die notwendigen Schlüsse zur Verbesserung von REACH gezogen und Argumente und Material für die Lobbyarbeit zusammengestellt.

Ein Anhang mit Hintergrundinformationen zur Entwicklung von REACH rundet den 48-seitigen Leitfaden ab. „Navigating REACH“ kann im Internet heruntergeladen werden. **[jg]**

- Chemical Reaction (Hrsg.): Navigating REACH, www.tinyurl.com/2o62ft (PDF, 1 MB)

Nanoethik dringend gesucht



■ Die Nanotechnologie ist auf dem Vormarsch. Sie ist die neue Schlüssel- oder Querschnittstechnologie – eine Technologie, die in den verschiedenen Bereichen von der Militär- bis zur Medizintechnik zur Anwendung kommen kann. Entsprechende Meldungen verbreiten seit fast zehn Jahren alle deutschen Populärwissenschaftsmagazine in Print und Funk. Im Prinzip kam diese neue Mode auf, seit die letzte hochgelobte Schlüsseltechnologie, die Gentechnik, in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit an Akzeptanz, an „Appeal“ verloren hat, also nicht mehr als Vorzeigeobjekt aktueller ingenieurtechnischer Forschung taugt. Mit der rhetorischen Förderung der Nanotechnologie einher geht eine verstärkte finanzielle Förderung für entsprechende Forschungsprogramme.

Natürlich postuliert die Nanotechnologie nicht einfach nur ein neues technologisches Leitbild. Sie ist weit mehr als ein neues Vorzeigeobjekt für die Ingenieurwissenschaften. Die Autoren interessieren sich aber auch nur am Rande dafür, was Nanotechnologie in den verschiedenen möglichen Anwendungsbereichen schon alles kann. Sie betrachten vielmehr die philosophischen und ethischen Dimensionen dieser neuen Technologie und analysieren die Diskurse, die sich um sie ranken. So unternimmt es Bert Gordijn, die Nanoethik-Debatte nachzuzeichnen und neu zu bewerten; Joachim Schummer befasst sich mit der Technikethik im christlichen Fundamentalismus und Christoph Baumgartner plädiert für die ethische Reflexion der Nanotechnologie in der Medizin.

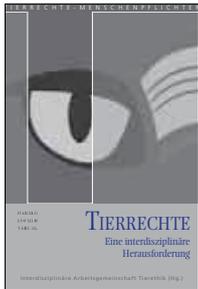
Den Autoren geht es vor allem um einen „Dialog über (die) verantwortliche Entwicklung der Nanotechnologie“. Das wird besonders deutlich an Jürgen Altmanns Beitrag über die militärische Nutzung der Nanotechnik, der zu dem Schluss kommt: Begrenzung ist nötig. Darüber

gebe es aber – anders als in der Diskussion um die Kernspaltungstechnologie – noch nicht einmal den Ansatz einer öffentlichen Diskussion. Altmann plädiert dafür, gerade vor dem Hintergrund einer immer engeren Verknüpfung ziviler und militärischer Technologie (Dual-Use) die Folgen einer militärischen Nutzung bei der Technikfolgenabschätzung stärker zu berücksichtigen. Die Nanotechnologie stellt für ihn die größte Herausforderung für einen verantwortlichen Umgang mit Technologien und für eine funktionierende Nichtverbreitungspolitik dar, denn er habe eine Reihe von Anwendungen gefunden, die schwere Gefahren mit sich bringen können – für die internationale Sicherheit, für die Sicherheit innerhalb von Gesellschaften oder für das Wesen des Menschen. Ziel müsse deshalb sein Technologien zu begrenzen, bevor sie bei den Streitkräften eingeführt werden, also häufig bereits im Stadium der Entwicklung oder der Erprobung. Dabei übersieht Altmann aber, dass immer noch das (US-amerikanische) Militär einer der größten Auftraggeber technologischer Entwicklungsvorhaben ist und wohl kaum auf die Früchte seiner Investitionen verzichten wird. Auch wenn seit den 1960er-Jahren viele Dual-Use-Technologien durch „zivile“ Universitätsforscher entwickelt wurden: Im Zweifel wurde die Entwicklung sicherheitspolitisch sensibler Technologien immer wieder „ingesourct“.

Alles in allem ist das Buch trotz der für Sammelbände typischen Diversität der Beiträge sehr lesenswert für alle, die sich mit philosophischen und ethischen Fragen der Technikentwicklung und des Technikeinsatzes beschäftigen – aber auch für alle, die wissen wollen, was an der Nanotechnologie nun wirklich dran ist und welche Chancen und Risiken sie mit sich bringt. **[Philipp Steuer]**

- Nordmann, A. (Hrsg.): Nanotechnologien im Kontext. Philosophische, ethische und gesellschaftliche Perspektiven. Akademische Verlagsgesellschaft Aka, Berlin 2006, 434 S., 80,- €, ISBN 978-3898380744. Kostenloser Download: www.zit.tu-darmstadt.de (nanobüro – Veröffentlichungen)

Tierrechte interdisziplinär



■ Tierrechte als interdisziplinäre Herausforderung behandelt dieser Tagungsband, der auf eine Vorlesungsreihe an der Universität Heidelberg zurückgeht.

Die Reihe war im vergangenen Jahr als erste im deutschsprachigen Raum von einer kurz zuvor gegründeten Studierendeninitiative organisiert worden.

In den Vorlesungen referierten 25 renommierte WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, den Niederlanden und den USA allgemein verständlich und zugleich auf fachlich hohem Niveau über den aktuellen Stand der tierethischen Forschung. Sie erläuterten auch die offenen Fragen und stellten ihre eigenen Lösungsansätze vor. Ziel war es, Gelehrte und Studierende zu verstärkter interdisziplinärer Zusammenarbeit und ganz allgemein zu intensiverer Auseinandersetzung mit Tierrechten anzuregen und der Öffentlichkeit einen breiten Blick auf universitäre Entwicklungen unserer Zeit zu ermöglichen.

Der Tagungsband hält die Ergebnisse der Vorlesungsreihe fest. Er will so der Tierethik zu stärkerer Beachtung in Forschung und Lehre verhelfen sowie allen mit dem moralischen Status von Tieren und mit verwandten Fragen Befassten als aktuelles Referenzwerk dienen.

Neben dem Tagungsband enthalten auch die Webseite und der Blog der studentischen Initiative neue Fakten und Ideen zur Tierethik für Einsteiger und Fortgeschrittene. Dass fast alle Fachrichtungen in der Initiative vertreten sind, führt zu einer fundierten und ausbalancierten Debatte.

[mb]

- ▶ Interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft Tierethik Heidelberg (Hrsg.): Tierrechte. Eine interdisziplinäre Herausforderung. Harald Fischer, Erlangen 2007, 295 S., 22,- €, ISBN 978-3-89131-417-3
- ▶ www.ag-tierethik.de

EU-Handelspolitik im Wahn?



■ Gegenöffentlichkeit und Gegenmacht zur Global-Europe-Strategie der EU will ein neues Diskussionspapier des Forums Umwelt und Entwicklung fördern.

Das Papier der AG Handel befasst sich mit der neuen „EU-Handelspolitik im Wahn der Wettbewerbsfähigkeit“. Zunächst wird die von Handelskommissar Peter Mandelson im Oktober 2006 veröffentlichte EU-Strategie zur externen Wettbewerbsfähigkeit erklärt. Es folgt ein ausführliches Kapitel über die wichtigsten Prozesse zur Umsetzung. Interessant sind vor allem die Ausführungen zu den bilateralen Abkommen der EU mit anderen Staaten wie Ukraine, Irak, USA und China oder mit Bündnissen wie Mercosur. Auch Anmerkungen zur WTO-Verhandlungsrunde in Doha oder zu Rechten an geistigem Eigentum fehlen nicht. In Originalzitaten lassen sich Positionen der EU-Handelspartner nachlesen.

Autor Peter Fuchs macht keinen Hehl daraus, dass er die Global-Europe-Strategie in dieser Form grundsätzlich ablehnt, weil er sie für wirtschafts-, entwicklungs-, umwelt- und demokratiepolitisch gefährlich hält. Als Gegenmaßnahmen benennt er eine Reihe politischer Handlungsempfehlungen und Forderungen: Transparenz und Demokratisierung, Auflagen für Unternehmen, konsequenter Klima- und Umweltschutz, Ernährungssouveränität und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Eine umfangreiche Literaturliste hilft bei der Suche nach weiterführender Literatur. Für Nichtregierungsorganisationen, die sich in den Prozess einbringen wollen ist das Papier eine gute Grundlage. [jg]

- ▶ Fuchs, P.: Global Europe. Die neue EU-Handelspolitik im Wahn der Wettbewerbsfähigkeit. Ein Diskussionspapier aus der AG Handel im Forum Umwelt & Entwicklung. Bonn 2007, 44. S., kostenlos. Bestellung und Download: www.forumue.de (Publikationen)

Nachhaltigkeit

A-Z



U wie Umweltbildung

Papphocker, Klima-Quiz, Solarkocherbau – auf Musikfestivals, beim Stadtmarathon oder im Zoo lassen sich Umweltinhalte spielerisch vermitteln. Ob beim Abfall, bei der Verpflegung, dem Transport oder im Energiebereich, die Veranstalter können viel für die Umwelt tun und gleichzeitig Nachhaltigkeitsthemen kommunizieren. Ein Potenzial, das noch viel zu selten genutzt wird.

S. Eich, T. Pyhel, M. Schulte, M. Wunderlich (Hrsg.)

Umweltkommunikation auf Großveranstaltungen

Von der IGA bis zum Weltjugendtag
oekom verlag, München 2007, 126 Seiten
24,80 EUR, ISBN 978-3-936581-74-4

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

INTERNET

OECD-Zensuren für Chinas Umwelt

■ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) widmet erstmals einen

ihrer Länderberichte der Umweltsituation in China. Die jahrelange Zusammenarbeit mit Peking ermöglicht der OECD einen Einblick in die wichtigsten Umweltprobleme, denen sich China stellen muss. Auch wird über Anstrengungen der Regierung berichtet, die rasante Entwicklung des Landes mit der Umwelt in Einklang zu bringen. Ihre eigenen Empfehlungen gibt die OECD ebenfalls preis. [io]

- www.oecd.org/environment (Information by Country) oder www.tinyurl.com/34vbgt

Erfolgreich gegen Umgebungslärm

■ Eine neue Webseite der Grünen Liga bietet Informationen zur Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie und zu den Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung. Darüber hinaus gibt die Seite Hinweise auf Veranstaltungen zum Thema Umgebungslärm. [io]

- www.uglr-info.de

ADFC-Radtourenplaner jetzt bundesweit

■ In dem Tourenportal des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) können sich Radreisende über Routen und Tourenvorschläge in Deutschland informieren. Bislang gab es hauptsächlich Empfehlungen für Süddeutschland. Im Zuge der laufenden Weiterentwicklung des Streckennetzes werden nun auch Tourenvorschläge für andere Regionen gemacht. [io]

- www.adfc-tourenportal.de

Ozonloch-Daten aus Brüssel

■ Zum 20. Jubiläum des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, hat die EU-Kommission eine neue Webseite zum Schutz der Ozonschicht geschaltet. Neben Grafiken über die Ausweitung des Ozonlochs finden sich hier Gesetzesgrundlagen, Statistiken, Nachrichten und Informationen für Unternehmen. Welche Substanzen unter der passenden EU-Verordnung geregelt sind, wird in einer Tabelle dargestellt. In der Linkliste stehen auch Umweltorganisationen. Eine Datenbank über ozonschädigende Substanzen und den Handel mit ihnen sowie das vorgeschriebene Berichtswesen rundet die Seite ab. [jg]

- www.ec.europa.eu/environment/ozone

UN im Kampf gegen Klimawandel

■ Die Vereinten Nationen stellen ihre Aktivitäten zur Bekämpfung des Klimawandels auf einer neuen Webseite dar. BesucherInnen erhalten einen Überblick über die weit verzweigten Prozesse in den betroffenen Bereichen. Der „Gateway to the UN System's Work on Climate Change“ enthält Hintergrundinformationen, eine Liste aller UN-Untersektionen, die sich mit dem Klimawandel beschäftigen, alle klimarelevanten Termine und weiterführende Links.

Unter „UN in the field“ werden UN-Klimaprojekte in verschiedenen Ländern beschrieben und die registrierten Nord-Süd-Kooperationen im Clean Development Mechanism (CDM) des Kyoto-Protokolls benannt. CDM ermöglicht Industrieländern, ihre Treibhausgas-Reduktionsverpflichtungen kostengünstig in Entwicklungsländer zu verlagern. Während die meisten Umweltverbände CDM ablehnen, weil sie das klimapolitische Umsteuern im Norden verzögern, sehen die UN darin ein zentrales Instrument ihrer Klimapolitik. Die Webseite nennt Wasserkraftwerke in Chile und China ebenso als Beispiele wie Wärmerückgewinnung in Indien. Für jedes Projekt werden die geschätzten CO₂-Einsparungen angegeben. [jg]

- www.un.org/climatechange



Europa braucht Umwelt braucht Europa

Umfassende Informationen zur europäischen Umweltpolitik bietet die DNR EU-Koordination Berlin:

EU-Tagespolitik, Hintergründe, Stellungnahmen, Termine und Kontakte.

Bestellen Sie unsere Publikationen:

- EU-Newsletter
- Zeitschrift Umwelt aktuell
- Thematischer Infoservice
- Brüsseler 1x1

Mehr Informationen:
Tel.: 030-44 33 91-81
eMail: eu-info@dnr.de
oder im Internet:

www.eu-koordination.de



NEU ERSCHIENEN

- ▶ Bardt, H. et al.: **Klimapolitik nach 2012. Optionen für den internationalen Klimaschutz.** Deutscher Instituts-Verlag, Köln 2007, 51. S., 11,80 €, ISBN 978-3-602-24126-2
- ▶ Dagger, S.; Kambeck, M. (Hrsg.): **Politikberatung und Lobbying in Brüssel.** VS-Verlag, Wiesbaden 2007, 272 S., 24,90 €, ISBN 978-3-531-15388-9
- ▶ Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Hrsg.): **Ökobilanz von Energieprodukten: Ökologische Bewertung von Biotreibstoffen.** Bern 2007, 206 S., Download: www.empa.ch/plugin/template/empa/*45573
- ▶ Europäisches Parlament (Hrsg.): **What Contribution Can Trade Policy Make Towards Combating Climate Change?** Brüssel 2007, 57 S., Download (1 MB): www.ecologic.de (Publications)
- ▶ Floeter, C.: **Entwicklung von ökotoxikologischen Instrumenten und ihre rechtliche Implementierung zur marinen ökologischen Risikobewertung von Chemikalien, Pestiziden und Baggergut.** Shaker, Aachen 2007, 270 S., 49,80 €, ISBN 978-3-8322-6575-5
- ▶ Friedrich-Ebert-Stiftung, terre des hommes, WEED (Hrsg.): **Global Structural Policy for Africa's Development? Taking a Hard Look at the EU Africa Strategy.** Berlin 2007, 74 S., 4,- €, ISBN 978-3937-383-422
- ▶ Grundmann, E.: **Wälder, die wir töten. Über Waldvernichtung, Klimaveränderung und menschliche Unvernunft.** Riemann, München 2007, 320 S., 18,- €, ISBN 978-3-570-50086-6
- ▶ Häckel, H.: **Wetter & Klimaphänomene.** Ulmer, Stuttgart 2007, 335 S., 19,90 €, ISBN 978-3-8001-5414-2
- ▶ Lang, E.; Busch-Lüter, C.; Kopfmüller, J. (Hrsg.): **Wiedervorlage dringend. Ansätze für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit.** oekom, München 2007, 256 S., 19,80 €, ISBN 978-3-86581-070-0
- ▶ Leist, H.-J.: **Wasserversorgung in Deutschland. Kritik und Lösungsansätze.** oekom, München 2007, 266 S., 39,90 €, ISBN 978-3-86581-078-6
- ▶ Mack, B.: **Energiesparen fördern durch psychologische Intervention. Entwicklung und Evaluation einer Stromsparkampagne in einer Energiesparhaussiedlung.** Waxmann, Münster 2007, 240 S., 24,90 €, ISBN 978-3-8309-1810-3
- ▶ Pendo Verlag (Hrsg.): **Pendos CO₂-Zähler.** Pendo, Zürich 2007, 156 S., 6,90 €, ISBN 978-3-86612-141-6
- ▶ Reinhardt, M. (Hrsg.): **Wasserrecht im Umbruch. Trierer Wasserwirtschaftsrechtstag 2007.** Schmidt, Berlin 2007, 143 S., 29,80 €, ISBN 978-3-503-10369-0
- ▶ Reutter, O. (Hrsg.): **Ressourceneffizienz. Der neue Reichtum der Städte. Impulse für eine zukunftsfähige Kommune.** oekom, München 2007, 288 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-085-4
- ▶ Schuster, G.; Smits, W.; Ullal, J.: **Die Denker des Dschungels. Der Orangutan-Report.** H. F. Ullmann, Königswinter 2007, 320 S., 29,95 €, ISBN 978-3-8331-4622-0
- ▶ Simmen, H.; Walter, F.: **Landschaft gemeinsam gestalten. Möglichkeiten und Grenzen der Partizipation.** VDF, Zürich 2007, 136 S., 25,- €, ISBN 978-3-7281-3113-3
- ▶ Simonis, U. E.: **Kyoto II und „Houston-Protokoll“. Neue Impulse für die internationale Klimapolitik.** 37 S., Download: bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2007/p07-003.pdf
- ▶ Stöcklin, J.; Bosshard, A. et al.: **Landnutzung und biologische Vielfalt in den Alpen. Fakten, Perspektiven, Empfehlungen.** VDF, Zürich 2007, 192 S., 28,- €, ISBN 978-3-7281-3128-7
- ▶ Wagner, H.-J.: **Was sind die Energien des 21. Jahrhunderts? Der Wettlauf um die Lagerstätten.** Fischer, Frankfurt/M. 2007, 320 S., 9,95 €, ISBN 978-3-596-17274-0
- ▶ Weber, I.: **Die Natur des Naturschutzes. Wie Naturkonzepte und Geschlechtskodierungen das Schützenswerte bestimmen.** oekom, München 2007, 243 S., 34,90 €, ISBN 978-3-86581-082-3

Impressum

umwelt aktuell Oktober 2007
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Am Michaelshof 8–10, D-53177 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %
Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger (Europa und Internationales, verantwortw.), Adressen siehe Redaktion
Redaktion: Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Markus Steigenberger [ms], Bjela Vossen [bv]

Kontakt: DNR, Prenzlauer Allee 230, D-10405 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 443391-82, -81, Fax -80,

E-Mail: redaktion@dnr.de, www.dnr.de/publikationen
Redaktionelle Mitarbeit: Maria Ihlenfeld [mi], Ines Jentsch [ij], Florian Noto [fn], Isabel Ottinger [io]

Schlusskorrektur: Katja Neubauer

Grafik/DTP: Matthias Bauer

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Druck: Kessler Verlagsdruckerei, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss 11/2007: 10.10.2007

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de
Bildnachweis: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (Titel)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger der Stiftung Umwelt und Schadensvorsorge bei.



TERMINE

OKTOBER

04.10.2007, Berlin (D)
Perspectives of Bioenergy for Rural Development. Symposium
 ► Berlin-Brandenburgische Akademie der

Wissenschaften, Dr. Tobias Plieninger, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 20370-538, Fax -214, E-Mail: plieninger@bbaw.de, landinnovation.bbaw.de

05.–06.10.2007, Berlin (D)

7. Umweltmedizinische Jahrestagung – Zahnmedizin

► Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner, Dr. Volker von Baehr, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 770012-20, Fax -36, E-Mail: info@dbu-online.de, www.dbu-online.de

10.–12.10.2007, Belgrad (SRB)

6. Paneuropäische Umweltministerkonferenz „Umwelt für Europa“

► Ministry for Environmental Protection, Belgrad, Tel. +381 11 / 31313-55, Fax -56, E-Mail: sekretariat@efe-belgrade2007.org, www.efe-belgrade2007.org

10.–12.10.2007, Braunschweig (D)

Abwasser-Recycling. Internationales Symposium

► Stadtentwässerung Braunschweig, Tel. 0531 / 383450-00, Fax -01, E-Mail: info@se-bs.de, www.se-bs.de

12.10.2007, Düsseldorf (D)

Multiplikatorenworkshop Klima-Aktiv

► Germanwatch, Stefan Rostock, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60492-26, Fax -19, E-Mail: rostock@germanwatch.org, www.germanwatch.org

15.10.–29.10.2007, Brüssel (B)

CDM 2.0: Conference on Post-2012 Mechanisms

► Climate Action Network Europe (CAN), Brüssel, Belgien, Tel. +32 (0)2 / 229522-0, Fax -9, E-Mail: events@climnet.org, www.climnet.org

16.–17.10.2007, Muhr am See/Bayern (D)

Optimierung von Kalktuffquellen, LIFE-Tagung

► Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV), Zoran Jokic, Hilpoltstein, Tel. +49 (0)9174 / 4775-65, Fax -75, E-Mail: z-jokic@lbv.de, www.lbv.de

18.–20.10.2007, München (D)

8. Weltumweltsteuerkonferenz

► Förderverein Ökologische Steuerreform, München, Tel. +49 (0)89 / 520113-13, Fax -14, E-Mail: foes@foes.de, www.worldcotax.org

24.–25.10.2007, Berlin (D)

Energiepflanzen 2007. Symposium

► Bundeslandwirtschaftsministerium/Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe, Gülzow, Tel. +49 (0)3843 / 6930-0, Fax -102, E-Mail: info@fnr.de, www.fnr.de/energiepflanzen2007

25.10.2007, Berlin (D)

Herbsttagung – 100 % Bio: Klimaschutz durch Öko-Landbau

► Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft, Tel. +49 (0)30 / 284823-00, Fax -09, E-Mail: info@boelw.de, www.boelw.de

26.–28.10.2007, Poppau/Altmark (D)

Aufbau von Gemeinschaftsprojekten. Seminar

► Hand in Hand Gemeinschaftsberatung, Eva Stützel, Poppau, Tel. +49 (0)39000 / 512-37, Fax -32, E-Mail: info@gemeinschaftsberatung.de, www.gemeinschaftsberatung.de

NOVEMBER

06.11.2007, Berlin (D)

Resource Efficiency and Factor X: Japan and Germany at the Forefront. Konferenz

► UNEP/Wuppertal Institut für Klima-Umwelt-Energie GmbH, Raimund Bleischwitz, Wuppertal, Tel. +49 (0)202 / 2492-276, Fax -250, E-Mail: raimund.bleischwitz@wupperinst.org, www.ressourcenproduktivitaet.de

6./20./27./29.11.2007, München/ Frankfurt a.M./ Berlin/ Hamburg (D)

REACH-Erfahrungsaustausch in der betrieblichen Praxis. Tagung

► Katalyse Institut für angewandte Umweltforschung, Andrea Bartelmeß, Köln, Tel. 0211 / 682226, E-Mail: bartelmess@katalyse.de, www.katalyse.de

08.–10.11.2007, Berlin (D)

31. Umweltrechtliche Fachtagung 2007 – Auf dem Weg zum Umweltgesetzbuch

► Gesellschaft für Umweltrecht e.V., Berlin, Tel. +49 (0)30 / 90148530, E-Mail: gesellschaft-fuer-umweltrecht@web.de, www.gesellschaft-fuer-umweltrecht.de

09.11.2007, Berlin (D)

Ökologische Marktwirtschaft. Tagung

► Heinrich-Böll-Stiftung, Ute Brümmer, Tel. +49 (0)30 / 28534244, E-Mail: bruemmer@boell.de, www.boell.de

09.–11.11.2007, Ramsau bei Berchtesgaden (D)

unterTage Alpin 2007. Internationale Tagung

► Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher, Bärbel Vogel, Tel. +49 (0)8657 / 983787, E-Mail: b.w.vogel@gmx.de, www.vdhk.de

11.–15.11.2007, Rom (I)

20th World Energy Congress

► World Energy Council, London, Großbritannien, Tel. +44 (0)2 / 0773459-96, Fax -26, E-Mail: info@worldenergy.org, www.rome2007.it

13.11.2007, Berlin (D)

Potenziale für Verkehrsverlagerung. Workshop

► Wuppertal Institut, Ulrich Kohnen, Tel. +49 (0)202 / 2492-214, Fax -263, E-Mail: ulrich.kohnen@wupperinst.org, www.wupperinst.org

16.–17.11.2007, Lüneburg (D)

Business Case for Sustainability. Konferenz

► Dachverband der Studierendeninitiativen, Uni-Campus Lüneburg, Tel. +49 (0)4131 / 6771520, E-Mail: dsi@uni-lueneburg.de, www.uni-lueneburg.de/dsi

27.–28.11.2007, Neuseddin bei Potsdam (D)

Aktionen in ländlichen Räumen. Tagung

► Agro-Öko-Consult Berlin, Tel. +49 (0)30 / 547823-52, Fax -09, E-Mail: aoec@aoec.de, www.aoec.de

27.11.2007, Berlin (D)

Die Macht der Zukunft – 7. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung

► Fax +49 (0)228 / 2498111, E-Mail: konferenz@nachhaltigkeitsrat.de, www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/termine

28.11.2007, Schneverdingen/Niedersachsen (D)
FFH-Verträglichkeitsprüfung, UVP und Eingriffsregelung. Fachtagung

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Bernhard Salomon, Schneverdingen, Tel. +49 (0)5199 / 9890, E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de, www.nna.niedersachsen.de

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Online-Leitfaden

Nachhaltigkeit studieren

Ein neuer Leitfaden im Internet präsentiert über 300 Studienangebote im Kontext nachhaltiger Entwicklung, sortiert nach Wissenschaftsbereichen und grundständigen beziehungsweise weiterführenden Studiengängen. Er bietet eine bequeme Möglichkeit der Recherche für Studium und Forschung.

□ Das öffentliche Interesse am Thema nachhaltige Entwicklung hat stark zugenommen. Das machen nicht zuletzt die gegenwärtigen Diskussionen um den Klimawandel, der Verlust an Biodiversität oder die gewachsene Nachfrage nach Bioprodukten deutlich. Dass sich das Thema nachhaltige Entwicklung in Lehre und Forschung niederschlägt, ist nicht verwunderlich. Innovationen im Sinne intelligenter Lösungsstrategien sind erforderlich, um die Probleme nicht-nachhaltiger Entwicklung zu bearbeiten. Politische Strategien sind gefragt, ein verändertes Management wird notwendig. Ebenso wird nach neuen Formen und Inhalten im Bereich der Bildung verlangt. Derartige Innovationen und die damit verbundenen Analysen und Strategien sind ohne Wissenschaft und Forschung nicht möglich.

Porträts von über 300 Studienangeboten und knapp 200 Forschungseinrichtungen

Die Suche nach einem Studiengang zum Thema nachhaltige Entwicklung gestaltete sich indessen bislang als schwieriges Unterfangen. Personen, die ein entsprechendes Studium als Vollstudium, als Teilqualifikation oder auch als Ergänzungsstudium absolvieren wollten, konnten sich nur rudimentär über die Studienmöglichkeiten in Deutschland informieren. Was fehlte, war eine systematische Übersicht über das diesbezügliche Angebot. Genauso verhielt es sich im Bereich der Forschung. Auch hier fehlte eine Zusammenschau jener Institutionen, die ihre Forschung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientieren.

Diese Lücke wurde nun geschlossen. Das Institut Futur des Fachbereichs Erziehungswissenschaft und Psychologie an der

Freien Universität Berlin hat im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gemeinsam mit dem Verein zur Förderung der Ökologie im Bildungsbereich den Leitfaden „Studium und Forschung zur Nachhaltigkeit“ erstellt.

Die Angebote sind nach ihrer inhaltlichen Ausrichtung aufgeteilt in Studiengänge, die sich ausdrücklich als Nachhaltigkeitsstudiengänge bezeichnen lassen, und solche mit einem Schwerpunkt im Bereich Nachhaltigkeit. Zusätzlich werden 60 außeruniversitäre und über 130 universitäre Forschungseinrichtungen präsentiert, die ihre Forschung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientieren.

Die Porträts der Studiengänge informieren detailliert über Studieninhalte und -voraussetzungen, Studiengebühren, Bewerbungs- und Einschreibemodalitäten, berufliche Zukunftsperspektiven sowie Kontaktmöglichkeiten für den weiteren Beratungsbedarf. Die Porträts der Forschungseinrichtungen enthalten neben Kontaktdaten und einigen Fakten wie Forschungsetat oder Anzahl der Mitarbeiter auch Angaben zum Kompetenzschwerpunkt und zu den Forschungsfeldern sowie zur Möglichkeit, in der jeweiligen Einrichtung ein Praktikum abzuleisten.

Der Leitfaden wendet sich daher nicht nur an Personen, die ein Studium beginnen wollen, ein Aufbaustudium in Betracht ziehen oder auf der Suche nach einem Praktikumsplatz in einer Forschungseinrichtung sind. Er wendet sich auch an die Lehrenden und Forschenden in der Nachhaltigkeitswissenschaft. Erstmals ist es möglich genauer zu erfahren, welche Einrichtung welche Studienmöglichkeiten anbietet und wer worüber forscht. Damit werden Synergien möglich und

Kooperationen im Bereich von Forschung und Lehre erleichtert.

Was versteht man eigentlich unter Nachhaltigkeitswissenschaft? Sie ist eine junge Wissenschaft, die im Idealfall interdisziplinär ausgerichtet ist und sich mit dem ökologischen, sozialen und ökonomischen Wandel in seiner gegenseitigen Abhängigkeit befasst. Forschung im Bereich der Nachhaltigkeit sucht nach Lösungen für Probleme, die die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und das Lebenssystem der Erde betreffen. Sie ist normativ ausgerichtet und praxisorientiert.

Weit gefasste Kriterien für Nachhaltigkeit

Da präzise Definitionen des Begriffs Nachhaltigkeit nicht vorliegen, stand man bei der Zusammenstellung der Studienmöglichkeiten und den Recherchen zu den Forschungseinrichtungen vor dem Problem, keine exakten Auswahlkriterien verfügbar zu haben. Als Basis der Recherche dienten recht weit gefasste Kriterien. Den angefragten Einrichtungen wurde es schließlich selbst überlassen, sich der Nachhaltigkeitswissenschaft zuzuordnen. Damit fiel die Entscheidung für eine Realdefinition, die nun zu einer sehr weiten begrifflichen Bestimmung geführt hat. Versteht man die Nachhaltigkeitswissenschaft als interdisziplinäre Wissenschaft, in der Natur-, Technik-, Sozial- und Geisteswissenschaften idealerweise gleichberechtigt zusammenkommen, dann ist es bis dahin noch ein weiter Weg.

Der Leitfaden ist seit Juli im Internet unter www.leitfaden-nachhaltigkeit.de zu finden. Im Oktober erscheint er außerdem unter dem Titel „Studium und Forschung zur Nachhaltigkeit“ als Publikation mit einer CD-Rom im W. Bertelsmann Verlag. Der Ladenpreis beträgt 19,90 Euro. Nähere Informationen und eine Bestellmöglichkeit finden sich auf der angegebenen Internetseite sowie beim Verlag.

[Jonas Kassner]

- ▷ Jonas Kassner, Freie Universität Berlin, Arbeitsbereich Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung, Tel. +49 (0)30 / 838-53894, E-Mail: kassner@institutfutur.de
- ▷ www.leitfaden-nachhaltigkeit.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Aktionswoche „7 Tage Zukunft“ in Sachsen-Anhalt

□ Die ANU Sachsen-Anhalt ruft gemeinsam mit anderen Veranstaltern vom 22. bis 28. Oktober Kinder, Jugendliche und Erwachsenen zur Aktionswoche „7 Tage Zukunft – Nachhaltigkeit lernen in Sachsen-Anhalt“ auf. Gesucht werden Projekt-tage, Straßenaktionen, Diskussionen und fantasiereiche Aktionen, die dazu anregen, sich für den Erhalt der Vielfalt in Natur und Kultur einzusetzen. Am 25. Oktober findet weiterhin der Runde Tisch zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Magdeburg statt und am darauffolgenden Tag ein Marktplatz Zukunft im Magdeburger Landtag. Ansprechpartner ist der neue Vorsitzende des ANU-Landesverbandes Oliver Wendenkamp.

▷ ANU Sachsen-Anhalt, Tel. +49 (0)172 / 3872077, E-Mail: anu.sachsen-anhalt@web.de, www.7-tage-zukunft.de

Bayern baut Netz der Umweltstationen aus

□ In Bayern gibt es rund 80 Umwelteinrichtungen, die Hälfte davon wird vom bayerischen Staat gefördert. Diese sogenannten Umweltstationen lässt sich Bayern rund 1,5 Millionen Euro pro Jahr kosten. Als 40. Umweltstation wurde im Juli die Ökostation Helmbrechts offiziell anerkannt. Alle Einrichtungen verbuchen zusammen jährlich rund 650.000 Besucher bei etwa 9.000 Bildungs- und Ausstellungsangeboten – Tendenz steigend. Im Netzwerk arbeitet auch die ANU Bayern mit.

▷ www.umweltbildung.bayern.de

Neues Kompetenzzentrum BenE in München

□ Auf Einladung von Bürgermeister Hep Monatzeder gründete sich im Juli der Verein „BenE München“ (Bildung für eine nachhaltige Entwicklung). Er ist der Trägerverein für das neue Regionale Kompetenzzentrum BenE. Die neudeutsch

„Regional Centre of Expertise“, kurz RCE, genannte Einrichtung entstand auf Anregung von Charles Hopkins, Professor an der UN University. Das RCE soll neue Allianzen und Partnerschaften für die Nachhaltigkeitsbildung in der Landeshauptstadt aufbauen. Im September fand das erste Netzwerktreffen statt.

Zu den BenE-Gründungsmitgliedern gehören neben der Stadt München Firmen, Bildungseinrichtungen, Organisationen der Stadtgesellschaft sowie Privatpersonen. Mit dabei sind auch Martin Ehrlinger vom Münchner Umwelt-Zentrum und Marion Loewenfeld vom Ökopjekt MobilSpiel. Als erste Projekte sind im Oktober der „Münchner Klimaherbst“ und ein Aktionsmonat für Klimaschutz und Energiewende sowie Anfang Dezember ein Begegnungsprojekt mit Alternativen NobelpreisträgerInnen geplant. Ein eigener Rundbrief berichtet über neue Aktivitäten.

▷ www.bene-muenchen.de, www.ias.unu.edu

Wildpark Eekholt ausgezeichnet

□ Der Wildpark Eekholt und fünf weitere Einrichtungen in Schleswig-Holstein wurden im August von Umweltminister Christian von Boetticher mit dem Zertifikat „Bildungspartner für Nachhaltigkeit“ ausgezeichnet. Das Zertifikat wird seit drei Jahren gemeinsam vom Bildungs- und Umweltministerium vergeben. Nach Angaben von Ute Kröger, Leiterin des Umweltebildungsbereichs in Eekholt, wurden im vergangenen Jahr 11.500 Kinder und Jugendliche eintägig und 7.600 junge Menschen zweitägig in der Einrichtung betreut. Der Wildpark selbst zählte 2006 eine Viertel Million Besucher, davon fast die Hälfte Kinder und Jugendliche.

Neben Eekholt erhielten auch das Archäologisch-Ökologische Zentrum Albersdorf, das Pädagogische Zentrum Nationalpark in Tönning, der Träger des Freiwilligen Ökologischen Jahres Koppelsberg bei Plön sowie Anne Segebade, Wattführerin aus Mildstadt, das Zertifikat.

▷ www.wildpark-eekholt.de

Neues Nationalparkzentrum in Mittersill

□ Im Sommer wurde das neue Nationalparkzentrum Hohe Tauern in Mittersill im österreichischen Pinzgau eröffnet. Erwartet werden mindestens 70.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr. Größte Attraktion ist eine Ausstellung über die Tier-, Gesteins- und Pflanzenwelt in den Tauern. Geboten werden unter anderem ein simulierter Videoflug über die Tauern, ein 3-D-Erlebniskino und eine Gletscherausstellung. Der Neubau kostete rund 9,6 Millionen Euro.

▷ www.nationalparkzentrum.at, www.mittersill-tourismus.at

SCHWERPUNKT: NACHHALTIGKEIT IN LITERATUR UND KUNST

Visionen aus der Vergangenheit

□ „Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt untergeht, so zöge ich nach Mecklenburg, denn dort geschieht alles 50 Jahre später!“ Mit dem Ausspruch wollte Otto von Bismarck die Rückständigkeit dieser Region charakterisieren. Indirekt hat er dem Land aber zugleich eine höhere Zukunftsfähigkeit zugesprochen. Vielleicht wusste er, dass hier besonders viele Persönlichkeiten lebten, die sich mit heute hochaktuellen Themen wie Toleranz, Gerechtigkeit und Umwelt beschäftigten und sich der sozialen und ökologischen (Um-)Weltzerstörung entgegenstimmten. Der Umweltefachmann Thorsten Permien hat 14 herausragende historische Persönlichkeiten und Zeitgenossen Bismarcks porträtiert, deren Wertvorstellungen und Lebenskonzepte schon damals dem „Leitbild Nachhaltigkeit“ folgten, darunter Fritz Reuter, den Flugpionier Otto Lilienthal und die Frauenrechtlerin Laura Witte. So wird Nachhaltigkeit in einen historischen und regionalen Kontext eingebettet und bekommt dadurch Gesicht und Geschichte.

▷ Permien, T.: Visionen aus der Vergangenheit. oekom, München 2007, 300 S., 44,90 €, ISBN 978-3-86581-071-7

Wovon Menschen leben

□ Manche Dinge im Leben kann man nicht mit Geld kaufen: soziale Beziehungen beispielsweise oder den Sinn des Lebens. Das Buch „Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes“ ist das Ergebnis des dreijährigen Forschungsprojekts „Nachhaltige Lebensstile und Alltag“. Es enthält interessante Porträts unterschiedlicher Menschen, die für andere sorgen, ihren Lebensraum gestalten und die Natur bewahren. In der Zukunft, so das Resümee der Autorinnen, kann kein Mensch, aber auch keine Gesellschaft ohne uneigennützig Arbeit, Engagement und Muße auskommen.

- ▷ Baier, A. et al.: Wovon Menschen leben. oekom, München 2007, 300 S., mit CD-ROM, 24,90 €, ISBN 978-3-86581-075-5

Kunst Werk Erde

□ Johannes Matthiessen arbeitete über 20 Jahre als Kunstpädagoge an Waldorfschulen. Seit mehr als zehn Jahren führt er weltweit Projekte mit Jugendlichen durch, um verwundete Landschaften zu heilen, Kraftorte zu gestalten und aus verwahrlosten Plätzen spirituelle Naturparks zu gestalten. Sein wunderbares Buch „Kunst Werk Erde“ dokumentiert die wichtigsten Projekte, darunter die Gestaltung von Schulparks in Heidelberg, Chicago und Polen, die Anlage eines Planetengartens in Griechenland, ein Labyrinth in Kroatien und einen Meditationsgarten auf den Philippinen, den Bau eines Platzes für den Hurrikan Katrina in New Orleans und die Arbeit mit der Elfenbeauftragten in Island.

- ▷ Matthiessen, J.; Liebchen, K.: Kunst Werk Erde. Landschaften gestalten, beleben, heilen. Stocker, Graz 2006, 200 S., 24,90 €, ISBN 978-3-85365-223-7

Neuland

□ Ein ungewöhnlicher Dokumentarfilm zeigt Bilder aus Ostdeutschland zwischen Abbruch und Aufbruch. Anhand von 18 Beispielen werden Schrumpfungprozesse

in den ländlichen Regionen gezeigt, Wüstenlandschaften und Montagsdemos, aber auch Studenten, die Schnecken züchten, oder eine kommerziell erfolgreiche Landkommune.

- ▷ www.neuland-denken.de

NEUE MATERIALIEN IM INTERNET

Deutsche Kultusminister geben Empfehlungen zur BNE heraus

□ Im Juni hat die Kultusministerkonferenz gemeinsam mit der Deutschen Unesco-Kommission erstmals eine Empfehlung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule verabschiedet. Das achtseitige Papier beschreibt die Ausgangs-

lage und gibt Hinweise für die Umsetzung in der Schule. Hierbei sei der Erwerb von Kompetenzen, die Zusammenarbeit in der Schule sowie die Kooperation mit Partnern besonders wichtig. Das könne das Themenspektrum erweitern und Kompetenzen fördern, für die es vorrangig im außerschulischen Umfeld Lernorte und -angebote gebe. Schulen könnten damit zu einem Bestandteil kommunaler Handlungsprogramme werden.

- ▷ www.kmk.org/aktuell/kmk-duk-empfehlung.pdf

Nachhaltigkeit lernen in Hamburg

□ Die Geschäftsstelle der Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ gibt einen Online-Newsletter heraus, der Nachrichten zur UN-Dekade in Hamburg sowie Hin-

ROBIN WOOD
www.robinwood.de

Nutzen
auch Sie
Recycling-
papier

MIT
DIESEM
ZEICHEN

ROBIN WOOD e.V. · Lindenallee 32 · 16303 Schwedt
Tel.: 0 33 32 / 25 20 - 10 · Fax: - 11 · papier@robinwood.de · www.robinwood.de
Spenden für den Verein: ROBIN WOOD e.V. · Sozialbank Hannover · BLZ: 251 205 10 · Konto: 845 55 00

weise auf neue Materialien und Veranstaltungen enthält. Die entsprechende Webseite enthält auch Fördertipps für Umweltbildung, Dokumentationen verschiedener Fachgespräche sowie die Publikationsreihe „Lernen bewegt Welten“.

- ▷ www.nachhaltigkeitlernen.hamburg.de
(Aktuelles)

Umweltbildung für Schweizer LehrerInnen

□ Seit April erscheinen in verschiedenen Schweizer Kantonen elektronische Rundbriefe speziell für LehrerInnen. Vier Mal pro Jahr berichten sie über Neuigkeiten von regionaler bis nationaler Bedeutung in knapper Form mit weiterführenden Links.

Zudem hat die Stiftung Umweltbildung Schweiz ihren Webauftritt überarbeitet. Sie gibt monatlich einen elektronischen Rundbrief heraus und berichtet dreimal jährlich in einem Bulletin über aktuelle Entwicklungen in der Umweltbildung.

- ▷ www.umweltbildung.ch/unterrichts/aktuell.asp

LITERATUR

Wasserwerkstatt für Grundschulen

□ In neun sogenannten Baukästen (Kapiteln) sind in der Wasserwerkstatt Materialien zusammengestellt, die Kindern der 3. und 4. Klasse einen vielfältigen Zugang zum Element Wasser ermöglichen. Der Autor setzt dabei bewusst zuerst auf das sinnliche Erleben, bevor er auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Sachverhalt eingeht. Die Baukästen bestehen aus Arbeitsblättern mit unterschiedlichen Arbeitsformen, die zum Forschen, Beobachten und Experimentieren einladen. Die Wasserwerkstatt besticht durch eine ungewöhnliche Zusammenstellung bekannter Aufgaben und Experimente. Dabei erlaubt sich der Autor auch Umwege oder kreative Umwege, etwa mit einem Rechercheauftrag zu Wasserskulpturen oder der Erklärung von Schleusen. Leider verzichtet er gänzlich auf die globale Dimension des

Wasserthemas. Die methodische Umsetzung des Baukastenkonzepts setzt auf die Kreativität der jeweiligen Lehrpersonen. Die benötigten Materialien sind erst noch zusammenzustellen, die Bausteine in den Kontext des Unterrichts einzupassen.

[Ulrich Göttelmann]

- ▷ Zielpublikum: Unterstufe, Mittelstufe
- ▷ Gesamturteil: empfohlen
- ▷ Stascheit, W.: Wasser erkunden und erfahren. Eine Wasserwerkstatt für die Klasse 3/4. Verlag an der Ruhr, Mülheim 2006, 66 S., 18,50 €, 32,40 CHF, ISBN 3-8346-0147-0,

Die Literaturtipps entstehen in Kooperation mit der Stiftung Umweltbildung Schweiz, Rehbergstr. 6, CH-4800 Zofingen, Tel. +41 (0)61 / 7468120, Fax 7515870, www.umweltbildung.ch/mezu



UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine finden Sie unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine selbst kostenlos einstellen.

10.–11.10.2007, Hamburg (D)
Zappelphilipp lernt im Grünen – Wie Naturerlebnispädagogik Kinder mit gestörter Wahrnehmung stärken kann

- ▷ www.umweltakademie-sh.de

11.10.2007, München (D)
Neue BNE-Projekte zum Thema Wasser – Workshop der ANU Bayern

- ▷ www.umweltbildung-in-bayern.de

11.–13.10.2007, St. Andreasberg/Nieders. (D)
Globales Lernen in der Freizeit

- ▷ www.sonnenberg-international.de

12.–13.10.2007, Jena (D)
Naturbildung und ihre Beiträge zur UN-Dekade BNE

- ▷ www.tlug-jena.de

12.–14.10.2007, Wietow/Wismar (D)
Plenspiel Nachhaltigkeit: Wie verändern wir die Welt?

- ▷ www.solarzentrum-mv.de,
www.rosalux.de

18.10.2007, Dortmund (D)

Runder Tisch NRW, Schwerpunkte: Biodiversität und EU-Förderung

- ▷ NUA, Fon +49 (0)2361 / 305-238,
E-Mail: petra.fischbach@nua.nrw.de

19.10.2007, Recklinghausen (D)

Wildnis für Kinder in der Stadt

- ▷ www.nua.nrw.de

22.–23.10.2007, Freiburg (D)

Wasser-Workshop

- ▷ www.sciencenet-region-freiburg.de

24.–27.10.2007, Altenkirchen/Pfalz (D)

Naturerlebnispädagogik auf dem Bauernhof – Übungen, Spiele und Methoden

- ▷ www.lja.de

25.10.2007, Magdeburg (D)

Fachtag des Runden Tisches zur UN-Dekade BNE

- ▷ www.7-tage-zukunft.de

25.–28.10.2007, Hennef/NRW (D)

Sicher auftreten, souverän leiten: Leitungskompetenz in der Naturerlebnis-Pädagogik

- ▷ www.crenatur.de

30.–31.10.2007, Schneverdingen/Nieders. (D)

Zum Erfolg der Umweltbildung – Evaluation eines „weichen“ Instruments im Naturschutz

- ▷ www.nna.de

01.–04.11.2007, Bonn (D)

Gibt es schwierige Menschen? „Verhaltensoriginelle“ Kinder und Jugendliche in der Umweltbildung

- ▷ www.crenatur.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,
Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de